

Günter Giesenfeld (Hg.)

Augen-Blick. Marburger Hefte zur Medienwissenschaft. Heft 29: Information ist Macht. Medien und politische Strategie der USA

1998

<https://doi.org/10.25969/mediarep/1310>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Giesenfeld, Günter (Hg.): *Augen-Blick. Marburger Hefte zur Medienwissenschaft. Heft 29: Information ist Macht. Medien und politische Strategie der USA* (1998). DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/1310>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

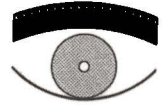
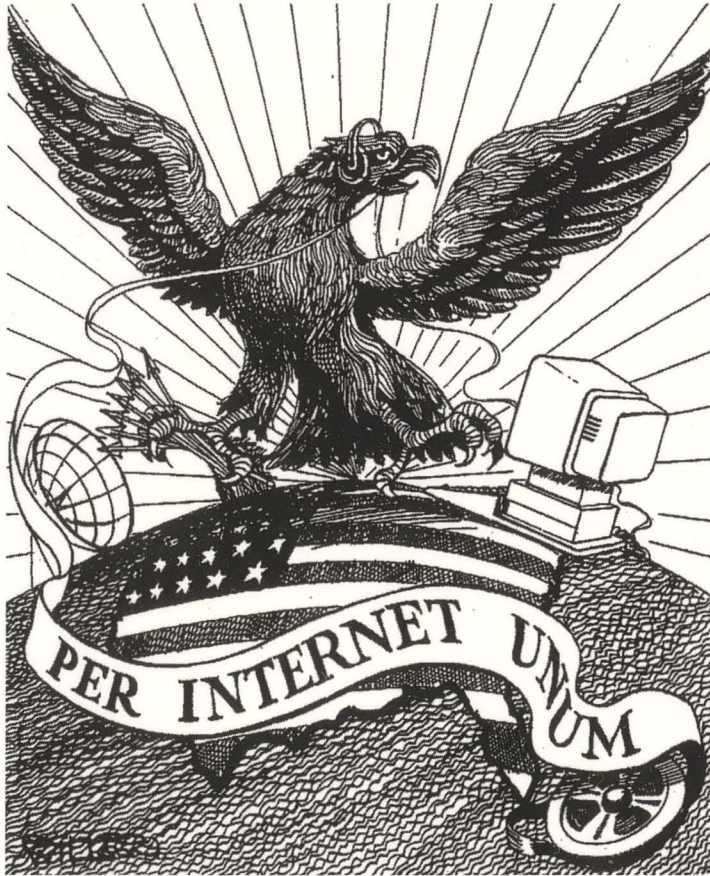
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under a Deposit License (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual, and limited right for using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute, or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the conditions of use stated above.

AUGENBLICK



**Information ist Macht
Medien und politische
Strategie der USA**

29

SCHÜREN

marburger

hefte

zur

medien-

wissenschaft

**Information ist Macht
Medien und politische
Strategien der USA**

AUGEN-BLICK

MARBURGER HEFTE ZUR MEDIENWISSENSCHAFT

Eine Veröffentlichung des Instituts für Neuere deutsche Literatur und Medien
im Fachbereich 09 der Philipps-Universität-Marburg

Heft 29

September 1998

Herausgegeben von

Jürgen Felix
Günter Giesenfeld
Heinz-B. Heller
Knut Hickethier
Thomas Koebner
Karl Prümm
Wilhelm Solms
Guntram Vogt

Redaktion: Günter Giesenfeld

Redaktionsanschrift: Institut für Neuere deutsche Literatur und Medien
Wilhelm-Röpke-Straße 6A, 35039 Marburg, Tel. 06421/284657

Verlag: Schüren-Presserverlag, Deutschhausstraße 31, 35037 Marburg
Einzelheft DM 10.00 (ÖS 73/SFr 10,-);
Jahresabonnement (2 Hefte) DM 20.-- (ÖS 146/SFr 19.--)
Bestellungen an den Verlag. Anzeigenverwaltung: Schüren Presseverlag
© Schüren Presseverlag, alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Uli Prugger, Gruppe GUT
Druck: difo-Druck, Bamberg

ISSN 0179-2555
ISBN 3-89472-039-5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Thorsten Wagner	
Prioritäten und Leitlinien der amerikanischen Außenpolitik	6
Mei-jen Chang	
Informationsfreiheit Ein Rückblick auf <i>Free Flow of Information</i>	21
Ranja Gaafar, Stephan Kleiner, Mario Krsek, Anna Sturm	
Information Warfare	31
Jan Wilhelm	
Echelon	45
Alexander Markowetz	
Das Tor zum Internet bewachen Goofy und Pluto	52
Peter Münz	
Electronic Commerce Neue Weltwohlstandsmaschine oder business as usual?	56
Günter Giesenfeld	
Geopolitisches Delirium? US-amerikanische Denkmuster über Internet, Cyberspace und künftige Kriege	70
Charles Swett	
Das Internet Eine strategische Einschätzung	81
Weiterführende Literatur	100

Titelillustration:

Willson/ Cartoonists & Writers Syndicate, entnommen aus *Foreign Policy*,
März/April 1996

Zu den Autorinnen und Autoren dieses Heftes:

Mei-Jen Chang, geb. 1954, Abschluß (B.A.) in Literatur am Providence College Taichung (Taiwan). Ging 1982 in die USA, M.A. in Journalismus an der University of Nevada, Reno 1986. Lebt seit 1986 in Marburg. Absolventin des Aufbaustudiums Medienwissenschaft an der Philipps-Universität, promoviert in Politikwissenschaften. Publikationen in Zeitschriften zu Dritte-Welt-Themen sowie in *AugenBlick 18* über chinesischen Film.

Günter Giesenfeld, geb. 1938, Professor für Literatur- und Medienwissenschaft an der Philipps-Universität.

Stephan Kleiner, geb. 1975. Abitur 1994, studierte in Gießen Anglistik und Germanistik, dann an der Philipps Universität Neuere Deutsche Literatur und Medien sowie Anglistik. Während der Schulzeit arbeitete er ein Jahr lang an der Zeitschrift „Age“ mit.

Mario Krsek, geb. 1972, studiert an der Philipps-Universität Psychologie, Neuere Deutsche Literatur und Medien sowie Amerikanistik.

Alexander Markowetz, geb. 1976. Abitur 1996, studiert an der Philipps Universität Informatik mit dem Nebenfach Medienwissenschaften.

Anna Sturm, geb. 1978 in Frankfurt/M., studiert seit 1997 an der Philipps-Universität Politikwissenschaften, Medienwissenschaften und Kunstgeschichte. Zum Wintersemester 1999/2000 steht ein Wechsel an die Prager Universität an.

Jan Wilhelm, 1975 in Marburg. Abitur 1994 studiert an der Philipps-Universität Neuere Deutsche Literatur und Medien und Amerikanistik.

Vorwort

Die Medienwissenschaft kann sich nicht dauerhaft darauf beschränken, Filme zu analysieren, Stilformen, narrative Konzepte zu untersuchen, ideologiekritische oder formatbezogene Fernsehforschung zu betreiben und Film, Fernseh- und Mediengeschichte(n) zu schreiben. Auch wenn es um die sogenannten „neuen Medien“ geht, darf sie sich nicht damit begnügen, je nach Temperament euphorische oder apokalyptische Visionen zu evozieren. Es ist an der Zeit, eine medienbezogene Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen, die sich im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaftsgeschichte und Kriegskunde ereignet.

Die Texte dieses Bandes sind entstanden im Rahmen eines Forschungsseminars, das wir provokativ „US-Medienimperialismus“ genannt haben. Es stellte sich heraus, daß bei dem Versuch, Tendenzen in den USA zu beschreiben, die die Mediengeschichte in ganz anderer, und aktueller Weise beleuchten, die Methoden der Medienwissenschaft nicht hinreichen. Medienpolitik ist ein Untergebiet der Politik, und wir waren gezwungen, wie es so schön heißt, interdisziplinär zu arbeiten. Diese Notwendigkeit hat ihre Spuren in dem Band hinterlassen: Die aktuelle politische Diskussion in den USA und ihre Geschichte mußten aufgearbeitet werden. In ihr spielen die Medien, vor allem die neuen Informations- und Kommunikationstechniken eine große Rolle, die wir wohl noch nicht befriedigend herausfiltern und medienwissenschaftlich analysieren konnten. Es ist daher so etwas wie eine erste Probebohrung in ein Gebirgsmassiv (oder einen Sumpf), das als medienwissenschaftlicher Gegenstand erst erobert werden will.

Günter Giesenfeld

Thorsten Wagner

Prioritäten und Leitlinien der amerikanischen Außenpolitik

1. „Die Stadt auf dem Hügel“: Von der Monroe-Doktrin zum Ersten Weltkrieg

Die spezifischen Eigenarten der amerikanischen Denkmuster, und hier insbesondere die der politischen Eliten, beeinflussten schon von Beginn an die außenpolitischen Maßstäbe und Leitlinien der jungen Nation. Eine große Rolle spielten hier insbesondere das spezifische Verständnis des Primats der Menschenrechte und der Demokratie sowie das amerikanische „Sendungsbewußtsein“, das oft damit einher ging und geht. Dennoch kann man feststellen, daß besonders vor dem Ersten Weltkrieg eine starke Tendenz zum Isolationismus vorherrschend war, der sich besonders deutlich in der *Monroe-Doktrin* manifestierte und im folgenden kurz erläutert werden soll.

In der Gründungsphase der USA herrschte allgemein die Auffassung vor, Amerika sei gleichsam eine „Stadt auf dem Hügel“, wie es John Winthrop bereits im 17. Jahrhundert formuliert hatte. In dieser exponierten Lage sei man daher nicht nur den Blicken der ganzen Welt ausgeliefert, sondern habe gleichzeitig auch eine nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion in bezug auf die hochgehaltenen Ideale. Zu diesem Zweck sei es ausreichend, ‚das eigene Haus in Ordnung zu halten‘ und sich außerhalb der eigenen Grenzen nicht weiter zu engagieren. Diese Einstellung wird deutlich in einer Ansprache John Quincy Adams zum 4. Juli 1821 über die Aufgaben der amerikanischen Nation:

Wo immer sich die Grundsätze von Freiheit und Unabhängigkeit entfaltet haben ..., werden ihr Herz, ihr Segen und ihre Gebete sein. Aber sie geht nicht in andere Länder, um Ungeheuer zu vernichten. Sie schenkt der Freiheit und Unabhängigkeit ihre guten Wünsche. (Aber) sie ist Verfechter und Verteidiger nur ihrer selbst. Sie wird die allgemeine Sache durch das Erheben ihrer Stimme und durch die sympathische Wirkung ihres Beispiels unterstützen. (Aber) sie weiß genau, daß sie sich bereits durch ein einmaliges Eintreten für fremde Fahnen – und seien es die Fahnen der ... Unabhängigkeit – auf immer in die Kriege der Interessen

und Intrigen, der individuellen Habgier des Neides und des Ehrgeizes... einmischen würde. Die grundlegende Maxime ihrer Politik würden sich unmerklich von Freiheit zu Gewalt verlagern. Sie würde (dadurch) die Diktatorin der Welt werden. Sie würde (dann) ihren eigenen Geist verleugnen.¹

Gut zu erkennen ist hier die grundlegende Perzeption, daß sich Amerika von den Zwistigkeiten der Außenwelt (genauer: des alten Europa) fernhalten müsse. Schon George Washington warnte in diesem Sinne 1797 in seiner „Farewell“-Ansprache vor einer interventionistischen Politik. „Warum sollten sich die Vereinigten Staaten“, so fragte er, in die „Netze europäischer Ambition, Rivalität, Interesse, Stimmung oder Laune verstricken?“ Man solle vielmehr die (damals noch) abgeschiedene geographische Lage nutzen, und sich von derlei Ungemach fernhalten.²

So war denn die amerikanische Außenpolitik dementsprechend im beginnenden 19. Jahrhundert von einem dezidierten Verzicht auf interventionistische Mittel zur Durchsetzung der eigenen Vorstellungen über Demokratie und Menschenrechte gekennzeichnet. Diese Auffassung manifestierte sich 1823 in der Doktrin des Präsidenten James Monroe. Zwar hegten die Bürger der Vereinigten Staaten „die freundlichsten Gefühle für die Freiheit und das Glück ihrer Mitmenschen auf der anderen Seite des Atlantiks“, dennoch könnten und wollten sich die USA nicht in deren Auseinandersetzungen einmischen. Genauso erwarte man aber im Gegenzug auch von den Europäern, daß diese darauf verzichteten, ihr System „auf irgend einen Teil der amerikanischen Hemisphäre“ auszudehnen³.

Erste Risse in der „Isolationismus-Front“ zeigten sich aber bereits im Jahre 1849 als der ehemalige Kriegsminister Senator Lewis Cass aus Michigan im Senat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Österreich zu erwägen forderte, um damit gegen die blutige Unterdrückung der ungarischen Revolution durch österreichische und russische Truppen im Jahre 1848 zu protestieren. Kurz darauf besuchte der Führer des ungarischen Aufstandes, Louis Kossuth, die Staaten in der Absicht, um Unterstützung zu werben. Er kritisierte die USA dafür, daß diese zwar einerseits „endlos“ über ihre Mission für Freiheit debattierten, aber in der Praxis nicht bereit seien, „eine aktive Rolle bei der Regelung von Zuständen im Ausland“ zu spielen. Das leuchtende Beispiel allein reiche oftmals nicht aus, so Kossuth. Er habe zumindest noch nie von einem Despoten gehört, der vor einer nur „moralischen Einflußnahme“ zurückweiche.⁴

¹Adams, zitiert nach La Feber (1965), S. 45.

²Wasser (1980), S. 385.

³Strauß (1957), S. 26.

⁴Kossuth, L.: Speech at Concord, 11.5.1852. In: *Old South Leaflets*, Nr. 111, S.15.

Eine hitzige Debatte entspann sich in der politischen Klasse und der Öffentlichkeit Amerikas. Ein Senator, John Parker Hale, machte mit der erhellenen Einlassung auf sich aufmerksam, daß man nach einer „Bestrafung“ Österreichs konsequent sein müsse, und dann auch Großmächte wie Rußland (das an der Unterdrückung der Ungarn mitgewirkt hatte), England (aufgrund der unfairen Gerichtsverfahren gegen irische Patrioten) und Frankreich (wegen der Ausbeutung Algeriens) seine Abneigung demonstrieren müsse. Nachdem man auf diese Weise mit der ganzen Welt gebrochen habe, müsse man sich schließlich selbst an den Pranger stellen, denn in der Hauptstadt der „Modellrepublik“ Washington, in „Sichtweite der Fahne des Friedens“ würden Männer und Frauen zu kaufen sein. Das Prinzip, daß „Freiheit ein von Gott gegebenes Recht ist“, müsse zunächst im eigenen Lande zur Geltung kommen⁵. Ein wohlfeiles Argument, das man auch heute in bezug auf die Todesstrafe oder den Einsatz von Militärgewalt ohne völkerrechtliche Absicherung bedenken sollte. Der Cass-Antrag zugunsten Ungarns wurde aber abgelehnt, die Zeit war noch nicht reif für die USA als „Weltpolizist“.

Als Wendepunkt in der amerikanischen Außenpolitik hin zu imperialen Weltmachtstreben gilt im allgemeinen das Jahr 1898, in dem es infolge des spanisch-amerikanischen Krieges zur Unabhängigkeit Kubas, zur Einverleibung der Philippinen, Guams und Puerto Ricos kam. Zu bedenken ist hierbei jedoch der schon weitaus früher einsetzende Imperialismus der alten europäischen Mächte, der die USA quasi unter Zugzwang setzte, wollte man sich nicht eines Tages von fremden Mächten „belagert“ wiederfinden. Hawaii wurde im gleichen Jahr annektiert und Samoa teilte man sich mit dem Deutschen Reich. Schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts dehnten die USA ihren Einfluß immer weiter nach Zentralamerika, in die Pazifikregion und nach Japan und China aus, wobei auch immer wieder Spannungen mit der konkurrierenden Seemacht England in Kauf genommen wurden.

Trotz unbestreitbarer wirtschaftlicher Motive der Ausdehnung der Handelsbeziehungen und der Auslandsmärkte ist diese imperialistische Wende unter der Administration McKinleys von Revisionisten als „idealistischer Imperialismus“ bezeichnet worden⁶, bei dem der alte amerikanische Glaube an die Überlegenheit der eigenen Wertvorstellungen und der traditionelle Missions- und Fortschrittsglaube eine bedeutende Rolle spiele. Eine besonders amerikanische Spielart dieser Überzeugungen kam in dem Buch *Our Country* des protestantischen Geistlichen Josiah Strong, das mit einer Auflage von 180.000

⁵Congressional Globe, 31st Congr., 2nd Sess., 7.1.1850, S. 113-116.

⁶Williams (1978), S. 58.

Stück Mitte der 1880er zu einem berühmten Bestseller wurde, zum Ausdruck. Unter Berufung auf Charles Darwin konstatierte Strong die Überlegenheit des amerikanischen Volkes, in dem sich die besten Kräfte des sterbenden Europas versammelt hätten. Es sei offensichtlich, daß Gott die Amerikaner damit beauftragt habe, die Welt in ihrem Sinne zu erneuern: „Es scheint mir, daß Gott ... die angelsächsische Rasse für eine Stunde vorbereitet, die unweigerlich in der Zukunft der Welt kommen wird.“ Es nahe der „letzte Kampf der Rassen“, der dazu führen müsse, daß der „Repräsentant ... der großen Freiheit, des reinsten Christentums, der höchsten Zivilisation ... sich über die ganze Welt verteilt.“⁷ Hier war ein idealistischer und pseudo-religiöser Übereifer am Werk, der später in der Geschichte noch größeres Unheil anrichten sollte. Die Darwin'sche Idee der Überlegenheit der Amerikaner blieb umstritten, nicht so aber die Großartigkeit der amerikanischen Ideale, die dann auch recht schnell von McKinley und anderen als Rechtfertigung für die Interventionen in Kuba und auf den Philippinen angeführt wurde. In seiner Kriegsbotschaft an den Kongreß sprach McKinley im April 1889 in bezug auf Kuba von einer „Frage der Menschlichkeit“, die sich hier stelle⁸.

Theodore Roosevelt, McKinleys Nachfolger, verfolgte trotz gegenteiliger Beteuerungen eben jene interventionistische Außenpolitik weiter. Er führte die begonnene „Open-Door-Policy“ gegenüber China fort, vermittelte im russisch-japanischen Krieg, trug in Algeciras zur Beilegung der ersten Marokko-Krise bei und drängte durch den Bau des Panama-Kanals die Briten zurück. Am bedeutendsten sollte allerdings seine Ausdehnung der „Monroe-Doktrin“ durch die sogenannte *Roosevelt-Corollary* sein, durch die sich die USA zur Ausübung einer internationalen Polizeimacht verpflichteten, um den Ruin der lateinamerikanischen Staaten und eine deshalb drohende Intervention der europäischen Mächte zu verhindern. Dabei käme es für Amerika darauf an, „to speak softly and to carry a big stick“. Es sei die Pflicht der Vereinigten Staaten, Menschen in Barbarei zu Hilfe zu kommen: „Es kann keinen Frieden geben, bevor sich die zivilisierten Nationen nicht bis zu einem gewissen Grad gegenüber den barbarischen Nationen ausgedehnt haben.“⁹

Woodrow Wilson sah sich schließlich angesichts der Greuel des Ersten Weltkrieges erstmals zu einer Intervention auf dem europäischen Kontinent gezwungen. Auch er führte hierfür nicht etwa Gründe der nationalen Sicherheit an, sondern untermauerte seine Kriegserklärung idealistisch: Als „single cham-

⁷Strong (1885), zitiert nach Hofstadter (1969), S. 187.

⁸Hofstadter (1969), S.191ff.

⁹Williams (1978), S. 63.

pion“ der Menschenrechte sei es eine Pflicht der USA, den „natürlichen Feind der Freiheit“ zu bekämpfen.

Wir sind froh, ... für den letzten Frieden der Welt und die Befreiung ihrer Völker... zu kämpfen: für die Rechte der großen und der kleinen Nationen und für die Rechte der Menschen, überall ihren Lebensstil ... zu wählen. Die Welt muß für die Demokratie sicher gemacht werden.¹⁰

Diese Welt, die für die Demokratie sicher gemacht werden sollte, wollte Wilson mit dem von ihm mit ins Leben gerufenen Völkerbund einen und befrieden. Diese neue Weltfriedensordnung sollte Außenpolitik als solche obsolet machen und könne sodann von einer „Weltinnenpolitik“ ersetzt werden. Bis eine solche verwirklicht sei, sollte Amerika jedoch weiterhin einen aktiven Part spielen.

Allein die Realpolitiker und die amerikanische Bevölkerung sahen die Dinge etwas anders als Wilson, und so war die Folge des Ersten Weltkrieges wiederum ein Erstarren des Isolationismus in der „Neuen Welt“:

Als wäre das Kriegengagement zuviel des Guten gewesen, wandte sich die amerikanische Nation mit einem Schlage von der Weltbühne ab, zog sich zurück auf den eigenen Kontinent und vergaß ihre Mission, die niemals mehr vonnöten gewesen wäre als im Europa der zwanziger und frühen dreißiger Jahre.¹¹

Dieser Rückzug in den Isolationismus und die Gleichgültigkeit gegenüber den europäischen Entwicklungen sollten sich aber schnell genug bitter rächen und eine zweite Phase der amerikanischen Außenpolitik einleiten, die noch heute mitbestimmend für das Gesicht unserer Welt ist.

2. Zweiter Weltkrieg und „Kalter Krieg“ als Grundpfeiler des US-Imperialismus

Das Aufsteigen der Nazis und anderer faschistischer Gruppierungen im Europa der 20er Jahre änderten nichts an der inzwischen durch eine umfangreiche Gesetzgebung abgesicherten Neutralitätspolitik der USA. Es bedurfte wiederum einer akuten Bedrohung des Weltfriedens und eventuell der nationalen Sicherheit der USA, Franklin D. Roosevelt 1941 zur erneuten Kriegserklärung an Deutschland nur 24 Jahre nach der Kriegsbotschaft Wilsons zu veranlassen. Er betonte die Notwendigkeit des Eingreifens der USA, ohne ein genaueres Aus-

¹⁰Wilson: Kriegserklärung an Deutschland, 2.4.1917. In: Hofstadter (1969), S. 216.

¹¹Pflüger (1983), S. 39.

maß zu definieren. Ähnlich wie Wilson sah Roosevelt in der Bedrohung der Freiheit und Demokratie die Hauptgefahr im Faschismus:

Laßt uns den Demokraten sagen: Wir Amerikaner nehmen tiefsten Anteil an Eurer Verteidigung der Freiheit... Diese Nation hat ihre Geschicke in die Hände, Köpfe und Herzen von Millionen freien Männern und Frauen gegeben und ihr Vertrauen in die Freiheit der Führung Gottes anheimgegeben. Freiheit heißt die Überlegenheit der Menschenrechte... Unsere Unterstützung geht an diejenigen, die für diese Rechte streiten...¹²

Um bei dem Kampf gegen die Nazis nicht aus dem Auge zu verlieren, für was eigentlich zu kämpfen sei, proklamierte Roosevelt seine berühmten „Vier Freiheiten“, die in einer zukünftigen Welt realisiert werden müßten: diese seien die Rede- und Ausdrucksfreiheit, die Religionsfreiheit, die Freiheit von (materieller) Not und die Freiheit von Angst (vor kriegerischen Übergriffen anderer Nationen).

Die weitere Ausrichtung der US-Außenpolitik folgte nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Hauptlinien. Erstens wuchs Amerika als hauptverantwortlichem Kriegsgewinner und einem der wenigen unversehrten Staaten in der westlichen Welt eine Art „automatischer Führungsrolle“ zu, zum zweiten wurde diese Rolle immer stärker von dem System-Gegensatz zur Sowjetunion geprägt, der schon bald in den „Kalten Krieg“ mündete. Als Reaktion der USA auf das Errichten des „Eisernen Vorhangs“ durch die Sowjetunion (nach Churchill in seiner Rede vom 5.3.1946) und deren aggressiver Politik in Ost- und Südosteuropa entstand die „Truman-Doktrin“. Derzufolge sagten die USA den „freien und unabhängigen Nationen“ ihre Unterstützung vor einer weiteren Expansion „totalitärer Regimes“ zu. Jede Nation stehe zu diesem Zeitpunkt vor der Wahl zwischen Freiheit und Unfreiheit. „Die freien Völker erhoffen von uns Unterstützung bei der Sicherung ihrer Freiheiten. Wenn wir bei unserer Führungsaufgabe zögern, könnten wir den Frieden in der Welt gefährden,“ sagte Truman in seiner Rede am 12.3.1947.

Teil dieser Politik der Eindämmung war unbestreitbar die nukleare Komponente, die seit den apokalyptischen Atombombenabwürfen von Hiroshima und Nagasaki, die Amerikas allumfassende militärische Macht und politische Entschlossenheit demonstrierten, immer weiter ausgedehnt und weiterentwickelt wurde. Innerhalb von nur 15 Jahren entwickelten die USA nach 1948 neben den bombergestützten Raketen Interkontinentalraketen, Mittelstreckenwaffen und U-Boot-Raketen, die bereits ab Mitte der fünfziger Jahre eine Ausweitung der amerikanischen Nukleargarantie über das eigene Territorium hin-

¹²Roosevelt: Rede zu den „Vier Freiheiten“, 6.1.1941. In: Hofstadter (1969), S.394ff.

aus auf die europäischen Bündnispartner angezeigt erscheinen ließen. Man kann also durchaus sagen, daß neben der zugrundeliegenden ideologischen Konfrontation mit der UdSSR auch und besonders die Rüstungsdynamik auf beiden Seiten dazu führte, daß die Eindämmungspolitik zur treibenden Kraft der US-Außenpolitik wurde.

Diese von Truman und seinem Berater George Kennan formulierte Politik der „Eindämmung“ (containment) bestimmte die amerikanische Außenpolitik bis mindestens 1969, wobei es mit John F. Kennedys Amtsantritt eine Akzentverschiebung gab. Während Truman und Eisenhower ihre Außenpolitik zunehmend militärisch und machtpolitisch verstanden, kehrte Kennedy zu den idealistischen Grundüberlegungen zurück, die der Ausgangspunkt für die Eindämmungspolitik waren. Als Höhepunkt seiner Rede zur Amtseinführung versprach er der Welt, daß Amerika „jeden Preis bezahlen, jede Last tragen, jede Schwierigkeit auf [sich] ... nehmen, jeden Freund unterstützen, jeden Feind angreifen [werde], um das Überleben und den Erfolg der Freiheit zu sichern“¹³.

Der Höhepunkt der „Eindämmungspolitik“ und gleichzeitig ihr Scheitern ist im Vietnamkrieg zu sehen. Der breite außenpolitische Konsens der Nachkriegsjahre war zerbrochen. Richard Nixon verkündete kurz nach seinem Amtsantritt eine neue Doktrin, die einen Abbau des „overcommitments“ der USA in der Welt bei gleichzeitiger Stabilisierung und Stärkung regionaler Strukturen vorsah. Eine Realpolitik (eines der wenigen deutschen Wörter, die ins Englische Einzug gehalten haben) europäischer Prägung mit deutlichen Bemühungen um eine Ost-West-Entspannung deutete sich unter Mitwirkung des Sicherheitsberaters Henry Kissinger an. Die UdSSR wurde als gleichberechtigte Großmacht anerkannt und das Kräftegleichgewicht zwischen den Blöcken fixierte sich zusehends im Rahmen eines *grand designs* der Außenpolitik. Auch eine verstärkte Zusammenarbeit in bezug auf Rüstungs- und Wirtschaftsfragen war Teil der Nixon-Doktrin.

Unter Nixon, Ford und Kissinger waren die USA zu einer Außenpolitik zurückgekehrt, die vornehmlich Stabilität, Erhaltung des weltpolitischen Status quo und die Konsolidierung eigener Einflußsphären und Friedenssicherung anstrebte. Der idealistische Missionsgedanke trat zurück, Amerika beschränkte sich wieder darauf, die „Stadt auf dem Hügel“ zu sein, die als Beispiel leuchtet. Obwohl auch Kissinger sich zu den Idealen von Menschenrechten und Demokratie bekannte, traten bei ihm andere Aufgaben in den Vordergrund:

Was den uralten Antagonismus zwischen Freiheit und Tyrannei angeht, so sind wir nicht neutral. Aber andere zwingende Notwendigkeiten legen unserer Fähig-

¹³Kennedy: Rede zur Amtseinführung, 20.1.1961. In: Hofstadter (1969), S. 453.

keit Grenzen auf, innere Veränderungen in anderen Ländern zu bewirken. Das Bewußtsein unserer Grenzen entspricht unserer Erkenntnis der Notwendigkeit des Friedens – nicht moralischer Gefühllosigkeit. Die Erhaltung des menschlichen Lebens und der menschlichen Gesellschaft sind auch moralische Werte.¹⁴

Jimmy Carter versuchte dann, nachdem die Sowjetunion das „grand design“ Nixons/Kissingers nicht vollends akzeptierte, das traditionelle Element der amerikanischen Außenpolitik, die globale Verwirklichung der Menschenrechte, zu revitalisieren und gleichzeitig die militärische Konfrontation zurückzuführen, was allerdings nur begrenzt bis 1978/79 erfolgreich war. Deutlich wurde diese „ideologische Wiederaufrüstung“ schon in Carters Rede zu seinem Amtsantritt:

Die unsrige war die erste Gesellschaft, die sich selbst ganz offen in Kategorien von Spiritualität und menschlicher Freiheit definierte. Es ist eben diese einzigartige Selbstdefinition, die uns eine besondere Attraktivität verliehen hat, aber sie auferlegt uns auch die besondere Verpflichtung, moralische Aufgaben auf uns zu nehmen, die, wenn wir sie einmal akzeptiert haben, unveränderlich in unserem ureigenen Interesse sind.¹⁵

Carter grenzte sich damit explizit von der von ihm als zynisch betrachteten Realpolitik Kissingers ab. Sein Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski entwickelte ein Gegenmodell einer Weltordnungspolitik, die auf den drei Säulen der Stärkung des ideologischen Einflusses der USA im Ausland, der Verbesserung im „strategischen Dreieck“ USA, UdSSR und VR China, und der Wiederherstellung des „political appeal“ gegenüber den Entwicklungsländern ruhte.

Dieser Versuch eines „Utopian Multilateralism“ (nach Richard N. Gardner) scheiterte jedoch hauptsächlich an den internationalen Realitäten, so daß die USA zeitweise wieder zur Eindämmungspolitik zurückkehrten, Höhepunkte hierbei sind sicher im Nato-Doppelbeschluß und Reagans Strategic Defence Initiative (SDI) zu sehen, der wir später in veränderter Form nochmals begegnen werden. Durch die dramatische Zuspitzung der Weltlage 1979/80 (Sturz des Schahs und Afghanistan-Invasion) verfestigte sich die Nachkriegsordnung quasi, manche Kommentatoren sprechen gar von einem zweiten „Kalten Krieg“. Vielen wird noch Reagans Beschreibung der UdSSR als „Reich des Bösen“ von 1983 in Erinnerung sein, die schon an eine eschatologische Auseinandersetzung mit bösen Mächten der Finsternis gemahnt. Gleichsam als Reflex auf Carters moralischen Internationalismus formulierte Reagan seine

¹⁴Kissinger, H.: Detente with the Soviet Union: The Reality of Competition and the Imperative of Cooperation, Erklärung vor dem „Senate Committee on Foreign Relations“, 19.9.1974, deutsch in: EA, 20/1974, S. D464.

¹⁵Carter: Inaugural Addresses of Presidents, zitiert nach Zittka (1996), S. 283.

Ideologie der Stärke. Mit seiner Rhetorik des Machtanspruches wollte er sowohl das Selbstbewußtsein des Volkes stärken als auch eine hegemoniale Position seines Landes fördern. Diese Rhetorik ging einher mit einer gezielten Schwächung von internationalen Organisationen wie der UNO (einem Phänomen, dem wir in den 90er Jahren wieder begegnen) deren Existenzberechtigung nach Frank Zittka sogar in Frage gestellt wurde¹⁶. Die Prioritäten bei diesem Paradigmenwechsel in der Außenpolitik waren deutlich: „Die Lektion der Nachkriegszeit ist, daß Amerika der Führer der freien Welt sein muß. Es gibt keinen anderen, der unseren Platz einnehmen könnte“.¹⁷

Die Bush-Administration wiederum war durch einen „pragmatischen Internationalismus“ gekennzeichnet, der sich weitgehend als ideologiefrei verstand. Ein Kommentator spricht sogar davon, daß dieser Pragmatismus „insofern als Ideologie aufgefaßt werden kann, als er die ultimative Ideologielosigkeit zum wahrnehmungs- und handlungsbestimmenden Prinzip erhebt“¹⁸. Dies machte Außenminister James Baker bei seiner Senatsanhörung recht deutlich:

Ich bekenne mich zum Pragmatismus, (...) wenn Sie damit meinen, daß man die Welt realistisch sehen sollte und die Wichtigkeit, Dinge erledigt zu bekommen, schätzt. Meine Aufgabe ist es nicht, die Welt zu verstehen, um sie zu akzeptieren, sondern sie zu verstehen, um sie zu ändern wo nötig.¹⁹

Diesem Ansatz entsprechend reagierten die USA auch auf die Umwälzungen des Jahres 89/90 eher in reaktivem, auf Sicherheit bedachtem Management der auswärtigen Beziehungen. Erst als die USA im Golfkrieg ihre neue Rolle als einzige Supermacht demonstrieren konnten, lieferte Bush hierzu den nötigen ideologischen Unterbau. Bezugnehmend auf die von ihm postulierte „Neue Weltordnung“ sagte er:

Es steht mehr auf dem Spiel als nur ein kleines Land- eine große Idee: eine neue Weltordnung, in der unterschiedliche Nationen in einer gemeinsamen Sache zusammenstehen, um die universellen Hoffnungen der Menschheit zu verwirklichen: Frieden und Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Seit zweihundert Jahren dient Amerika als leuchtendes Beispiel für Freiheit und Demokratie. (...) Und heute, in einer sich rasch verändernden Welt, ist die Führungsrolle Amerikas unabdingbar.²⁰

Die umfassenden Umwälzungen, die das Jahrzehnt nach dem Zerfall des

¹⁶Vgl. Zittka (1996), S. 290.

¹⁷Secretary of State George Shultz, „America and the struggle for freedom“, Rede vom 22. Feb. 1985; nach: DSB, LXXXV (April 85), S. 16-18.

¹⁸Zittka (1996), S. 293.

¹⁹Ebd., S. 293.

²⁰Abdruck der Rede Bushs in der *Frankfurter Rundschau* vom 5.2.1991, S. 14.

Ostblockes und dem Ende des Kalten Krieges mit sich brachten, haben an dieser Grundprämisse amerikanischer Außenpolitik nicht viel geändert. Und auch weiterhin kann sie am besten als ein Oszillieren zwischen Isolationismus (meistens von seiten des notorisch sparsamen Kongresses) und Interventionismus beschrieben werden. Jedoch stellt sich die Welt für eine „einsame Supermacht,, ganz anders dar als zu Zeiten mehr oder weniger wohltemperierten Bipolarismus'. Diese neue und zunehmend kritisch beobachtete Rolle Amerikas soll als nächstes beleuchtet werden.

3. Von der Zeitenwende 1989/90 ins nächste Jahrtausend

Der Kollaps des sowjetischen Weltreiches hat die Koordinaten des internationalen politischen Systems nachhaltig verändert. Der größte Antagonist und politische Feind der USA brach unter den Lasten des verschärften Wettbewerbs, besonders auf militärischem Gebiet, und dem Freiheitswillen der Völker (hier ist der ehemaligen DDR und anderen „Satellitenstaaten“ eine besondere Rolle zuzuweisen) zusammen. Dieser Zusammenbruch eines mehr als 70jährigen Reiches kann als ein klassisches Beispiel des von Paul Kennedy postulierten „imperial overstretch“²¹ gelten, den er auch für die USA konstatiert, die er mit einem alten Mann vergleicht, der eine Last nicht mehr so schnell den Berg hinauftragen kann. Die USA konnten diesem Schicksal jedoch bisher dank überlegener Ressourcen und einer lebendigeren Wirtschaft entgehen, wenn auch in folgender Äußerung Madeleine Albright ein weiterbestehendes Problembewußtsein zu erkennen ist: „Um uns gegen Überdehnung (over-extension) zu schützen, müssen wir darauf bestehen, daß andere ihren Teil beitragen.“²²

Dieser fundamentalen Verschiebung der Machtkonstellationen folgte ein „Moment des Unipolarismus“, wie ihn Samuel Huntington²³ in einem äußerst kritischen Essay beschreibt. Während dieser relativ kurzen Zeit sei es den USA möglich gewesen, „anderen Ländern oft ihren Willen aufzuzwingen“. Ausdruck dieser Machtstellung sei vor allem die Ausübung von Druck auf sogenannte „Schurken-Staaten“ mit Sanktionen oder militärischem Druck (hier besonders der zweite Golfkrieg von 1991) gewesen, was jedoch zunehmend Widerstände auch bei Verbündeten hervorgerufen habe, wodurch sich die USA selbst zu einer „Schurken-Supermacht“ entwickelt hätten. Jedoch sieht Huntington diesen

²¹Kennedy (1987).

²²Albright (1998), S. 53. (Alle englischen Zitate werden in einer Ad-hoc-Übersetzung des Autors wiedergegeben.)

²³Huntington (1999), S. 39.

„unipolaren Moment“ als vergangen an, und konstatiert für die späteren 90er Jahre einen „fremdartigen Hybrid“ den „Uni-Multipolarismus“, der kleinere aber wichtige Regionalmächte mit einbezieht. In seinen Augen werden die USA die „erste, letzte und einzige globale Supermacht“ sein, da das 21. Jahrhundert einen „wahren Multipolarismus“ sehen werde.

Quasi auf „natürliche“ Art und Weise fiel den Vereinigten Staaten nun die Führungsrolle in der Weltpolitik zu. Wohl wissend, daß das Wort „Imperium“ oder gar „Hegemonie“ aber mit sehr negativen Konnotationen behaftet ist, bemühte man sich auf amerikanischer Seite seither um eine moderate Rhetorik, was ihre neue Stellung betraf. Es wurde die These vom „gutwilligen Hegemon“ (benign hegemon) entwickelt, um eine semantische Zähmung der eigenen Macht zu erreichen. Diese kommt zum Beispiel in den folgenden Worten des stellvertretenden Außenministers Strobe Talbott zum Ausdruck:

In gewisser Weise und bis zu einem gewissen Grad ist dies ein einzigartiges Phänomen in der Geschichte der großen Mächte, daß die Vereinigten Staaten ihre Stärke – eben ihre Größe (its very greatness) – nicht dadurch definiert, daß sie andere Staaten dominieren können, sondern vielmehr dadurch, daß sie mit anderen zusammenarbeiten im Interesse der internationalen Gemeinschaft als Ganzem. (...) Amerikanische Außenpolitik ist bewußt darauf ausgerichtet, universale Werte zu befördern.²⁴

Des weiteren sprach der stellvertretende Finanzminister Summers offen von „der ersten nicht-imperialistischen Supermacht“²⁵ und Haass macht in seinem Buch *The Reluctant Sheriff* einen deutlichen Unterschied zwischen „imperial“ Doktrin, die lediglich die „von den USA geförderteren Standards unterstützen soll“ und einer „imperialistischen“ Politik, die eine „Außenpolitik der Ausbeutung sei“²⁶. Diese neue, imperiale Politik werde vor allem von dem Gedanken der „Globalen Verantwortung“ beherrscht, wie Edward W. Said, ein bedeutender arabisch-amerikanischer Kulturkritiker, konstatiert.²⁷

Trotz dieser beschwichtigenden Aussagen, wird der nahezu selbstverständliche Führungsanspruch der USA von kaum einer (westlichen) Nation in Frage gestellt (lediglich Frankreich zeigt hier gelegentlich eine gewisse *audace*). Said sagt über das „Diktat der eigenen Sicht von Gesetz und Frieden“:

Das erstaunliche daran ist nicht, daß es versucht wird, sondern daß es mit solchem Konsens und nahe der Einstimmigkeit getan wird in einer öffentlichen Sphäre, die als eine Art kultureller Raum konstruiert ist, der diese [Sichtweise]

²⁴Ebd., S. 38.

²⁵Ebd.

²⁶Haass (1997).

²⁷Said (1994), S. 285.

ausdrücklich repräsentieren und erklären soll.“²⁸

In diesem Zusammenhang ist ergänzend auf die unbestreitbare globale Dominanz Amerikas in den Medien wie Film, Fernsehen und Internet zu verweisen. Begründet wird diese Rolle der USA mit der Notwendigkeit der Führung für die internationale Stabilität. So zum Beispiel der Autor von *Bound to Lead*, Nye:

Abwesenheit von Führung des größten Staates würde die Fähigkeit aller Staaten vermindern, mit Problemen der Interdependenz umzugehen. (...) Die Lektionen von früheren Zeitperioden sind, daß wenn der stärkste Staat nicht führt, erhöhen sich die Gefahren für Instabilität.“²⁹

Dieser Führungsanspruch, der sich durch mannigfache Interventionen überall auf der Welt ausdrückt, wird von Richard Barnet beschrieben als

mit allen Elementen eines kraftvollen, imperialen Bekenntnisses (*creed*) (...) ausgestattet, einem Gefühl der Mission, der historischen Notwendigkeit und des missionarischen Eifers (*evangelical fervor*). (...) Ciceros Definition des frühen römischen Reiches war bemerkenswert ähnlich. Die USA stehen, einzigartig gesegnet mit großen Reichtümern und einer exzeptionellen Geschichte, über dem internationalen System, nicht darin, sie stehen bereit, um der Träger des Rechts zu sein.³⁰

Dieser umfassende Führungsanspruch wurde nie deutlicher als im Kosovo-Konflikt des Jahres 1999, der mehrfach als „Strafaktion“ bezeichnet wurde und nicht als Krieg. Einem sogenannten „Schurkenstaat“ wurden bei kleinstmöglichen eigenen Verlusten die größtmögliche Zerstörung zuteil, und nicht direkt beabsichtigte Treffer als „Kollateralschäden“ euphemisiert. Dieser Militäreinsatz war nicht der erste interventionistische Eingriff der USA, wohl aber der erste ohne UNO-Mandat bei bewußter und willig in Kauf genommener Brückierung von anderen Großmächten wie Rußland und China, welches sogar Bombenopfer zu beklagen hatte. Dies ist eine Entwicklung, die sich schon länger andeutete. Schon seit geraumer Zeit blockiert der Kongreß immense Summen, die die USA den UN schulden, und auch die massive Einflußnahme auf die Bestimmung des neuen Generalsekretärs Annan, der den reformfreudigen und nicht USA-gefüigten Ägypter Butros-Ghali ersetzte, machte dies deutlich. Sehr erhellend ist hierzu eine Formulierung von Nye in *Bound to Lead*, in der er ohne explizite Nennung der UNO von „gewissen internationalen Organisationen,“ spricht, die „zu großen, sperrigen Theatern für unverantwortliche

²⁸Ebd., S. 286.

²⁹Nye (1990), S. 239.

³⁰Barnet (1972), S. 21.

Stimmblöcke degeneriert“ seien.³¹

Diese Verweigerung der Kooperation mit der UNO, zusammen mit der neuen NATO-Strategie des möglichen „Out-of-Area“-Einsatzes, kennzeichnen eine neue Qualität des amerikanischen Hegemoniestrebens. Der französische Kritiker Rammonet sagt zur Rolle der UNO:

In der Tat weist alles darauf hin, daß die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer derzeitigen Vormachtstellung nicht mehr gewillt sind, sich mit der UNO zu arrangieren und sich durch deren legalistische Verfahrensweisen zügeln zu lassen. (...) Auch die Vereinten Nationen [wären nicht mehr] in der Lage, [die USA] wirklich in Frage zu stellen.³²

In seinen Augen ist dieses neue „globale, strategische Sicherheitskonzept,, der USA eine *conditio sine qua non* der wirtschaftlichen Globalisierung als der „dominierenden Dynamik unserer Zeit“. Er argumentiert, die Globalisierung (die ja im übrigen fast ausschließlich die bereits industrialisierten Staaten erfaßt) untergrabe „durch die Aufweichung zwischenstaatlicher Grenzen und die Einebnung kultureller Unterschiede die Identität und Souveränität der einzelnen Staaten“. Folge sei ein sogenannter „Individuumsstaat“ (*Etat-individu*), der jedem Individuum Machtattribute und -befugnisse zugestehe, die sonst dem Staat zustehen: „Unzweifelhaft würden die Globalisierung und ihre Ideologie, der Ultraliberalismus, eine Transformation erlauben, ja begünstigen, wie sie die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien technisch möglich erscheinen lassen.“ Wenn diese Einschätzung auch sicherlich über das Ziel hinaus schießt (denn es war ja nicht Bill Clinton *persönlich*, der Slobodan Milošević bestrafte), so zieht sie doch eine interessante Verbindung zwischen der wirtschaftlichen Globalisierung und dem neuen Hegemoniebestreben der USA.

Zwei weitere wichtige Punkte sind aus den neuesten außenpolitischen Entwicklungen zu erkennen. Erstens, in enger Verbindung mit der abnehmenden Bereitschaft der USA, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, ist die zunehmende Tendenz der neuen „Welt-Supermacht“ erkennbar, jeweils für bestimmte militärische oder außenpolitische Ziele wechselnde Bündnispartner um sich zu sammeln. Haass nennt diese Strategie, die er als Teil einer „Doctrine of Regulation“ (im Gegensatz zur derzeitigen Ära der „Deregulation“, die viele Gefahren für die USA beinhalte) „Policy by Posse“, die einem legalen „Polizeitrupp“ unter Führung eines Sheriffs nachempfunden ist. Zu dieser Politik sagt er dann:

Unter dieser Politik würden die USA, wenn möglich gemeinsam mit anderen

³¹Nye (1990), S. 255.

³²Ramonet (1999), S. 4.

handeln, aber alleine wenn nötig und realisierbar, um das Verhalten und gegebenenfalls die Fähigkeiten von Regierungen und anderen Akteuren zu formen, so daß diese dann weniger bereitwillig sind, aggressiv zu handeln sowohl außerhalb der eigenen Grenzen als auch gegen die eigene Bevölkerung und einen wirtschaftlichen Handel betreiben, der vereinbarten Normen und Prozeduren entspricht.³³

Deutlich wurde diese neue Strategie besonders am willigen Einsatz Großbritanniens und auch Deutschlands im Kosovo-Krieg, aber auch die geplante Installierung des in „Theater Missile Defense (TMD)“ umbenannten SDI-Programmes von Ronald Reagan, das bis 2005 für circa 25 Mrd. Dollar einen nuklearen Schirm über Japan und Süd-Korea aufspannen soll³⁴ zeugt von dieser Einstellung dieser „zweckgebundenen Zusammenrottung“.

Der zweite Punkt ist die Selektivität der Interventionen der USA, die oft als heuchlerisch und doppelbödig erscheint. Allzu oft scheinen hier wirtschaftliche und machtpolitische Interessen im Vordergrund zu stehen, als die proklamierten Menschenrechtsfragen, die viele weitere Interventionen nötig machen würden. Madeleine Albright sagt dazu in einem Essay für *Foreign Affairs*: „Manche beschuldigen uns eines doppelten Standards. Tatsächlich haben wir aber nur einen, der auf unserer Einschätzung basiert, welcher Ansatz am geeignetsten dazu erscheint, Resultate hervorzubringen, die US-Interessen und -idealen dienen.“³⁵ Dabei diene nach ihren Worten Amerika oft nur als „Katalysator und Koalitionsbilder“ (siehe die „Posse“-Strategie) da auch die amerikanische Außenpolitik derzeit „von der Hand in den Mund lebe“³⁶.

Was sich in all den Jahren der weltpolitischen Veränderungen nicht verändert hat, ist der Anspruch der USA, der große Verteidiger der Freiheit zu sein. Die aus Europa stammende Außenministerin Albright, welche die Greuel des Zweiten Weltkrieges selbst erst spät an der eigenen Familie erlebt hat, ist daher stolz darauf, „daß die USA nicht irgendein anderes Land sind. Und wir wollen, daß unsere Außenpolitik unseren Status als global führender Verteidiger der Freiheit (*champion of freedom*) reflektiert.“³⁷ Denn, so sagt sie weiter,

Freiheit ist der Daseinszweck (*purpose*) Amerikas. Wie auch andere menschliche Aspirationen kann sie niemals vollständig erreicht werden. Freiheit ist kein Besitz, sondern ein ständiges Bestreben (*pursuit*). Und sie ist der Stern, nach der die amerikanische Außenpolitik weiterhin navigieren muß, in den verbleiben

³³Haass (1997), S. 69.

³⁴Vgl. *DIE WOCHE*, 21. Mai 1999, S. 28.

³⁵Albright (1998), S. 57.

³⁶Ebd., S. 62.

³⁷Ebd., S. 63.

Jahren dieses Jahrhunderts als auch im nächsten Jahrhundert.³⁸

Dieses idealistische Bekenntnis zur Freiheit, das zum Standardrepertoire jedes US-Außenpolitikers gehört, sollte sich jedoch immer an der Realität messen lassen. Und dies sowohl auf militärischem als auch wirtschaftlichem Gebiet. Denn wenn diese proklamierte „Freiheit für die Völker“ nur ein Deckmantel für eigene handfeste Machtinteressen sein sollte, würden sich die eingangs zitierten Worte John Quincy Adams bewahrheiten und „die grundlegenden Maxime [der Politik der USA] würden sich unmerklich von Freiheit zu Gewalt verlagern. Sie würden zum Diktator der Welt werden und so ihren eigenen Geist verleugnen“³⁹.

Benutzte Literatur:

- Barnet, R.: *The Roots of War*. New York 1972.
- Haass, R. N.: *The Reluctant Sheriff*, New York 1997.
- Hofstadter, R.: *Great Issues in American History , From Reconstruction to the Present Day 1864-1969 (Auszüge)*, New York 1969.
- Kennedy, P.: *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict 155-2000*, New York 1987.
- La Feber, W. (Hrsg.): *John Quincy Adams and American Continental Empire: Letters, Speeches and Papers*, Chicago 1965.
- Nye, Joseph S. jr./William A. Owens: *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power*. 1990.
- Pflüger, F.: *Menschenrechtspolitik der USA, Ort?* 1983.
- Said, E. W.: *Culture and Imperialism*, New York 1994.
- Strauß, H.: *Botschaften der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zur Außenpolitik 1793-1949*, Bern 1957.
- Wasser, H.: *Die Vereinigten Staaten von Amerika. Portrait einer Weltmacht*, Stuttgart 1980.
- Williams, W.A.: *The Tragedy of american Diplomacy*, New York 1978.
- Zittka, F.: *Wandel und Kontinuität der Amerikanischen UNO-Politik 1977-1993*, Frankfurt/M. 1996.
- Albright, M.: *The Testing of American Foreign Policy*. In: *Foreign Affairs*, Vol. 77, no. 6 (Nov./Dec. 1998).
- Huntington, S. P.: *The Lonely Superpower*. In: *Foreign affairs*, Vol. 78, no. 2 (March/April 1999).
- Kossuth, L.: *Speech at Concord, 11.5.1852*. In: *Old South Leaflets*, Nr. 111.
- Ramonet, I.: *Nouvel ordre global*. In: *Le monde diplomatique*, 11.6.1999.
- Die Woche*, 21. Mai 1999.

³⁸Ebd., S. 64.

³⁹Siehe Fußnote 1

Mei-jen Chang

Informationsfreiheit

Ein Rückblick auf *Free Flow of Information*

Seit dem Angriff der NATO gegen Jugoslawien steht die Frage der Medienmanipulation im Zentrum der Diskussion. Am 26. Mai war es so weit, daß der Satelliten-Dienstleister Eutelsat dem Druck der NATO nachgab und die Übertragung des serbischen Fernsehens einstellte.¹ Diesen Verstoß gegen das allgemeine Menschenrecht der Informationsfreiheit stellten jedoch die NATO-Länder nicht in Frage, obwohl sie mit dem Argument, die Menschenrechte im Kosovo schützen zu müssen, das kleine Jugoslawien mehr als zwei Monate heftig bombardierten. Fünf Jahrzehnte nach der Proklamation der Informationsfreiheit als allgemeines Menschenrecht durch die Vereinten Nationen bleibt die Kontroverse über die Informationsfreiheit ein unverzichtbares Feld der politischen Auseinandersetzungen um die internationalen Beziehungen. Jedoch haben sich die Schwerpunkte verschoben: Statt über Informationsfreiheit wird über „Informationskrieg“ (Information War) diskutiert und es geht darum, wie man ihn gewinnt. Diese Situation ist vielleicht ein geeigneter Zeitpunkt für einen Rückblick.

Der Begriff der Informationsfreiheit bezieht sich auf das Prinzip der rechtlichen Regelung des Einsatzes verschiedener Kommunikationsmedien im internationalen Prozeß der Informationsvermittlung. Trotz andauernder Meinungsverschiedenheiten und vor allem ungeachtet des Widerspruchs zwischen proklamierten Menschenrechten und der gesellschaftlichen Realität ist das Prinzip der Informationsfreiheit stets ein unangefochten anerkanntes Ziel aller demokratischen Bewegungen gewesen, eine als Teil des historischen Entwicklungs-

¹„Das serbische Informationsministerium kritisierte die Entscheidung als 'Gipfel der Heuchelei des Westens', der sich zwar immer für die Pressefreiheit einsetze, diese tatsächlich aber brutal verletze. Die Nato hat das staatliche Fernsehen Serbiens wiederholt beschuldigt, Lügen zu verbreiten.“ *Frankfurter Rundschau*, 28.5.1999, S.7.

prozesses empfundene gesellschaftliche Notwendigkeit.

1. Die Entwicklung der Informationsfreiheit bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Informationsfreiheit (früher Pressefreiheit) entwickelte sich Hand in Hand mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und der Herausbildung der Nationen. Die Bourgeoisie forderte aufgrund der zunehmenden Handelsaktivitäten und ihres Kampfes gegen die Feudalherrschaft, die Pressefreiheit als Grundrecht der Bürger. Es ist kein Zufall, daß die Pressefreiheit 1791 im 1. Amendement zur amerikanischen Verfassung und in der französischen Verfassung von 1793 garantiert wurde. Diese Pressefreiheit bezog sich ursprünglich auf das Bürgerrecht innerhalb einer Nation.

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zeichnete sich durch die von der Industrialisierung herbeigeführte außergewöhnliche Intensivierung der internationalen Wirtschaftskontakte aus. Die verschiedenen Regionen des Erdballs wurden durch die gewaltige Steigerung des Welthandels, durch die Expansion des kapitalistischen Marktes und durch den Aufbau von Kolonialreichen zu einer Welt zusammengebracht. Der Bedarf an Waren- und Informationsaustausch spiegelte sich im Aufschwung der Zeitungs- und Zeitschriftenpublikationen in dieser Zeit. Mit der Verbesserung der technischen (Eisenbahn, Druckmaschine) und gesellschaftlichen Infrastruktur (Alphabetisierung) erschien 1855 das erste „Penny Paper“. Die Presse wurde zur großen Masseninformationsindustrie.

Der steigende Bedarf an grenzüberschreitender Informationsvermittlung führte zur Entstehung von Nachrichtenagenturen, die, zusammen mit der Erfindung der Telegraphie, den Beginn einer neuen Epoche im Nachrichtenwesen markierte. Die ersten Nachrichtenagenturen waren international tätige nationale Institutionen der Kolonialreiche wie Havas (Paris), Reuters (London), Wolff (Berlin) und Associated Press (New York).

Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten diese Weltnachrichtenagenturen in gegenseitigem Einvernehmen die ganze Welt unter sich in Zonen aufgeteilt und Nachrichten untereinander ausgetauscht. Sie waren ein wichtiges Machtsicherungssystem und Legitimationsmedium der imperialistischen Mächte und sehr eng von deren politischen Interessen abhängig². Seit dem Er-

² Die deutsche Agentur Wolff hatte zum Beispiel mit der Niederlage des deutschen Reiches 1918 ihre Position eingebüßt und wurde mit der Hugenbergschen Telegraphen Union 1934 zum staatlichen nationalsozialistischen Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) zusammengebracht.

sten Weltkrieg arbeiteten die US-Amerikaner intensiv mit den Briten zusammen. Während im Zweiten Weltkrieg Havas an der Seite des Vichy-Regimes stand, teilten sich die US-amerikanischen Nachrichtenagenturen mit Reuters den größten weltweiten Informationsmarkt.

Die Wirkungen der Kartellierung und Monopolisierung der Nachrichtensammlung und -verbreitung führten zu einer starken Vereinheitlichung und einseitigen Auswahl bei der Nachrichtenübermittlung. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg entstand der allgemeine Interessenkonflikt zwischen dem Recht der freien grenzüberschreitenden Kommunikation und dem Schutz nationaler Gesellschaften und ihrer politischen, rechtlichen und kulturellen Ordnung.

Weil man erkannte, daß die Tätigkeit der Nachrichtenagenturen für jeden Staat ein wichtiges Machtsicherungsmittel sein kann, gründeten viele Nationen nach der Erringung staatlicher Unabhängigkeit oder nach politischen Umwälzungen sofort eine nationale Nachrichtenagentur.

So entstanden gegen Ende und nach den beiden Weltkriegen viele neue Agenturen, vor allem in Europa und Asien, und die Bildung neuer Staaten in Afrika und Asien nach der Auflösung der alten Kolonialreiche führte in den Fünfziger und frühen sechziger Jahren unseres Jahrhunderts zu einer wahren Sturzflut neuer Agenturen.³

Obwohl die Zahl der kleinen nationalen Agenturen von Jahr zu Jahr wuchs, dominierten die Weltagenturen, im Sog von Politik und Technik, auf der internationalen Ebene wie zuvor. Die technische Möglichkeit von grenzüberschreitenden Rundfunksendungen in den Zwanziger Jahren eröffnete neue Konflikte zwischen staatlicher Souveränität und freier grenzüberschreitender Informationsübermittlung. Völkerrechtliche Beschränkungen der Rundfunkfreiheit waren bereits vor dem Zweiten Weltkrieg vertraglich verankert. Eine der bedeutendsten war das bi- und multilateral vereinbarte Verbot von Kriegspropaganda.⁴

Die Auseinandersetzungen zwischen staatlicher Souveränität und grenzüberschreitender Informationsübermittlung verschärfte sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts. Seit der Oktoberrevolution in Rußland wurde die entstehende Sowjetunion von den westlichen Mächten als Todfeind des kapitalistischen Systems angesehen. Erst angesichts der ernststen Gefahr einer faschistischen Expansion entschied der Westen, sich vorübergehend mit der Sowjetunion zu einer Koalition gegen Hitler zusammenzuschließen. Die Zusammenarbeit dauerte nur solange, bis der Hauptgeg-

³ Vgl. Dovifat (1969), S. 98.

⁴ Vgl. Delbrück (1991), S.1059.

ner, das nationalsozialistische Deutschland, beseitigt war. Kurz nach dem Krieg begann der Westen die antisowjetische Kampagne. Ihr konkreter Ausdruck war die Truman-Doktrin (1947).⁵ Der Antikommunismus wurde von da an besonders in den USA zur Leitlinie der Politik.

Diese Politik stand im Einklang mit den ökonomischen Interessen der Großunternehmen, die einen grenzfreien Markt für den Welthandel forderten. Der Antikommunismus als moralischer Kreuzzug hatte seinen Sinn auch darin, die öffentliche Meinung, die im parlamentarischen System eine wichtige Rolle spielt, für diese Politik zu gewinnen. Aber statt diese politischen und ökonomischen Interessen offenzulegen, wurde im Westen die „Unfreiheit“ des Nachrichten- und Informationswesens in der Umklammerung diktatorischer oder totalitärer Regime in den Mittelpunkt gestellt. Die vom UNO-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) geleitete Pressefreiheitsbewegung forderte im Jahre 1948 die Informations-, Presse- und Rundfunkfreiheit nachdrücklich als allgemeines Menschenrecht. Zugrunde lag diesem Vorgang die aus den USA stammende Idee vom Prinzip des freien Informationsflusses (*free flow of information*).

2. Das US-amerikanische Konzept der Informationsfreiheit

Seit Beginn der Industrialisierung besitzt Information eine doppelte Bedeutung: Sie ist einerseits politisches und ideologisches Herrschaftsinstrument, andererseits aber auch ein industrielles Produkt. Diese beide Merkmale markierten die Informationspolitik der großen Industrieländer unseres Jahrhunderts, insbesondere der USA, wo die Großunternehmen in Zusammenarbeit mit dem Staat in erster Linie über Verbreitung und Wirkung dieser Medienerzeugnisse bestimmen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind die USA zur größten Weltmacht geworden. Während die anderen Industrieländer (die Siegermächte sowie die Verlierer Deutschland und Japan) einschließlich der UdSSR vom Krieg ausgeblutet waren, verfügten die USA über ein gewaltiges ökonomisches Potential.

Die Vereinigten Staaten waren das einzige Land unter den Großmächten, das durch den Krieg reicher - und tatsächlich viel reicher - wurde statt ärmer. Am Ende des Krieges besaß Washington Goldreserven im Wert von 20 Milliarden Dollar, beinahe zwei Drittel der gesamten Goldreserven der Welt... Mehr als die

⁵ Am 12. März 1947 rief Präsident Truman den Kongreß und die Öffentlichkeit zum Kampf gegen innere und äußere Feinde auf, wobei er in erster Linie an kommunistische Bewegungen dachte. Er forderte vom Kongreß großzügige Hilfen für die antikommunistischen Kräfte in der Türkei und in Griechenland.

Hälfte der Industrieproduktion der Welt kam aus den USA und ein Drittel der Weltproduktion von Gütern aller Art. Die USA waren bei Kriegsende auch der bei weitem größte Exporteur der Welt, und selbst noch ein paar Jahre später stellten sie ein Drittel des Weltexports. Aufgrund der gewaltigen Expansion ihrer Schiffbaukapazität befanden sich inzwischen die Hälfte der Schiffe der ganzen Welt in ihrem Besitz. Ökonomisch gesehen war die Welt nun Washingtons Auster.⁶

Die politische und ökonomische Übermacht der USA manifestierte sich in der entsprechenden Mediendominanz. Während den meisten Ländern Asiens und Europas die von Kriegszerstörungen hart getroffenen Medien noch nicht wieder auf die Beine kamen, lieferten die USA große Mengen von Druckpressen, Rundfunksendungen und Filmmaterialien in die ganze Welt aus. Die hohe Produktivität und die Kontrolle über Rohstoffe waren Hauptgrundlage dieser Herrschaft. Allein im Jahre 1948 produzierte Hollywood 432 Spielfilme, die Sowjetunion weniger als 20, und Italien, noch in der Blütezeit des Neorealismus, nur 54.⁷ Hollywood erreichte in den Jahren 1947 bis 1948 seine höchste Dominanz, als auch die Märkte Chinas und der osteuropäischen Länder dem Zugriff Hollywoods ausgesetzt waren. Der Medienmarkt der ganzen Welt, außer der Sowjetunion, war in seiner Hand.

Die Vormachtstellung der US-Medien nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte nicht nur auf ihrer ökonomische Stärke, sondern auch auf der weltweiten militärischen Präsenz der USA.

Diese Periode (1943-1953) zeigt durch die unmißverständlichsten Beispiele, daß die militärische Kraft und die politische Macht der USA genutzt werden, um die Medien anderer Länder unter Druck zu setzen. Generäle riefen buchstäblich aus eigenem Ermessen Presseorgane ins Leben, vergaben Lizenzen für Radiosender, suchten selbst das wichtigste Personal aus und legten ihr Veto gegen jede nicht genehme Personalbesetzung ein.⁸

Mit ähnlichen wie den oben genannten Maßnahmen und direkter Hilfe vom US-Finanz- und Außenministerium war es der Rockefeller Foundation gelungen, während des Zweiten Weltkrieges mehr als 1200 Zeitungen und 200 Rundfunkstationen in Lateinamerika unter ihre Kontrolle zu bringen.

Bis zum Ende des (2.) Weltkrieges schätzte die CIA, daß mehr als 75% der internationalen Berichterstattungen, die in Lateinamerika hineinreichten, aus Washington stammten, wo sie von Rockefellers Büro und vom Außenministeri-

⁶ Kennedy (1989), S. 534, zit. nach Deppe (1991), S.47-48.

⁷ Tunstall (1977), S. 141.

⁸ Ebd., S. 137.

streng kontrolliert und überwacht wurden.⁹

Durch die Reichweite ihrer Medien wurden der Reichtum der USA und ihr hoher Lebensstandard in der ganzen Welt verbreitet. Der *American Way of Life* und der ihm entsprechende neue Typ von Massenkultur waren zum Symbol einer neuen Lebensweise geworden. Die Attraktivität des *American Way of Life* wurde gleichzeitig zum moralischen Zweck propagiert, die politische Linie und die militärischen Aktionen der USA zu rechtfertigen. Deren Ideologie von *Freedom and Democracy* wurde zur universalen Wertekategorie und zum politischen Maßstab gemacht. Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte am 6. Januar 1942 vor dem Kongreß:

Wir kämpfen heute für Sicherheit, für Fortschritt und für Frieden, nicht nur für uns selbst, sondern für alle Menschen, nicht nur für eine Generation, sondern für alle Generationen. Wir kämpfen, um die Sünde und Leiden aus alter Zeit zu beseitigen.¹⁰

Der Freihandel und der freie Informationsfluß wurden zum Beispiel nicht als notwendige Maßnahmen zur Öffnung internationaler Märkte dargestellt, sondern als allgemeines Gut für die Menschheit und damit als Ausfluß eines moralischen Imperativs. Beide Konzepte prägten zwei der wichtigsten UN-Organisationen, GATT (hinsichtlich des Freihandels) und UNESCO (hinsichtlich des freien Informationsflusses). Da die US-amerikanischen Interessen nunmehr mit den Interessen der ganzen Welt gleichgesetzt wurden, konnten die US-amerikanischen Forderungen auch offiziell zu allgemeinen Menschenrechten deklariert werden. Am 10. Dezember 1948 wurde das Prinzip des *free flow of information* von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ohne Gegenstimmen als universales Menschenrecht proklamiert¹¹.

3. Der Widerstand gegen die amerikanische Dominanz

Die Grundidee der Informationsfreiheit in der UN-Charta war von Anbeginn Gegenstand der politischen Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Ländern und dem sozialistischen Block gewesen. Während die USA einen grenzfreien Informationsfluß befürworteten, behauptete die Sowjetunion, daß

⁹ Ebd., S. 140.

¹⁰ Herz (1991), S. 42.

¹¹ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 19: „Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

die grenzüberschreitende Informationsübermittlung unter Berücksichtigung staatlicher Souveränität und im völkerrechtlichen Rahmen verlaufen müsse. Die Voraussetzung der Zusammenarbeit müsse auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Staaten und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates erfolgen. Dieses Argument trug der Tatsache Rechnung, daß die überwiegende Mehrheit der Länder eine schwache Medieninfrastruktur besaßen.

Im Vergleich zu westlichen Industrieländern waren die sowjetischen Medien bis zum Zweiten Weltkrieg sehr unterentwickelt und erlitten schwere Zerstörungen durch den Krieg. So waren sie bis zum Tod Stalins nicht in der Lage, durch den Export von Informationen oder Medienprodukten andere Länder zu beeinflussen. Erst seit dem Aufstand in Ungarn 1956 nahmen grenzüberschreitende Rundfunksendungen der UdSSR zu.¹²

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Kolonialherrschaft westeuropäischer Länder zu Ende. Das Recht auf Selbstbestimmung für die „Völker, die noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben“¹³ wurde zur universalen Forderung. Mit der Entlassung Indiens in die Unabhängigkeit setzte die Entkolonialisierung in der ganzen Welt ein, die zum Teil mit friedlichen Mitteln, oft aber auch nur in blutigen Kriegen erreicht werden konnte. Der Prozeß der Machtübertragung an die autochthonen Repräsentanten wurde meist von einer Nationalbewegung getragen. Bis 1960 erhielten viele Länder ihre staatliche Souveränität.

Die Infrastruktur der Medien dieser neu entstandenen Entwicklungsländer war schon in der kolonialen Zeit geschaffen worden. Als Voraussetzung der Befreiung von kolonialer Ideologie versuchten viele Befreiungsbewegungen, die Unabhängigkeit ihrer Medien unter ihrer Kontrolle zu erreichen. Meist aber reichten die eigenen Ressourcen nicht, z.B. im nationalisierten Fernsehen ein volles Programm zu produzieren. Zur Befriedigung des so entstandenen Bedarfs boten sich die billigen Produkte aus den USA an. Die neu entstandenen nationalen Medienmärkte gelangten in vielen Ländern unter US-amerikanischen Einfluß.

Der Einsatz von Funksatelliten eröffnete eine neue Dimension in den Auseinandersetzungen zwischen dem Völkerrecht und der Freiheit des grenzüberschreitenden Informationsflusses. Die von den USA propagierte Informationsfreiheit wurde in vielen Staaten als Bedrohung der nationalen Sicherheit und als Gefahr für den Bestand der eigenen kulturellen Identität betrachtet. Die

¹² Thunstall (1977), S. 188.

¹³ Artikel 73 der UN-Charta.

technischen Möglichkeiten der geostationären Funksatelliten bewirkten, daß von den Regierungen unkontrolliert Nachrichten eindringen, die eine fremde Sicht der Dinge vermitteln. Außerdem bedeutete die Teilnahme an der Nutzung des Satellitenfunks für viele Länder eine finanzielle Überforderung.

Die Partizipation dieser Staaten an den neu eröffneten Möglichkeiten weltweiter Kommunikation ist faktisch nur mit Hilfe der großen Industrienationen möglich und fordert einen völkerrechtlichen Rahmen für entsprechende Kooperation.¹⁴

Ende der sechziger Jahre begann die Diskussion in der UNESCO und führte bereits Anfang der 70er Jahre zur Forderung nach einer neuen Weltinformationsordnung. Im Jahre 1972 wurde in der UNESCO die „Erklärung über die Leitlinien für den Gebrauch von Satellitenfunk für den freien Informationsfluß, die Verbreitung von Erziehung und einen größeren kulturellen Austausch“ verkündet und im Jahre 1978 wurde, gegen den nachhaltigen Widerstand der USA, die Mediendeklaration („Declaration on Fundamental Principles concerning the Contribution of the Mass Media to Strengthening Peace and International Understanding to the Promotion of Human Rights and to Countering Racism, Apartheid and Incitement to War“) verabschiedet.¹⁵

Hervorstechendes Merkmal dieser Erklärungen war zum einen eine weitgehende Abkehr vom Prinzip des freien Informationsflusses zugunsten der Stärkung staatlicher Souveränität und Selbstbestimmung in politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Dies bedeutete einen fast völligen Bruch mit der zunächst in der Nachkriegszeit von der UNESCO verfolgten Politik des freien Informationsflusses.¹⁶

1984 traten die USA aus der UNESCO aus, der sie vor allem vorwarfen, daß sie „fast alle von ihr behandelten Themen außerordentlich stark politisieren würde“ und gegenüber den privaten Institutionen von freien Gesellschaften – insbesondere im Kommunikationsbereich – eine feindselige Haltung einnehme.¹⁷

Die Anerkennung der staatlichen Souveränität und Selbstbestimmung in politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten konnte also die Herrschaft der USA im Bereich der grenzüberschreitenden Informationsübermittlung im Zeitalter der Kommunikationssatelliten nicht zurückdrängen. Die Rolle des Staates als Überwacher der grenzüberschreitenden Informationsübermittlung ist durch die technischen Möglichkeiten der Satelliten und die weitere Ent-

¹⁴ Delbrück (1991), S. 1060.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Hüfner (1991), S. 917.

wicklung der Computervernetzung illusionär geworden.

4. Eine neue Epoche der Informationsfreiheit

Der amerikanische Traum der Informationsfreiheit hat sich durch den Zusammenbruch des Realsozialismus und die Herausbildung und Verbreitung des Internets fast vollkommen verwirklicht. Die grenzenlose, rund-um-die-Uhr Informationsübermittlung ist keine Illusion mehr. Jedoch geht der „Info-War“ weiter. Der alte Gegner (der Kommunismus) ist noch nicht beseitigt, da taucht schon ein neuer Feind (der Hacker) auf.

PC, Modem und Internet-Zugang genügen, um zum Angriff überzugehen. Damit kommen als Gegner nicht mehr nur Staaten und deren Militärapparate in Frage. Selbst Freizeithacker werden als potentielle Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachtet. Die Anzahl der Personen, die für eine Cyber-Attacke qualifiziert sein könnten, wurden von der 1996 eingerichteten 'President's Commission on Critical Infrastructure Protection' (PCCIP) für das Jahr 2002 auf nicht weniger als 19 Millionen Menschen geschätzt.¹⁸

Die intensive Kommerzialisierung der Information führte zu einer neuen Epoche in der Informationspolitik. Die ursprüngliche Idee vom Internet als dezentralisierter Infrastruktur für den Informationsfluß im Dienst der nationalen Sicherheit der USA ist durch die Globalisierung der Wirtschaftsaktivität zur potentiellen Bedrohung der USA geworden. Der Feind ist nicht mehr nur in einigen fremden Ländern, sondern überall im Netz und jederzeit zum Angriff gerüstet und bereit. Man redet jetzt über die zunehmende Notwendigkeit, den Informationsfluß zu kontrollieren.

Heute scheint es keine Alternative zur Herrschaft des kapitalistischen Marktes mehr zu geben. Jedoch führt der direkte Zugang zum grenzüberschreitenden Informationsaustausch für eine zunehmend große Masse der Bevölkerung schon zu einer Veränderung ihrer Arbeitsorganisation. Diese Möglichkeit einer globalen Vernetzung könnte schließlich zu einer grundlegenden Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise und Eigentumsverhältnisse führen.¹⁹ Damit könnte auch das Ideal einer freien Informations- und Medienlandschaft frei von politischer Instrumentalisierung, von Umsatz und Profit, verwirklicht werden.

¹⁸ Baumann (1998), S. 80.

¹⁹ Als qualifizierte Beispiele können die Free Software Foundation und die Freigabe des Sourcecodes des Netscape Navigators gelten.

Benutzte Literatur:

- Baumann, Alfred: Bitskrieg, Information Warfare: Krieg im Informationszeitalter. In: *c't*, 18/1998.
- Delbrück, Jost: Weltinformations- und Kommunikationsordnung. In: Rüdiger Wolfrum (Hrsg.): Handbuch Vereinte Nationen. München 1991.
- Deppe, Frank: Jenseits der Systemkonkurrenz. Marburg 1991.
- Dovifat, Emil: Handbuch der Publizistik, Band 3: Praktische Publizistik, Berlin 1969.
- Frankfurter Rundschau, 28.5.1999.
- Herz, Dieter: The American School of Decline. Anmerkungen zur Literatur über den Verfall amerikanischer Macht. In: Neue politische Literatur, Jg. 34 1989.
- Hüfner, Klaus: UNESCO - Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur. In: Rüdiger Wolfrum (Hg.): Handbuch Vereinte Nationen. München 1991.
- Kennedy, Paul: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Frankfurt/Main 1989.
- Tunstall, Jeremy: The Media are American. NewYork 1977.

Ranja Gaafar, Stephan Kleiner, Mario Krsek, Anna Sturm

Information Warfare.

In den letzten Jahren hat sich im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich ein rascher internationaler Umbruch durch die Vernetzung der Telekommunikation vollzogen. Die Gesellschaft hat sich von einer Industriegesellschaft zu einer Informationsgesellschaft entwickelt. Die unterschiedlichsten Benutzer profitieren davon. Wo vor einigen Jahren das Fax noch eine seltene und teure Einrichtung in privaten Haushalten war, kann heute jeder günstig und bequem von seinem privaten Computer aus mit dem Internet um die ganze Welt surfen und jeder überall durch sein Mobiltelefon erreichbar sein.

Bei Militäreinsätzen in Krisenregionen rechtfertigen die westlichen Mächte ihre Interventionen in ausführlichen Pressekonferenzen, bei denen mit Hilfe der neuesten militärischen Radar- und Satellitenempfänger präzise Videobilder die Glaubwürdigkeit unterstreichen und eine Notwendigkeit der militärischen Interventionen versichern sollen. Die Illusion wird aufgebaut, daß es einen Krieg geben kann ohne viel Blutvergießen, vergleichbar mit einem exakten chirurgischen Schnitt. Man erinnere sich nur an die tägliche Videovorführung während des letzten Golfkrieges im Winter 1998 oder an den Kosovokonflikt. Beispielsweise sollten die Vorher-/Nachherbilder von zerbombten Gebäuden die präzise Schlagkraft und somit die Vermeidung von Kollateralschäden der alliierten Waffensysteme veranschaulichen. Manchmal allerdings erscheint die Presse mit anderem, nicht ganz so blutfreiem Bildmaterial von Kriegsschauplätzen, was militärische Strategieentwürfe erschwert, da die Akzeptanz der Bevölkerung für eine militärische Intervention mit der steigenden Anzahl *sichtbarer* Opfer sinkt. Jedoch führt gezielt eingesetztes Propagandamaterial des „feindlichen“ Landes zu einer falschen Einschätzung der Lage. Der Einsatz moderner Kommunikationstechnologie im Krieg ist inzwischen so allgemein geworden, daß ein neuer Begriff entstanden ist: *Information Warfare*.

Die damit bezeichneten Taktiken können sich aber auch gegen hochtechnologisierte Länder und deren nationale Informationsstruktur richten, von der praktisch alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Funktionsbereiche immer mehr abhängen. Und nicht nur die nationalen Informationsinfrastrukturen sind bei einem elektronischen Angriff gefährdet, durch die globale Vernetzung werden andere Partnerstaaten ebenfalls betroffen.

Vor der Darstellung der neuen Herausforderungen für die internationale Sicherheit sollte der Begriff *Information Warfare* geklärt werden. Im militärischen Sprachgebrauch der USA findet sich folgende offizielle Definition:

Aktionen zur Erlangung der Informations-Oberhoheit, indem die Information des Feindes, seine informationsgestützten Prozesse, sein Informationssystem und seine Computer-Netzwerke beeinflusst und gleichzeitig die eigene Information, informationsgestützten Prozesse, Informationssysteme und Computer-Netzwerke geschützt werden.¹

Sachlich geht es also um den „Kampf“ mit und um Informationen. Man benutzt Informationen, um andere Informationssysteme zu manipulieren, zu stören oder gegebenenfalls zu zerstören. Gleichzeitig schützt man die eigene Informationsinfrastruktur vor feindlichen Angriffen. Information ist in Krisensituationen nicht mehr nur ein das militärische Vorhaben unterstützendes Mittel zum Zweck, sondern wird zunehmend ein konfliktentscheidender Machtfaktor. Ebenfalls geht es um die eigene Informationsdominanz, die beispielsweise den Vorteil schnelleren Handelns und Entscheidens mit sich bringt (sei es im militärischen oder auch wirtschaftlichen Fall). Information wird also auch als Waffe und Schutztechnologie definiert. Die Waffe und Schutztechnologie Information wird aber im Vergleich zu anderen Waffen, die meist auf die physische Zerstörung abzielen, schon lange vor einer eigentlichen Kriegshandlung eingesetzt. Die ausgeprägteste Form der *Information Warfare* bestünde darin, es gar nicht erst zu einem Einsatz „klassischer Kriegswaffen“ kommen zu lassen, d.h. den Feind zu besiegen, bevor der eigentliche Kampf begonnen hat. Dadurch ergibt sich beispielsweise die Gelegenheit, einen sich anbahnenden Konflikt schon vor der Eskalation zu lösen, bzw. dem Gegner durch geschickte (Ver)Handlung (bspw. dem Gegner Informationen vorzuenthalten oder zuzuspielen) den eigenen Willen „aufzuzwingen“.

Ein weiterer Faktor ist, daß die informationstechnische Überlegenheit das Abschreckungspotential eines militärisch überlegenen Staates oder Bündnisses verstärkt.

Ebenfalls ist zur Konflikteindämmung nicht nur militärische Stärke vonnöten, auch eine schnelle Kommunikation zwischen den Instanzen oder Bündnispartnern erleichtert das gemeinsame Handeln und den Entscheidungsprozeß zur Konfliktlösung. Ist jedoch keine gleichwertige Informationsgrundlage der Bündnispartner vorhanden, kann aus der Chance eine Gefahr werden. Alle diese Vorteile sind nur mit einer internationalen Informationsinfrastruktur nutzbar. Deswegen sind gerade hochtechnologisierte Länder in der Lage, in der Welt-

¹ § 5 der Staff Instructions des Chairman of the Joint Chiefs vom 2.2.1996, zit. nach Haeni (1997).

politik eine Vormachtstellung einzunehmen. Die zunehmende Abhängigkeit von einer globalen Informationsinfrastruktur macht diese Staaten aber auch verwundbar. In der Literatur werden die verschiedenen Einteilungen der Formen von *information warfare* vorgestellt. Martin C. Libicki unterscheidet in seinem Buch *What Is Information Warfare?*² folgende Erscheinungsformen:

Command-and-Control Warfare

Command-and-Control Warfare (C2W) setzt Gewalt gegen konkrete Ziele ein, jeweils mit der Absicht, den „Kopf“ einer Einheit vom „Körper“ zu trennen, was – um im Bild zu bleiben – durch direkte Schläge auf den Kopf sowie durch Durchtrennen des Halses erfolgen kann. Die Idee, eine Armee kopf- und damit führungslos zu machen, ist ebenso alt wie effizient. Man unterscheidet zwischen zwei Arten des „Trennens“, Antihead und Antineck.

War in vergangenen Kriegen der Befehlshaber noch notwendigerweise an das Schlachtfeld gebunden, ist seine Anwesenheit durch zunehmende technische Weiterentwicklung weniger wichtig geworden. Zudem ist an die Stelle des Generals, der mit einem Feldstecher auf dem Hügel steht, die Kommandozentrale getreten, die als solche auch identifiziert werden kann und deren Zerstörung einen herben Rückschlag für ein Heer bedeuten kann. Diese Zerstörung kann nun einerseits durch direkte Anwendungen von Bomben erfolgen, eine Kommandozentrale kann aber auch durch Strahlenbeschuss, Durchtrennen von Leitungen oder mittels Computerviren betriebsunfähig gemacht werden.

Momentan spricht jedoch alles dafür, daß auf lange Sicht die Kommandozentralen zunehmend geschützt und getarnt werden bzw. die äußeren Merkmale verkleinert werden und verschwinden. Kommandozentralen können – auf Kosten der Mobilität – durch Tiefbunker geschützt und Netzwerke dezentralisiert werden. Unterirdische Aggregate kombinieren Stromversorgung und Anonymität. Selbst mit immer stärker werdenden Detektoren wird es dem Angreifer schwerfallen, immer aufs Neue den Kopf zu zerstören und er wird sich dem ebenso wichtigen Verbindungsglied zwischen Haupt und Körper zuwenden:

Die elektronischen Kommunikationsmittel wären in dieser Metapher sozusagen die Nervenstränge, welche die Signale vom Kopf zum Körper schicken. Um diese erfolgreich zu durchtrennen, ist die Kenntnis der Kommunikationswege vonnöten. Für gewöhnlich genügt es, die wichtigsten Knotenpunkte zu zerschlagen, um ein Netz lahmzulegen.

² Libicki (1995).

Wichtig in diesem Zusammenhang ist (für den Verteidiger) das Konzept der Redundanz: Je höher die Anzahl der Kanäle, durch die man eine Nachricht schickt, desto höher die Wahrscheinlichkeit, daß sie am anderen Ende ankommen wird. Andererseits wird ein Strang aus 100 toten Kabeln das eine verstecken, welches für den Informationsverkehr wichtig ist. Redundanz hat eine leichte Schwächung der Leistung des Systems insgesamt zur Folge, bei erhöhter Schutzwirkung vor feindlichen Eingriffen. Eine weitere Gegenmaßnahme besteht im Aufsplitten von Informationsübermittlungseinheiten. Generell hängt natürlich der Erfolg einer Attacke vom Entwicklungsstandard des Verteidigers ab, sowie von seinem Willen, den nötigen Aufwand zu betreiben. Ein kopfloser Körper wird die Orientierung verlieren, könnte aber auch wild und unkoordiniert handeln.

Intelligence-Based Warfare

Intelligence-Based Warfare (IBW) bedeutet, daß Informationen über das Kriegsgelände und seine bekämpfenden Objekte unmittelbar in militärische Operationen eingebracht werden. D.h., daß immer verlässlichere Sensoren Informationen in Echtzeit an entsprechende Waffensysteme liefern, um die Trefferquote zu erhöhen.

Man unterscheidet zwischen offensiver IBW und defensiver IBW. Im *offensiven IBW* geht der Trend dahin, daß die verarbeiteten Informationen und die Waffensysteme physisch voneinander getrennt werden. Die erfolgversprechende Zukunft liegt in der elektronischen Vernetzung der einzelnen Komponenten (Networking). Durch mehrere auf das Gelände verteilte Sensoren kann eine erfolgreiche Zerstörung der Ziele erreicht werden. Ziel der IBW ist auch, die Befehlshaber vor unangenehmen Überraschungen zu schützen, ihnen die möglichst frühzeitige Erstellung von Schlachtplänen zu ermöglichen und durch besseren Informationsfluß den Gegner zu überraschen.

Defensiver IBW beschäftigt sich mit der Störung feindlicher Sensoren und Waffensystemen. Defensiver IBW arbeitet z.B. mit dem Einsatz billiger Sensoren, die es nicht lohnt, mit teuren Raketen zu zerstören oder vor Aufklärungsflugzeugen durch Störung (eine der wichtigsten Möglichkeiten künftiger Verteidigung) bzw. „Unsichtbarmachen“ zu schützen. Computergestützte Sensoren können mit spezieller Software (z.B. Hacker-Kriegsführung) außer Gefecht gesetzt werden.

Die Aussicht auf Sieg ist trotz technischer Überlegenheit nicht gewiß. Low-Tech-Kriegsführer haben noch immer die Möglichkeit, sich vor High-Tech-

Gegnern effizient zu schützen. Informationstechnologie ist bis heute eben nur eine wertvolle Unterstützung auf der Suche nach Zielen, wird aber weiterhin den Soldaten am Boden nicht ersetzen können.

Electronic Warfare

Electronic Warfare (EW) widmet sich der Bekämpfung der feindlichen Kommunikation. Sie besteht aus zwei Teilgebieten: Bei der radioelektronischen Kriegführung versucht man, die physischen Grundlagen für die Übertragung von Daten zu bekämpfen. Mittel hierzu sind der Antiradar und die Antikommunikation. Der Antiradar ist im Prinzip ein Störsender, der jedoch auch immer in Gefahr läuft, selbst zum Ziel zu werden. Digitale Radare können Ziele erkennen, bevor Störsignale vom Gegner ausgesendet werden. Die Antikommunikation beinhaltet beispielsweise einen häufigen Frequenzwechsel bei der Funkübertragung von Informationen. Auch hier findet eine zunehmende Digitalisierung und Dezentralisierung statt.

Das zweite Teilgebiet der EW ist die kryptographische Kriegführung. Diese beschäftigt sich hauptsächlich mit der Verschlüsselung der eigenen und der Entschlüsselung fremder Daten. Neue Chiffrierungstechniken in privater wie in öffentlicher Kodierung auf digitaler Ebene werden in Zukunft durch parallele Verwendung mehrerer Techniken ein fast 100%iges Maß an Sicherheit bieten können. Die neuen Codes können von keinem Computer mehr gehackt werden. Falls sie dennoch auf dem Weg dekodiert und gelesen wurden, so kann dies der Empfänger feststellen.

Hacker Warfare

Einen weiteren, an Wichtigkeit stets zunehmenden und nicht minder umstrittenen Aspekt des *Information Warfare* stellt der *Hacker Warfare* dar, wobei auch dieser Begriff ein weites Feld von Kriegshandlungen umspannt, denen gemein ist, daß sie sich auf digitalen Schauplätzen vollziehen. Hierbei ist keine physische Präsenz des Angreifers in unmittelbarer Zielnähe vonnöten, die Attacke geht gewaltlos vonstatten und obwohl im Falle eines Vorteils die attackierende Partei, was den Transfer von Ideen, Informationen – selbst Geldfluß – angeht, mitunter aus dem Vollen schöpfen kann, ist der aufzubringende finanzielle Aufwand (beim Angriff, nicht unbedingt bei der Verteidigung) vergleichsweise gering.

Gekämpft wird nicht mit teuren Sprengköpfen, geschossen wird mit Bits und Bytes, mit Viren und Würmern, also Programmen, die naturgemäß reproduzierbar und modifizierbar sind. Die Relevanz dieser kriegerischen Disziplin steht also außer Frage und gewährleistet ein Interesse an und die Auseinandersetzung mit den Facetten des HW von unterschiedlichsten Seiten. Für uns von Interesse ist in erster Linie der militärische HW, der militärische Systeme gezielt durch Hacker-Attacken infiltriert.

Die Möglichkeiten und Mittel der Aggression sind äußerst vielschichtig und reichen von kleinen Schnüffeltools, die etwa Paßwörter in Erfahrung bringen, bis zu Trojanischen Pferden, die, einmal vom gegnerischen System angenommen, dieses „von innen heraus“ zu Fall bringen. Selbstverständlich haben digitale Attacken nicht immer den totalen Zusammenbruch des gehackten Systems zum Ziel, vielmehr weiß man, daß es rentabler ist, die Kuh ordentlich zu melken, bevor man sie schlachtet.

Information and intelligence collection ist die Hauptmotivation für Hacker-Aktivitäten im öffentlichen wie im privaten Sektor.

Der Schwachpunkt eines jeden überhaupt zu hackenden Computersystems liegt in seiner Vernetzung. Ein geschlossenes System muß keine Attacken von außen befürchten, aber auch zwangsläufig sehr begrenzt bleiben, was seine Operationsmöglichkeiten betrifft. Sobald eine Möglichkeit der Kommunikation mit der Außenwelt eingerichtet wird, ist das System theoretisch angreifbar.

Mit der zunehmenden globalen Vernetzung und dem erhöhten Stellenwert des Computers an sich innerhalb der letzten Jahre gewinnt auch die Kriegsführung mit und um den Computer an Relevanz. Die Anzahl der (bekanntgewordenen) Hacker-Aktionen steigt stetig an, die entstandenen Schäden belaufen sich auf Milliarden von Dollar.

In diesem Zusammenhang stellt das Internet einen wunden Punkt dar, der zudem noch, omnipräsent und von Natur aus so öffentlich wie nur irgend möglich, potentiell weniger wohlmeinenden Instanzen in Ermangelung ernsthafter Sicherheitsvorkehrungen die Masse der Informationen auf dem sprichwörtlichen Silbertablett kredenzt.

Für erklärte und rentable Lieblingsziele von digitalen Eindringlingen sind die Übergriffe natürlich keine Neuigkeit mehr. Man hat das Problem erkannt, für gewöhnlich stellt man eine eigene Division von Computersicherheitsexperten zusammen. Die Kriegserklärung ist angenommen und fortan testen beide Seiten sich und ihre Fähigkeiten aneinander. Das System wird ständig erforscht – von beiden Seiten –, Schwachstellen gefunden und genutzt, von Seiten der Verteidiger wieder geschlossen, neue Schwachstellen ausfindig gemacht usw. Durch stete Attacken wurden die Systembetreiber allerdings zur Wachsamkeit

gerufen, die Defensivspezialisten werden von ihren Gegnern quasi mittrainiert, Kodierungssysteme immer ausgereifter. Die Standards steigen so auf beiden Seiten, Hacker-Attacken nehmen nicht nur an Frequenz zu, sie werden auch immer ausgefeilter.

Libicki berichtet von einem Test, der zeigte, daß ein einigermaßen befähigter Hacker ohne übertriebenen Aufwand Superuser-Status in einer „überraschend hohen Anzahl“ der vom DoD benutzten Computersysteme erreichen kann³. Wenig überraschend für die meisten von uns, für das Department of Defense durchaus bedenklich und ein Grund mehr, die Entwicklungen nicht zu vernachlässigen.

Die Hacker-Angriffe haben auch Auswirkungen auf die Nerven des Gegners. Wie gewaltsame Terroranschläge kommen die Attacken oft unverhofft, sind schnell vorbei und können beträchtlichen Schaden hinterlassen. Zwar können, falls die Systemadministratoren nicht schlafen, Sicherheitslücken nach einer Attacke wieder geschlossen werden, dennoch ist man vor wiederholten Angriffen nie wirklich sicher. Ebenso wie ein Terroranschlag kann ein großangelegter Hack auch sehr gut als Drohmittel eingesetzt werden, entsteht doch für die Attackierten ein erheblicher finanzieller und zeitlicher Aufwand zur Schadensbekämpfung.

Argumente gegen den massiven Einsatz von Hackerarmeen sind für gewöhnlich moralischer Natur, da gerade unter Computerexperten das Hacken oft verurteilt und als verwerflich betrachtet wird. Da in Kriegszeiten jedoch derartige Vorbehalte deplaziert wirken und ein Angriff auf ein gegnerisches militärisches Computersystem sicher nicht weniger moralisch ist, als Bombenhagel auf Getreidefelder prasseln zu lassen, muß man sich nach anderen Gründen umsehen und landet bei dem Einwand, daß beispielsweise eine Nation wie die USA in den meisten Fällen weit mehr von ihren Computersystemen abhängig sein wird als ihr Gegner und somit besser nicht mit Steinwürfen auf das eigene Glashaus aufmerksam machen sollte.

„Information Warfare: A Two-Edged Sword“ heißt denn auch der Titel einer RAND-Studie zum Thema, an deren Ende das Resümee steht: „Zusammengefaßt kann man sagen, daß die US-amerikanische Heimat (US-homeland) nicht länger ein sicherer Zufluchtsort gegen äußere Angriffe sein wird.“⁴

Und: Ca. 60% der Doktoranden, die in den USA in computer science and security promovieren, sind Angehörige fremder Staaten, 2/3 davon aus islamischen Ländern oder Indien.

³ Ebd., S. 59.

⁴ RAND Research Review 1999.

Economic Information Warfare

Economic Information Warfare setzt sich aus zwei Teilbereichen zusammen, der Informationsblockade und dem Informationsimperialismus.

Während unsere Gesellschaft sich vom Materiellen zum Virtuellen hinbewegt, wird die Kontrolle von Informationen und ihrem Fluß umstrittener und wichtiger. „Information ist Wissen und Wissen ist Macht“⁵.

Eine Nation vom Zugang zu Informationsquellen jeglicher Art abzuschneiden, wäre verheerend für deren Ökonomie; eine Nation, die in der Lage dazu wäre, das zu tun, würde eine deutliche Machtstellung einnehmen und ein unschätzbare Druckmittel zur Verfügung haben.

Informationsblockade kann physikalischer wie elektronischer Natur sein. Drähte, Kabel und Antennen können zerschnitten oder zerstört, Transmitter mit Mikrowellen bestrahlt oder gejammt werden. Schwierig ist es, Direktübertragungssatelliten im Weltall zu blockieren, wenngleich auch viele der Institutionen angreifbar sind, die geosynchrone Satelliten mit Informationen füttern.

Während nach und nach alle Nationen abhängiger vom Informationsfluß werden, bleibt abzuwarten, wie sich diese Disziplin der Kriegführung entwickeln wird.

Von *Informationsimperialismus* spricht man u.a. in Zusammenhang mit starken Industrie- und Marktzeigen. Je stärker das bereits existierende Fundament, desto größer die Chance, den Informationsvorsprung wiederum für innovative Neuerungen und Problemlösungen nutzen zu können, was in einem erneuten Vorteil resultiert, der gegen die Konkurrenz in der nächsten Runde ausgespielt werden kann. Natürlich kann man einer Partei nur schwer verbieten, die erarbeiteten Vorzüge voll auszuschöpfen und auch bei langjährigen Marktführern eines Sektors mag man nicht zu vorschnell mit dem Imperialismusvorwurf winken. Gefährlich wird es, wenn diese Vormachtstellung durch gezielte Repressionen gegen andere Parteien forciert und diese dadurch „kleingehalten“ werden.

Es wird hier bewußt der Begriff „Partei“ gebraucht, da der Informationsimperialismus weniger ein nationales Problem, sondern zunehmend von Interessenverbänden und Konzerne multinational ausgeübt wird. Die Grenzen zwischen „militärisch“ und „zivil“ verschwimmen, Firmen verlieren an nationaler Identität, der Handel des ausklingenden Jahrtausends ist kein Wettrennen zwi-

⁵ In der Army überall bekannter Spruch, den der stellv. Verteidigungsminister Emmett Paige jr. am 30 Juli 1996 zum ersten Mal in einer Rede am Armed Forces Staff College in Norfolk, Virginia benutzt haben soll. Veröffentlicht vom *American Forces Information Service* vol 11, No 82, und in <http://www.defenselink.mil/speeches/index.html>

schen Nationen, sondern zwischen global handelnden Unternehmen. Selbst in Japan und anderen asiatischen Ländern, wo noch weitgehend national operiert wird, beginnt man sich in dieselbe Richtung zu bewegen.

Cyberwarfare

Von allen Gesichtspunkten des IW entzieht sich der *Cyberwarfare* am stärksten einer deutlichen Klassifizierung.

Bislang noch hauptsächlich im Raum der Spekulationen und Fiktion angesiedelt, wird er eher gedacht, als geführt, von Science-Fiction-Autoren und Kriegsspezialisten gleichermaßen. Einmal mehr sind die theoretischen strategischen Erwägungen der realen Entwicklung auf diesem Sektor voraus. Viele der Teilaspekte des CW werden Spekulationen bleiben, sollen hier aber dennoch kurz vorgestellt werden.

Informationsterrorismus ist eine Untergruppe des *Hacker Warfare* (s.o.); der Einsatz von Hackern, nicht mit dem Ziel allerdings, ein feindliches Computersystem zu zerstören, sondern um es auszubeuten im Hinblick auf Fakten, die bestimmte Individuen angreifbar, erpressbar machen. Solche Daten liegen in medizinischen und staatlichen Datenbanken parat, sie enthalten Angaben über Gesundheitszustand, Bildungsstand, Vorstrafen, Anschaffungen u.v.m., nahezu alle Files werden in Computern eingelesen und sind auch zunehmend über Netzwerke zugänglich.

Im Gegensatz zu den weiter oben unter *Hacker Warfare* genannten syntaktischen Vorgehensweisen wird bei *semantischen Attacken* das System weder ausgebeutet noch zum Absturz gebracht, vielmehr wird es so modifiziert, daß es – natürlich unbemerkt vom Betreiber – mit falschen Informationen arbeitet und aufgrund dessen solche wieder generiert. Die Funktionsfähigkeit des Systems wird daher nicht beeinträchtigt – es funktioniert so „gut“ wie vorher, nur unter anderen – falschen – Voraussetzungen. Die Implikationen liegen auf der Hand; ein solches System würde beispielsweise im Konfliktfall modifizierte – also falsche – Signale von bspw. zielsuchenden Sensoren bekommen, diese veränderten Parameter richtig verarbeiten und so die falsche Entscheidung treffen.

Im Gegensatz zu den realen militärischen Kriegsschauplätzen mit deren Schrecken und Verlusten ist man mit *Simula Warfare* in der Lage, ganze Kriege mit Hilfe immer überzeugenderer Simulationen durchzuspielen. Es ist auch möglich, Waffen und Sensoren in echter Umgebung mit falscher Munition zu testen.

Die Idee, daß echte Schlachten nach und nach durch Simulation ersetzt werden können, ist eine sympathische, aber wenig wahrscheinliche. Viele Aspekte einer Auseinandersetzung lassen sich schwer simulieren, selbst wenn beide Seiten alle Informationen über Strategien, Heermasse etc. zur Verfügung stellen würden. Leider sieht es danach aus, als würde *Simula Warfare* den echten Krieg nicht allzu bald ablösen.

Der *Gibson Warfare* ist benannt nach William Gibson, Science-Fiction-Autor und Erfinder des Matrix/Cyberspace, vorgestellt in seiner *Neuromancer*-Reihe. Der Cyberspace ist hier eine virtuelle Welt, in der sich die Figuren, ihre Körper, über Neuro-Interfaces eingestöpselt in Computerterminals, die Realität zurücklassend, via Simulacrum frei bewegen können. Solche Konstrukte, man kann sie auch Agenten nennen, beinhalten Eigenschaften und Persönlichkeitsmerkmale des Users und repräsentieren seine Person in der virtuellen Welt.

In der Realität werden bereits Agenten entwickelt, die, auf Software-Basis und mit den Vorlieben eines Benutzers ausgestattet, etwa für ihn im Internet Reisen buchen oder Bücher kaufen könnten, während dieser seine Zeit besser nutzen kann.

Was die Anwendung solcher virtuellen Agenten und überhaupt der künstlichen Intelligenz (KI) in kriegerischen Handlungen angeht, so ist auch hier vermutlich die Imagination der Realität voraus, allerdings sollen schon Bomber mit ähnlichen, quasi-intelligenten Programmen bestückt worden sein, welche die Steuerung und Attacken voll übernehmen.

Psychological Warfare

Psychological Warfare umfaßt den Gebrauch von Informationen „against the human mind“⁶. Es gibt fünf Kategorien des *Psychological Warfare*:

- Operationen gegen nationale Interessen,
- Operationen gegen das nationale Bestreben
- Operationen gegen gegnerische Befehlshaber/ Führer
- Operationen gegen Truppen
- Operationen innerhalb kultureller Konflikte

Es gibt also während des Krieges den sogenannten „counter will“ einer Nation, der einen psychologischen Krieg über die Bildübertragung führt. Denn es ist letztendlich das Ziel jedes militärischen Eingreifens, den Willen und die Ausdauer des Gegners zu brechen.

⁶ Libicki (1995), S. 35.

Bei einem Einsatz in Somalia zum Beispiel starben neunzehn „US Rangers“ und CNN zeigte damals, wie Somalier die toten Körper der Amerikaner über die Straßen schleiften. Wohl ähnlich wie während des Vietnam-Krieges spielte auch hier der Einfluß auf das Publikum in Amerika eine große Rolle. Denn das Ergebnis dieser Bildübertragung war, daß die US-Einheiten sich aus dem Land zurückzogen und der somalische „clan leader“ Mohammed Aidid als Sieger in einem nicht von ihm geführten Information War hervorging. Der Druck der Bevölkerung auf die Regierung schien das bewirkt zu haben, denn die Fernsehbilder nahmen den Zuschauern den Glauben, für eine gute Sache zu kämpfen. Vor allem standen diese Bilder in totalem Widerspruch zu den offiziellen Beteuerungen der Politiker und des Militär.

Über einen *Direct Broadcast Satellite* (DBS) fällt – wie Libicki erläutert – die Zensur weg und dieser ist jedem zugänglich. In Nordamerika existiert DBS schon seit 1994. Es bietet sich für jede Völkergruppe, jede Nation die Möglichkeit, vierundzwanzig Stunden am Tag Nachrichten an die Zuschauer zu richten.

Während des Golfkrieges machten US-Soldaten von psychologischen Methoden Gebrauch um den Willen des irakischen Volkes zu schwächen.

Im Golfkrieg haben die Koalitionsstreitkräfte viele Iraker davon überzeugt, daß sie länger leben würden, wenn sie ihre verwundbaren Fahrzeuge verlassen. Diese Überzeugungsarbeit wurde unterstützt durch Waffen, die eben solche Fahrzeuge während der Kämpfe zerstörten.⁷

Man kann also mit Einschüchterungsversuchen und dem geschickten Ausnutzen der Todesangst des Gegners einen Krieg bestimmen. Der offene „Psychological War“ würde dann eintreten, wenn die Drohungen oder Provokationen über Fernseh-/Computerbilder den einzelnen militärischen Truppen des Gegners zugänglich werden würden: „Was würde passieren, wenn man den Fahrern mitteilen könnte, daß sie geortet worden sind und gleich zum Ziel eines tödlichen Angriffs werden, wenn sie nicht selbst das Fahrzeug unbrauchbar machen?“⁸

Weiterhin ist es notwendig, so viele Informationen wie möglich über die Soldaten zu sammeln. Diese Datenbeschaffung ist in Industrienationen durch computergespeicherte persönliche Angaben einfacher als z.B. in unterentwickelten Ländern.

Die Operationen gegen die militärische Führung sind dann erfolgreich, wenn der Feind mit falschen strategischen Informationen getäuscht wird.

⁷ Ebd., S. 39.

⁸ Ebd., S. 40.

Libicki spricht außerdem den sogenannten „Kulturkampf“ an, wobei er hier auf Samuel Huntingtons *The Clash of Civilization*⁹ anspielt. Hierbei geht es in erster Linie um den westlichen Einfluß – zumeist der USA – auf andere Gesellschaften. So beklagen die Franzosen und Kanadier den „US cultural export“¹⁰. Und es ist nicht nur der Export von Produkten, sondern auch der ideologische: „Aber die Politik der USA ist es, die politische Kultur der USA (z.B. Mehrheitsregierung, Minderheitenrechte) zu exportieren und in Übersee einzuführen; wenn man von den Handelsregeln absieht, schweigt die Politik strenggenommen ausnahmslos über andere kulturelle Einflüsse.“¹¹

Ein Krieg kann also ganz entscheidend über Medien und den kalkulierten öffentlichen Auftritt der Verantwortlichen bestimmt werden. Es ist heute im Zeitalter von Information Warfare nicht mehr möglich, die Greuel des Krieges offen darzulegen. Die Medienmacher sind gezwungen, sich den rigorosen Zensuren des Angreifers und des Gegners zu beugen und bereits ausgewähltes Material zu präsentieren.

Gary Shepard berichtete für ABC live aus dem El-Rashid Hotel in Bagdad, als die ersten amerikanischen Bomben fielen, und er kommentierte dieses „Ereignis“: „Es ist das größte Feuerwerk, das ich je sah. Das ist wie Silvester, es ist phantastisch.“¹²

Neue Herausforderungen für die Sicherheitspolitik

Um den Gefahren entgegenzuwirken, welche die Abhängigkeit von der Technologie mit sich bringt, muß sich die Sicherheitspolitik der neuen Herausforderungen klar werden:

Am gefährlichsten erscheinen die Möglichkeiten der Daten- und Nachrichtenmanipulation, sei es in verdeckter oder öffentlicher Form. Gezielte Falschinformation oder Meinungsäußerung können nach Belieben gestreut oder verhindert werden. Für kleinere Staaten ist es wesentlich günstiger und effektiver, in ihr elektronisches Netz zu investieren, als ihr Militärpotential aufzubauen. Ein weiteres Problem ist, daß der Angreifer kaum auszumachen ist, sogar der Angriff selbst oftmals erst spät entdeckt oder als solcher erkannt wird. 1996, in einer Testreihe von Angriffen auf die Rechner des US-Verteidigungsministeri-

⁹ Huntington (1996).

¹⁰ Libicki (1995), S. 46.

¹¹ Ebd., S. 47.

¹² Schöner neuer Krieg. In: *Spiegel Special* Nr. 1/1995, S. 91.

ums durch die Defense Information Agency wurden nur vier Prozent der Angriffe als solche erkannt.

Es werden neue Akteure (z.B. nicht-staatliche Organisationen, Wirtschaftsimperien) auftreten, die Staaten herausfordern können. Unkonventionelle Kriegführung wird in diesem Zusammenhang die Regel sein. Kleine nicht-staatliche Organisationen (z.B. Terrorgruppen) können ihre Interessen in kürzester Zeit über eine große räumliche Distanz international zur Geltung bringen.

Politische und geographische Grenzen sowie nationale Souveränität verlieren an Bedeutung für die Kriegführung. Es gibt kein Staatsterritorium mehr, das sich im Falle eines gewaltsamen Konfliktes mit militärischen Mitteln verteidigen könnte.

Vormals klare Abgrenzungen zwischen verschiedenen Konfliktformen verwischen zusehends: Konflikte finden ohne formale Kriegserklärung statt, staatlich gelenkte/unterstützte Aktionen (auch Terrorakte) lassen sich oftmals kaum von nicht-staatlichen unterscheiden; so ist auch militärisches nicht immer von kriminellen Handeln abzugrenzen, Bürgerkriege bekommen den Charakter zwischenstaatlicher Konflikte und umgekehrt, offene Aggression vermischt sich mit verdeckter Repression. Das zukünftige Konflikt- und Kriegsbild wird weitgehend unklar und die Übergänge zwischen verschiedenen Formen der Auseinandersetzung („Blauhelmeinsätze“/Kampfeinsätze) werden fließend sein.

Zivile Entwicklungen werden zunehmend militärisch genutzt (spin-in, Kommerzialisierung, breite Verfügbarkeit, Kostengesichtspunkte). Dies trägt zur Vermischung der Konfliktformen bei. Auch läßt die verstärkte Kommerzialisierung militärischer Systeme vermuten, daß viele Länder und Akteure dazu in der Lage sein werden, diese technologischen Entwicklungen militärisch nutzbar zu machen. Technologietransfer wird nicht zu vermeiden sein. Zu bedenken ist, daß sich insbesondere Länder, die traditionell nicht dazu in der Lage sind, erstklassige Streitkräfte aufzustellen, von Investitionen in Informationstechnologien einen disproportionalen Effekt versprechen können.

Im Rahmen aller Konflikte – sieht man von dem „großen Krieg“ ab – wird auf Seiten des Westens eine nur geringe Kollateralschadensakzeptanz anzunehmen sein. Dieses Element politischer Kultur wird durch Fernsehbilder aus dem Konfliktgebiet noch verstärkt („CNN-Effekt“). Mit der Zunahme von Verlusten beim Gegner, insbesondere unter der Zivilbevölkerung, wird im Falle begrenzter Konflikte die innenpolitische Akzeptanz und Unterstützung für den Militäreinsatz sinken. Konfliktlösung, auch durch militärische Intervention, wird abhängig vom Informationseinfluß auf die Bevölkerung. Denn

nur solche Opfer beeinflussen die öffentliche Meinung im o.a. Sinn, die auch, möglichst in der Form bewegter Bilder, sichtbar in Erscheinung treten. Deshalb ist es seit dem Golfkrieg ein wichtiges Element des *Information Warfare*, die Berichterstattung durch Bildjournalisten und Fernsehkamerteams – auch der eigenen Seite – gezielt zu kontrollieren.

Gerade die USA setzen wie kaum ein anderes Land auf die Nutzung von Informationstechnologien. Dies trifft auch und gerade auf den militärischen Bereich zu. Die USA können die eigene Sicherheit nur gewährleisten, wenn sie, wie oben erwähnt, die Technologieforschung weiter fördert. Deshalb investieren sie wie kein anderes Land in ihren Verteidigungshaushalt, mit einem deutlichen Schwerpunkt auf der Anschaffung von elektronischen Ausrüstungen.

Es wäre eine Illusion, anzunehmen, daß Kriege sich demnächst unblutig auf dem Bildschirm eines Computers entscheiden werden. Letztendlich wird es in Krisengebieten und -zeiten immer zu einer Entscheidung am Boden kommen müssen. Joseph S. Nye jr. und William A. Owen nehmen diesbezüglich kein Blatt vor den Mund: Die ganze Medien- und Kommunikationstechnologie diene letztlich dem Ziel „tödliche Gewalt mit größerer Geschwindigkeit, Reichweite und Präzision einzusetzen“.¹³ So auch im Kosovokonflikt, in dem die UCK nach einiger Zeit soweit von den Westmächten ausgerüstet war, um den Serben einen Kampf am Boden aufzwingen zu können. Eine Woche später kam ein Friedensangebot von Milosevic.

Benutzte Literatur

- Haeni, Reto E.: *Information Warfare – an Introduction*. Washington 1997.
 Huntington, Samuel: *The Clash of Civilization*. New York 1996; dt. erschienen: *Der Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München 1996.
 Libicki, Martin C.: *What is Information Warfare?* US Government Printing Office 1995.
 Nye, Joseph S. jr. und Owen, William A. *America's Information Edge*. In: *Foreign Affairs*, März/April 1996
 RAND Research Review 1999.
 Schöner neuer Krieg. In: *Spiegel Special* Nr. 1/1995.
 The Information Edge. In: *Foreign Affairs*, März/April 1996.
<http://www.defenselink.mil/speeches/index.html>

¹³ Nye/Owen 1996, S. 23.

Jan Wilhelm

Echelon

„Big Brother is watching you“. Diese viel zitierte Sentenz aus George Orwells Zukunftsutopie *1984* ist heutzutage, 1999, längst zur Realität geworden. Das Eindringen in unsere Privatsphäre durch Überwachungsinstitutionen wird von uns in manchen Bereichen schon längst als selbstverständlich toleriert: Der durchschnittliche Großstädter gerät zum Beispiel zwanzigmal pro Tag in das Visier einer Überwachungskamera: in Supermärkten, Kaufhäusern, Hotels, Tiefgaragen, Fußgängerzonen. Wohin wir gehen, mit wem wir uns treffen, was wir kaufen, essen oder trinken, alles wird aufgezeichnet. Daß wir uns dieser steten Kontrolle unterwerfen, liegt daran, daß wir die Anerkennung eines allgemeinen, nicht näher spezifizierten Sicherheitsbedürfnisses über unseren Wunsch nach Privatsphäre stellen. Schwenkt die Kamera in der dunklen Tiefgarage, oder vor dem nächtlichen Bankautomaten, in unsere Richtung, so fühlen wir uns, größtenteils zu Unrecht, beschützt. Benutzen wir Kreditkarten, wohl wissend, daß damit Ort, Zeitpunkt und Art des Kaufes erfaßt und unsere persönlichen Konsumprofile an Mailorder-Firmen weiterverkauft werden, so stellen wir persönliche Bequemlichkeit (kein lästiges Bargeld) ebenfalls vor unser Recht auf Privatsphäre.

Doch wie sieht es aus, wenn wir in unseren eigenen vier Wänden überwacht werden, wenn unsere Telefonate, eMails und Faxe ebenfalls von einem „unsichtbaren Dritten“ ohne unser Wissen abgehört beziehungsweise mitgelesen werden? Der Glaube, daß diese „Verzanzung“ doch nur in den Wohnungen von Schwerverbrechern stattfindet, kann mittlerweile getrost als naiv abgetan werden. Auch die Diskussion über den „großen Lauschangriff“ erscheint in Anbetracht der folgenden Fakten als widersinnig:

52 vernetzte Supercomputer genügen, um aus jedem Normalbürger mit Telefonanschluß einen „gläsernen Menschen“ zu machen. Diese 52 Hochleistungsrechenmaschinen hören auf den Namen *Echelon-System*. Dabei handelt es sich um ein global verbundenes Abhörsystem, eine Gemeinschaftsproduktion der Geheimdienste von fünf Ländern – Großbritannien, Australien, Kanada, Neuseeland und der USA. Das weltweite Verbundsystem ist in der Lage, jede eMail, jeglichen Telefon-, Fax- und Telexverkehr direkt abzuhören und über Satellit an die auf dem gesamten Globus verteilten Zentralen weiterzuleiten.

Der technische Ablauf ist leicht zu erklären: Eine eMail läuft zumeist über ein Dutzend Rechner, bevor sie bei ihrem Empfänger ankommt. Die staatlich legitimierte Lauscher haben deshalb längst Abzweigungen an den „Hauptstraßen“ des Internet gebaut und sind somit in der Lage Nachrichtenpakete, die über besonders häufig benutzte Knotenpunkte im Netz (sogenannte „Router“) laufen, anzuzapfen. Abgehört wird darüber hinaus jede Kommunikation, die über die internationalen Telekommunikationssatelliten (Intelsats) geht, aber auch Informationen, die durch die auf dem Meeresboden verlegten Kabel fließen, können belauscht werden.

„Pro Minute werden mehrere Millionen Kommunikationsverbindungen abgehört“, so der britische Europaparlamentarier Glynn Ford über die Leistungsfähigkeit des Abhörsystems *Echelon*¹. Diese ungeheure Datenflut wird in die 52 vernetzten Supercomputer heruntergeladen und dort dann von einem elektronischen Wörterbuch, einem intelligenten Rastersystem namens *Memex* der britischen Firma Memex Technology, auf Schlüsselwörter hin durchsucht. Diese Schlüsselwörter können Namen von bestimmten Personen, Firmen, Organisationen, Telefonnummern, eMail-Adressen oder auch Schlagwörter wie „Jihad“, „Menschenraub“, „Kokain“, „Terrorist“ beinhalten. Um nicht nur elektronische Texte zu bearbeiten, werden auch Telefongespräche durch Sprach- und Texterkennungsprogramme digitalisiert und analysiert. Die Nachrichten, bei denen „Memex“ fündig wird, werden aussortiert und zum Beispiel in der sogenannten „schwarzen Stadt“, der Zentrale der NSA in Fort Meade in Maryland ausgewertet.

Die schwarze Stadt

Das Kürzel NSA steht für *National Security Agency*. Allerdings nannte man sie jahrzehntelang nur „No Such Agency“, denn die NSA ist der Dienst, den es offiziell nicht gibt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1952, mitten im Kalten Krieg, auf Anweisung des US-Präsidenten Harry Truman, entzieht sie sich jeglicher demokratischer Kontrolle und dies, obwohl die NSA den amerikanischen Steuerzahler erheblich teurer kommt als die viel bekanntere CIA. Schätzungen reichen von 10 bis 20 Milliarden Dollar für die Aktivitäten der 40 000 bis 100 000 NSA-Angestellten. Die NSA gilt als größter Arbeitgeber für Mathematiker, Kryptologen und EDV-Spezialisten. Daher erstaunt es auch nicht, daß sie die treibende Macht hinter dem *Echelon*-System darstellt. Der Mitbegründer

¹Vgl. Freyermuth (1998).

der „Internet-Bürgerrechtsorganisation“ *Electronic Frontier Foundation* John Perry Barlow bezeichnete die NSA als eine feindliche Armee, die sich anstreckt, den internationalen Freiraum namens Internet zu beherrschen.²

Daß es sich beim globalen Lauschangriff schon lange nicht mehr in erster Linie um die Vereitelung terroristischer Aktivitäten bzw. Drogenhandel und ähnliches handelt, belegen Beispiele aus jüngster Zeit: Die Wörterbücher, die in das *Memex*-System eingespeichert werden, stammen, laut deutschen Geheimdienstexperten, vor allem aus der Wirtschaft³. Wirtschaftsspionage, das heißt die Sicherung der globalen Vormachtstellung, hat den Platz der Gewährleistung der globalen Sicherheit eingenommen. So konnte das ARD-Magazin *Plusminus* nachweisen⁴, daß die NSA der heimischen Wirtschaft ein wenig auf die Sprünge half, indem sie die wichtigen Patentpläne eines ostfriesischen Windenergieanlagenherstellers, die „zufälligerweise“ im *Echelon*-Rastersieb hängenblieben, an eine amerikanische Konkurrenzfirma weiterleitete, welche die Erfindung dann für sich reklamierte und den Ostfriesen Umsatzeinbußen von 100 Millionen Mark bescherten.

Das *Echelon*-Projekt war lange Zeit eines der am besten gehüteten Geheimnisse der Nachrichtendienste und existierte nur als Gerücht und ‚urbane Legende‘ in den Köpfen ‚paranoider‘ Computerexperten, da bislang keine offiziellen Statements von Seiten der Regierungen abgegeben wurden. Erst im Zuge einer einstündigen *Echelon*-Reportage des australischen „Channel Nine“-Fernsehsenders im Mai dieses Jahres, sah sich der Direktor des *Australia Defense Signal Directorate* (DSD), Martin Brady, dazu genötigt, eine australische Beteiligung am *Echelon*-System zuzugeben. Er gab zu, daß die Satelliten-Abfang-Station in Kojarena, im Westen Australiens, Teil des Systems sei. Dort fangen vier Satellitenantennen Botschaften ab, die via Intelsat über den Indischen und Pazifischen Ozean geschickt werden. Gefahndet wird in Kojarena in erster Linie nach Mitteilungen, welche die ökonomischen, militärischen und diplomatischen Pläne Nordkoreas, japanische Handelsvorhaben und pakistanische Entwicklungen in bezug auf Nuklearwaffentechnologie und -tests zum Thema haben. Als Gegenleistung, so Brady, erhält der australische Geheimdienst Zugriff auf andere Botschaften aus dem *Echelon*-System.

Martin Bradys Schritt in die Öffentlichkeit bedeutet einen Bruch mit der Geheimhaltungspolitik der NSA und der anderen Geheimdienste und rückt das Geschäft mit der sogenannten *signals intelligence* (kurz „sigint“) ins Licht des

²Ebd.

³Martens (1999).

⁴Im September 1998.

öffentlichen Interesses. Dieser Schritt der Australischen Regierung erfolge, so Brady, um

„den Australiern zu versichern, daß unsere Aktivitäten nicht ihre Privatsphäre beeinflussen. DSD handelt nur nach detaillierten Direktiven und Regeln (sogenannten „sigint rules“), die vorher vom Kabinett abgesehnet werden. ... Australische Fernverbindungen, Faxe oder eMails werden nur abgefangen, wenn sie sich mit der Ausübung einer schweren kriminellen Straftat; einer Bedrohung des Lebens und der Sicherheit eines jeden Australiers oder mit der Agententätigkeit für eine ausländische Macht, befassen.“⁵

Die Geheimdienste der restlichen Partnerländer haben bis dato weder zu ihrer Beteiligung am *Echelon*-System offizielle Stellungnahmen abgegeben noch dazu, ob man sich dort auch an festgelegte „sigint rules“ hält.

Intelligente Filter

Eine der wichtigsten Personen in der Diskussion um „Globale Überwachungssysteme“ ist der neuseeländische Autor Nicky Hager. Er enthüllte 1996 einige der am strengsten gehüteten Mechanismen der „Globalen Überwachungssysteme“⁶. Durch Indiskretionen in den Reihen des neuseeländischen Geheimdienstes wurde er auf das *Echelon*-System und die damit einhergehende Zusammenarbeit der fünf großen Geheimdienste aufmerksam. Der Zusammenschluß des britischen *Government Communication Headquarter* (GCHQ), des kanadischen *Communication Security Establishment* (CSE), des australischen *Defense Signal Directorate* (DSD), des neuseeländischen *Government Communications Security Bureau* (GCSB) und der US-amerikanischen *National Security Agency* (NSA) zum Zwecke des gemeinsamen Vorgehens begann schon lange vor der Entwicklung der *Echelon*-Überwachungseinrichtungen. Unter der Bezeichnung *UKUSA signals intelligence agreement* bildete man im Jahr 1948 eine Allianz, die aus der erfolgreichen Zusammenarbeit auf dem Feld der „Kommunikationsspionage“ während des Zweiten Weltkrieges hervorging. Diese neu gegründete „Task-Force“ richtete sich damals in erster Linie gegen eine Bedrohung aus dem Osten.

Seit den 70er Jahren existieren Computer, die Kommunikationsverbindungen nach Schlüsselwörtern durchsuchen können. Doch erst die NSA entwickelte das „*Echelon*-System“, welches die verschiedenen Überwachungscomputer miteinander verband und es somit den Abhörstationen möglich machte,

⁵Vgl. Campbell (Jahreszahl?).

⁶Vgl. Hager (1966). (Bestellmöglichkeit und Textauszüge unter <http://www.fas.org/irp/eprint/sp.>)

als Teilkomponente eines Ganzen zu funktionieren. Vor dieser Einführung arbeiteten die UK/USA-Vertragspartner zwar einander in die Hände, doch analysierten sie in erster Linie nur die Nachrichten, die in ihren eigenen Hochleistungsrechnern verarbeitet wurden. Als Beispiel für die neue Arbeitsweise des Systems nennt Nicky Hager in seinem Aufsatz *Exposing the Global Surveillance System*⁷ die Satellitenabhörestation in Waihopai, Neuseeland. Der dortige Computer hat separate Suchlisten für NSA, GCHQ, DSD, GCSB und CSE. Wann immer die Suchmaschine eine Nachricht entdeckt, die eines der Schlüsselwörter der Geheimdienste enthält, wird diese automatisch an das betreffende Geheimdiensthauptquartier weitergeleitet. Niemand in Neuseeland erhält dabei Einblick in die für einen fremden Geheimdienst interessante Nachricht, sehr wohl aber die Zentrale in den USA. Das heißt: Die NSA hat dadurch zum Beispiel auch alle Stationen der Junior-UK/USA-Partner fest im Griff. Theoretisch ist sie also auch in der Lage, die Vertragsländer nach Lust und Laune auszuspionieren. Martin Bradys Zusicherungen an die Sicherheit der australischen Bürger beruht also nur auf einer theoretischen Basis, da man vielleicht nichtsdestotrotz auf dem eigenen Territorium ausspioniert wird (Wirtschaftsspionage).

Selbst in Deutschland, im bayrischen Bad Aibling, befindet sich eine Station des *Echelon*-Systems. Dort ist man, ebenso wie in Menwith Hill (England), Shoal Bay (Australien), Leitrim (Kanada) und Misawa (Japan), darauf spezialisiert, Satelliten abzuhören, die nicht von Intelsat betrieben werden. Dies betrifft dann in erster Linie russische und andere regionale Kommunikationsverbindungen (Indonesien, Lateinamerika).

Die Überwachungsanlage im oberbayrischen Bad Aibling steht unter inoffizieller Befehlsgewalt der NSA und befindet sich „merkwürdigerweise“ in direkter Nachbarschaft zur „Fernmeldeweitverkehrsstelle“ des Bundesnachrichtendienstes in der Mangfall-Kaserne in Pullach. Doch obwohl der BND Einblick in die Spitzelarbeit der Amerikaner in Bad Aibling erhält und daraus auch seinen eigenen Nutzen zieht, ist der größte Teil der Anlage „Terra incognita“ für die deutschen Horcher. Auch beim BND weiß angeblich niemand genau, was die NSA auf dem Terrain treibt. Doch diese Aussage darf man anzweifeln, da der BND zum Beispiel auch weiterhin bestreitet, eMails systematisch abzuhören, obwohl ihm das Bundesverfassungsgericht dazu in einem Urteil schon Tür und Tor geöffnet hat. Dort heißt es, daß der BND ermächtigt ist, „Fernmeldeverkehr ohne konkreten Verdacht zu überwachen, um die Gefahr der Planung oder Begehung bestimmter Straftaten rechtzeitig erkennen zu können.

⁷Hager

... Zu diesem Zweck werden Suchbegriffe verwendet, die auf das Vorliegen solcher Gefahren hindeuten können (sogenannte ‚verdachtslose Rasterfahndung‘)⁸ Wenn man bedenkt, daß seit den Notstandsgesetzen der sechziger Jahre, die das Post- und Fernmeldegeheimnis zum erstenmal drastisch einschränkten, die legalen Abhörmöglichkeiten in Deutschland 16mal ausgeweitet wurden und sich die Anzahl der überwachten Telefonanschlüsse seit Anfang der neunziger Jahre vervierfacht hat, dann sollten Zweifel an den Unschuldsbeteuerungen des BND durchaus angebracht sein.

Wenn man Daten und Aussagen über „Globale Überwachungssysteme“ zusammenträgt und auswertet, stößt man recht schnell auf widersprüchliche Angaben. So heißt es in der einen Quelle, die internationalen Geheimdienste würden miteinander kooperieren, und in der nächsten ist wieder die Rede vom Alleingang dieses oder jenes Nachrichtendienstes. Natürlich ist es aufgrund der wenigen offiziell bestätigten Fakten schwer, Realität und Fiktion voneinander zu trennen, da besonders Verschwörungstheoretiker sich mit Vorliebe auf diesem Feld tummeln und ihr Halbwissen mit eigenen Fiktionen auffüllen. Erst in den letzten fünf Jahren, einhergehend mit der Bedeutungsverschiebung des Internets für unsere Gesellschaft, wurden Journalisten wie Nicky Hager auf die potentielle Bedrohung durch das *Echelon*-System aufmerksam.

„Während meiner Untersuchung bin ich mit offiziellen Leugnungen und Regierungen konfrontiert gewesen, die sich weigerten, in der Öffentlichkeit über Geheimdienstaktivitäten zu sprechen. Geht man von der um sich greifenden Atmosphäre der Geheimhaltung und Abschottung aus, so ist es für die Öffentlichkeit immer schwer zu beurteilen, was Tatsache, was Spekulation und was Paranoia ist. Mit der Aufdeckung der Rolle Neuseelands in der von der NSA geführten Allianz wollte ich sovielen Einzelheiten wie möglich bereitstellen, so daß der Leser darauf vertrauen kann, der Wahrheit nahe zu sein.“⁹

Was sind aber die Konsequenzen, die der informierte Bürger aus der Aufdeckungsarbeit eines Nicky Hager für sich selber ziehen kann?

Fax und eMail haben in Unternehmen, und mit zunehmender Geschwindigkeit auch in Privathaushalten, allmählich den zeitaufwendigen und mitunter unzuverlässigen Postweg abgelöst, der aufgrund der um sich greifenden elektronischen Vernetzung der Gesellschaft immer weiter in den Hintergrund gedrängt werden wird. Sichere und schnelle Alternativen zu Fax und eMail sind nicht in Sicht und der Verzicht auf diese bequemen Kommunikationswege kommt für viele nicht mehr in Frage. Darüberhinaus scheinen ja auch althergebrachte Kommunikationsmittel wie das Telefon vor dem Lauschangriff nicht mehr si-

⁸Hövel (1998).

⁹Hager

cher zu sein.

Als Folge dieser Entwicklung gehen viele Menschen den Weg in die Resignation: „Ich hab’ doch eh nichts zu verbergen ...“, „Was kann ich schon dagegen unternehmen?“, „Ich versteh’ das so oder so nicht“ usw. Man findet sich also mit der 1984er Situation ab. Teilweise zu bereitwillig, da Kontrolle ja mitunter auch ein gewisses Gefühl der Sicherheit suggeriert. Für den Durchschnittsbürger bedeutet das *Echelon*-System mit Sicherheit keine große persönliche Bedrohung. Allein die Wahrscheinlichkeit, daß eine seiner Nachrichten im Rastersystem der Überwachungsanlage hängenbleibt und somit die Aufmerksamkeit der Geheimdienste auf sich zieht, ist mehr als gering.

Grund zur Sorge besteht trotzdem: Wer bestimmt, für welche Zwecke das System genutzt wird? Wer bestimmt die Suchbegriffe? Wer könnte verhindern, daß *Echelon* zu Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen verwendet wird? Wer kontrolliert die Geheimdienste, insbesondere die NSA? Wer hat noch die Möglichkeit, das Überwachungsmonopol der amerikanischen Regierung zu stoppen? Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Scheinbar ungefährliche Organisationen wie Amnesty International, Greenpeace und Christian Aid sind, laut Mitarbeitern des britischen Geheimdienstes, schon Ziel und Opfer der *Echelon*-Spionage geworden.¹⁰ Warum? Darüber schweigen die Geheimdienstler.

Allein anhand dieser Tatsache sollte man sich Gedanken machen, ob man den Worten Martin Bradys traut, der betont, daß das *Echelon*-System dem Wohl des Bürgers dient und ihn vor innerer oder äußerer Bedrohung schützt, oder ob man lieber dem Beispiel der Ostfriesischen Windenergieanlagenhersteller folgt, die wichtige Informationen nur noch im persönlichen Gespräch austauschen, denn

„Big Brother is watching you“.

Benutzte Literatur:

- Freyermuth, G. S.: Warum hast du so große Ohren. In: *NZZ-Folio*, Juli 1998.
Campbell, D.: Australia first to admit 'we're part of global surveillance system'. In: *Telepolis*.
Hager, N. (1966): *Secret Power*, 1966. (Im Internet unter:
<http://www.caq.com/CAQ590GlobalSnoop.html>).
Hager, N.: Exposing the Global Surveillance System. In: *Covert Action Quarterly*.
Hövel, J. auf dem: Vom Mythos zur Realität: Der große Bruder hört mit. In: *Internet World* 6/98.
Martens, H.: Angriff aus dem All. In: *Spiegel* 13/1999.
Merrit, J.: UK: GCHQ Spies on Charities and Companies. In: *London Observer*, Juni 1992.

¹⁰Merrit (1992).

Alexander Markowetz

Das Tor zum Internet bewachen Goofy und Pluto

Funktionsweise und Gefahren amerikanisch dominierter Portal Sites

Zum Verstehen der Funktionsweise von Portal Sites (PS) benötigt man den Begriff der Aufmerksamkeitsökonomie (AÖ). Er beschreibt eine Ökonomie, in der alles Handeln darauf ausgerichtet ist, möglichst viel Aufmerksamkeit zu erzeugen, und möglichst viel Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Dabei unterscheidet sich eine Aufmerksamkeitsökonomie zunächst scheinbar grundlegend von einer Geldökonomie. Sie birgt jedoch letztendlich dieselben Gefahren von Monopolen und Kartellen, wie z.B. kapitalistische Ökonomien. Zunächst ist eine AÖ nicht von Inflation betroffen. Jeder Mensch hat nur 24 Stunden am Tag zur Verfügung, in denen er aufmerksam sein kann. Die Gesamtmenge der vorhandenen Aufmerksamkeit ist also begrenzt. Es gibt allerdings, im Gegensatz zu schlechtem Geld, durchaus schlechte Aufmerksamkeit. So kann man z.B. mit einem Link, das heißen Sex verspricht, Aufmerksamkeit auf eine Seite mit Babykost lenken. Dort ist sie jedoch völlig fehl am Platz, also schlecht. Vor allem aber läßt sich Aufmerksamkeit primär nicht speichern. Es gibt keine Aufmerksamkeitskonten, auf denen man Aufmerksamkeit sparen kann wie in einem Sparbuch. Die langfristige Anhäufung von Aufmerksamkeitskapital scheint also nicht möglich. Andererseits existiert so etwas wie ein Wiedererkennungs-, ein Bekanntheitsgrad, eine Art sekundärer Speicher. Wer einmal im Mittelpunkt des Interesses gestanden hat, dem fällt es leichter, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, als jemandem, der gänzlich unbekannt ist. Habe ich einmal Informationen zu einem bestimmten Thema auf einer Website gefunden, so werde ich diese mit höherer Wahrscheinlichkeit bei der Suche zum selben Thema wieder aufsuchen als eine Site, deren Existenz mir gänzlich unbekannt ist. Neben diesen Parallelen existieren durchaus auch direkte Verbindungen zur Geldökonomie; so konnte (kann?) man sich in den USA dafür bezahlen lassen, in der Internetwerbung von Unternehmen zu browsen. Nicht zuletzt wird Platz

für Werbemaßnahmen dort am besten bezahlt, wo die höchste Aufmerksamkeit erzeugt wird.

Während man in Europa den Begriff der AÖ hauptsächlich auf einer medientheoretischen Ebene diskutiert, wird in den USA bereits nach diesen neuen Maßstäben gehandelt bzw. Geld verdient. An dieser Stelle kommt der Begriff der „Portal Sites“ (PS), also der Zugangstore ins Spiel. Hierbei handelt es sich im engeren Sinne um Internetseiten, die man meist am Anfang seines Aufenthaltes im Cyberspace besucht. Hierdurch können sie eine gewisse Beeinflussung des weiteren Verlaufs des Browsens erzielen. Sie stellen quasi den Ausgangspunkt eines Besuchs im Internet dar. Klassische PS sind Suchmaschinen und Internetkataloge, wie *Yahoo*, *Altavista* oder *Lycos*. Im weiteren Sinne kann jedoch beliebige Soft- oder sogar Hardware zur PS werden, soweit der Hersteller sie einzurichten versteht. Meist wird so versucht, sich vor andere existierende PS zu schalten, um diese quasi zu eliminieren. So stellt schon das meistgenutzte Betriebssystem *MS Windows 9x* zugleich eine PS dar, weil direkt auf der Benutzeroberfläche Links zu Webangeboten eingerichtet sind. Browser eignen sich zum Anziehen von Aufmerksamkeit im Besonderen, ebenso wie Provider, z.B. AOL. Bei Browsern etwa gibt es die vorkonfigurierte Startseite, die bereits eingerichtete Standardsuchmaschine und meist eine gewisse Anzahl von durch den Hersteller angelegten Bookmarks. Über all diese Faktoren kann Einfluß auf das weitere Surfverhalten des Benutzers ausgeübt werden. Ganz neu ist, daß Hersteller von PC Biosen, also der Software, die bereits vor dem Laden des Betriebssystems in Aktion tritt, diese Position zur PS ausbauen wollen.¹

Betrachtet man PS, so fällt das Augenmerk zuerst meist auf den finanziellen Aspekt; schließlich waren sie allesamt Shootingstars an der Börse. *Yahoo*s Kurs schwankte in den letzten 52 Wochen zwischen 23 und 214 \$, bei einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von 390.² Die Kurse sind also geradezu explodiert, obwohl keine nennenswerten Gewinne zu verzeichnen waren. Vielmehr wird von den PS-Betreibern erwartet, daß sie die Claims für die Zukunft abstecken. Sie sollen Marktpositionen ausbauen und wenn möglich ein Monopol errichten. Es geht also um eine Anhäufung von Aufmerksamkeitskapital im oben beschriebenen Sinn. Daß es zu Gewinnen kommen wird, daran zweifelt niemand. Großen Einfluß auf die Aktienkurse haben Rankinglisten, die regelmäßig aufführen, wie viele Nutzer welche PS erreicht.

¹ www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/2965/1.html

² *Computer Zeitung* Nr. 27 / 8. Juli 1999, S. 7.

Douglas Rushkoff hat in einem Artikel in *Telepolis*³ sehr anschaulich die Erwartungen der amerikanischen Multimediabranche für die nächsten Jahre beschrieben. Er zieht Vergleiche zur Entwicklung von Film und Fernsehen in den USA. Zuerst investierte man dort in die Hersteller von Fernsehgeräten, später in die Betreiber von Kabelnetzwerken, dann aber in die Firmen, die Inhalte erzeugen. Weder die Fernsehhersteller noch die Kabelbetreiber verzeichneten langfristig wirtschaftliche Erfolge. Lediglich mit Inhalten wurde und wird nach wie vor Geld gemacht. Rushkoffs Prognose lautet, daß dies einmal im Internet ähnlich sein werde, daß also nicht Hardwarehersteller oder Infrastrukturanbieter die größten Profite erzielen würden, sondern Anbieter von Inhalten. Um so wichtiger sind dann die PS, da diese ausschlaggebend dafür sind, welche Inhalte die höchste Aufmerksamkeit bekommen, wer also letztendlich Geld verdient und wer nicht. Es werden tatsächlich zur Zeit Claims abgesteckt, die darüber entscheiden werden, für wen sich das Internet zur Goldgrube entwickelt.

Die inhaltliche Seite der PS ist zwar nicht so markant wie die finanzielle, jedoch nicht minder bedeutend. So fungiert eine PS als eine Art Filter im Internet. Es lassen sich Inhalte über PS verbreiten, die Inhalte anderer Anbieter quasi ausschalten. Prinzipiell sind zwar nach wie vor alle Webangebote, insbesondere auch private und nichtkommerzielle, zu erreichen. Bietet man aber dem Benutzer auf einer PS den Nachrichtendienst von *CNN* an, so wird er in den meisten Fällen diesen Anbieter vorziehen, anstatt sich weitere Dienste erst zu suchen.

Noch etwas anschaulicher kann man sich diesen Mechanismus anhand des Vertriebs von Zeitschriften verdeutlichen. Diese sollen in dem Modell die Webangebote repräsentieren. Die Rolle der PS übernehmen hierbei die Kioske. Sie entscheiden darüber, welche Zeitschriften in die Auslage kommen und welche vielleicht gar nicht erst geführt werden. Es sind nicht mehr als ein knappes Dutzend Unternehmen, die auf dem PS-Markt konkurrieren. Um diese Konzentration zu modellieren, müßte man weiterhin annehmen, daß deutschlandweit alle Kioske einem einzigen Verband angehörten. Dieser müßte die Auslagen seiner Mitglieder zentral bestimmen können. Würde jetzt ein Zeitschriftenverlag wie *Penthouse* diesem Verband das Angebot machen, eine gewisse Summe zu zahlen, wenn er die Produkte der Konkurrenz (z.B. *Playboy*) aus der Auslage entfernen ließe, so wäre letzterer faktisch vom Markt verschwunden. In alternativen Buchhandlungen oder per Abonnement wäre die Zeitschrift nach wie vor erhältlich, sie würde jedoch kaum mehr einen Beitrag zur öffent-

³ www.heise.de/tp/deutsch/kolumnen/rus/2822/1.html

lichen Meinungsbildung leisten. *Penthouse* hätte quasi ein Monopol, und die Meinungsvielfalt würde auf der Strecke bleiben. Dies entspräche einer Art Zensur, die ohne Verbote und Maßnahmen politischer Natur auskommt und nur die Bequemlichkeit der User ausnutzt.

Dieselbe Zensur wird durch die PS im Internet ausgeübt, wenn auch noch nicht so offensichtlich. Nicht nur private, alternative, nicht kommerzielle Inhalte werden in den Hintergrund gerückt, sondern vor allem auch solche aus anderen Kulturkreisen als dem US-amerikanischen. Immerhin treten (vielleicht mit Ausnahme von *Bertelsmann*) fast nur US-amerikanische Unternehmen als PS-Betreiber auf. Abgesehen von der erwähnten Ausnahme und einigen anderen großen europäischen Nationen verfügen die meisten Länder über keinerlei nennenswerte PS. Folglich sind auch Inhalte aus diesen Kulturen unterrepräsentiert und drohen, weiter marginalisiert zu werden. Die Amerikanisierung der Weltkultur, die in und durch Film und Fernsehen ihren Anfang nahm (welches Kind kennt nicht *Mickey Mouse*, wer nicht Michael Jackson?), findet hier ihre extremste Ausbildung. Besonders kritisch wird die Situation durch zwei Faktoren. Erstens werden traditionelle Medien mit amerikanischen Inhalten weltweit verstärkt vermarktet, so zum Beispiel durch Onlinebuchläden wie *Amazon* oder Musikvertriebe. Zweitens besteht die latente Gefahr der Monopolbildung. Diese würde die Herkunft von Inhalten, die zur Zeit auf ein Land konzentriert ist (USA) weiter auf einen einzigen Anbieter (z.B. *Time Warner*) reduzieren. Solch ein Monopol könnte entweder durch Allianzen aus PS-Betreibern und Besitzern von Inhalten entstehen oder durch Anbieter von Inhalten, die versuchen, eigene PS zu etablieren, wie z.B. *Disney*⁴.

⁴www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/1716/1.html

Peter Münz

Electronic Commerce

Neue Weltwohlstandsmaschine oder business as usual?

Es scheint, als habe das Internet als derzeitiges non plus ultra auf dem Gebiet der Informations- und Telekommunikationstechnologie die dritte ökonomische Revolution der Menschheitsgeschichte eingeleitet. Wie vor mehr als sechstausend Jahren die Erfindung des Pfluges das Agrarzeitalter einläutete und die Erfindung der Dampfmaschine im 18. Jahrhundert die dieses ablösende industrielle Revolution und das Industriezeitalter ankündigte, so markiert der derzeitige Stand in der Telekommunikationstechnologie in Form des offenen und globalen Internet den Einstieg ins Informationszeitalter. So unterschiedlich diese historischen Entwicklungsphasen auch in ihren äußeren Erscheinungsformen sind, haben sie doch eines gemeinsam: Sie haben für die Menschheit stets tiefgreifende ökonomische und damit einhergehend soziale und politische Veränderungen nach sich gezogen. Bisher hat man materiellen Reichtum – etwa in Form von geographischen, demographischen und industriellen Kapazitäten – als Grundlage eines nationalen Wohlstandes definiert. Das zeitliche wie räumliche Grenzen und Distanzen aufhebende Medium Internet mit seiner unversellen Kapazität an wie auch immer gearteten virtuellen Gütern läßt es jedoch heute grundsätzlich als möglich erscheinen, das abstrakte Gut Information als Quelle eines globalen Wohlstandes auszubeuten.¹ Solchermaßen läßt sich die Theorie einer informationsbasierten „neuen Ökonomie“ auf den Punkt bringen.

Zur praktischen und gerechten Umsetzung der weltweiten Möglichkeiten bedarf es jedoch neben der Informationstechnologie noch anderer Voraussetzungen. Dazu gehören zunächst infrastrukturelle und intellektuelle Kapazitäten sowie im weitesten Sinn adäquate sozio-politische Strukturen, die diese Voraussetzungen erst in Form einer wettbewerbsfreundlichen Telekommunikationspolitik und einer angemessenen Bildungspolitik schaffen. Der Umstand, daß solche Grundlagen auf dem Globus alles andere als gleichmäßig verteilt

¹ Vgl. Wriston (1997), S. 177.

sind, erweist sich bisher bei der weltweiten Umsetzung einer eher euphemistischen Vision in die Praxis als Hemmnis. Darüberhinaus stellt sich die Frage, wer von einer totalen Vernetzung der Welt im Zeichen der neuen Ökonomie zuletzt am meisten profitiert. Aufgrund seiner offenen und grenzenlosen Struktur verlangt das Internet als Vehikel einer globalen Wirtschaft geradezu nach einer ultraliberalen Handelspolitik. Hat die relative Freiheit des Marktes vor allem der westlichen Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch mehr Ruhe und Stabilität gebracht als vorherige protektionistische, merkantilistische und autarkische Bestrebungen, so garantiert eine freie Wirtschafts- und Handelspolitik vor allem aber ein Recht: das Recht des Stärkeren; und dieses Recht scheint im Zuge der Globalisierung und ihrer Ideologie des Ultraliberalismus eine universellere Geltung als je zuvor zu erhalten. Angesichts dessen muß gefragt werden, ob die neue Ökonomie nicht eher zu einem weiteren Auseinanderdriften von Reich und Arm führt und ob die ärmeren Länder der Welt sich in Zukunft nicht mehr den je einem ungebremsten osmotischen Druck wirtschaftlicher oder kultureller Provenienz seitens der reichen Industrieländer ausgesetzt sehen.

Anspruch...

Die Zahl der Internetbenutzer beläuft sich mittlerweile weltweit auf über 100 Millionen und bis zum Jahr 2002 soll diese Zahl Schätzungen zufolge auf 320 Millionen anwachsen. Die Anzahl von Internet-Hosts und von Servern mit einer Internetverbindung verzeichnet eine vergleichbare Zunahme. Von rund 5,8 Millionen im Jahr 1995 stieg ihre Zahl auf weit über 36 Millionen im Jahr 1998.² Daß sich die Dichte von Internetbenutzern in den entwickelten Ländern konzentriert und die Internetdurchdringung in Entwicklungsländern bisher weit hinter einem Standard herhinkt, der für eine optimale Ausnutzung des Mediums als die angepriesene „Wohlstandsmaschine“ notwendig wäre, wird nicht zuletzt durch die Einsicht in offizielle Statistiken klar. So entfallen beispielsweise in den USA auf einen Server durchschnittlich 50 Internetnutzer, während dieses Verhältnis in Indonesien 1 zu 87.000 beträgt und in Indien gar 1 zu 1,2 Millionen.³

Aber auch abgesehen von dieser Ungleichheit ist längst erkannt worden, daß das universelle Medium Internet tiefgreifende Implikationen für eine glo-

² Vgl. UNCTAD Secretariat (17.9.1998), S. 3.

³ Vgl. ebd.

bale Wirtschaft und einen globalen Handel enthält. Das Mittel zur Umsetzung dieses Potentials heißt *Electronic Commerce* (EC), ein Terminus der allgemein Produktion, Vermarktung, Verkauf und Lieferung von virtuellen Gütern und Diensten über ein offenes Netzwerk beschreibt. Die Angebotspalette beinhaltet Produkte verschiedenster Art. Dazu gehören Computersoftware, Unterhaltungsprodukte wie Filme, Videospiele und Tonerzeugnisse, allgemeine Informationsdienstleistungen wie Datenbanken und Online-Zeitungen und nicht zuletzt Dienstleistungen auf technischen, finanziellen und anderen professionellen Gebieten wie Unternehmensberatung, Buchführung, Online-Broking und Rechtsberatung. Eine etwas abweichende Kategorie bildet der Vertrieb materieller Güter, die zwar virtuell vermarktet und verkauft werden, aber aufgrund ihrer materiellen Substanz auf konventionelle Weise geliefert werden müssen, wie beispielsweise der Online-Vertrieb von Büchern und anderen Verlagszeugnissen sowie von Industrieprodukten im allgemeinen.

Die Vorteile von EC beruhen auf der zeit-, grenzen- und distanzlosen Struktur eines globalen offenen Netzwerkes. Ein internetgestützter Handel revolutioniert somit die marktanalytischen, materiellen und praktischen Grundlagen internationaler Handelsaktivitäten. Diese primären Implikationen von EC sind

- a) die Aufhebung von geographisch bedingten Nachteilen, die es Anbietern und Kunden erlauben, ohne Mittelsmänner in direkte vertragliche Beziehungen zu treten, was Vermarktungs- und Transaktionskosten auf ein Minimum reduziert,
- b) die sich hieraus ergebende Gelegenheit, besonders für mittelständische und kleine Unternehmen mit nur geringer finanzieller und materieller Basis, sich erfolgreich auf dem internationalen Markt zu etablieren, sowie
- c) die durch einen ungehemmten Informationsfluß ermöglichte Transparenz, die es Anbietern wie Kunden gestattet, sich aktuell über Preise, Qualität sowie Zahlungs- und Transaktionsbedingungen verschiedenster Wettbewerber zu informieren.⁴

Die Idee eines netzwerkgestützten Handels ist jedoch nicht so neu wie das Internet selbst. Bereits zu Beginn der 80er Jahre haben zahlreiche größere Industriekonzerne und Handelsunternehmen damit begonnen, Transaktionen wie die Lieferung und den Kauf von Rohstoffen oder vorgefertigten Einzelbauteilen bzw. Warenbestellungen über geschlossene und eigens hierzu eingerichtete Intranets, sogenannte *supply chains*, abzuwickeln. Diese stützten sich auf private und über einen Mehrwert finanzierte *value-added networks* (VANs). Auf-

⁴ Vgl. ebd., S. 2.

grund der hohen Spezifität solcher Intranets und der relativ hohen Kosten privater VANs lag der Nutzungsvorteil jedoch nahezu ausschließlich auf Seiten größerer Unternehmen. Erst mit dem Aufkommen des Internet als Vehikel für EC haben sich die neuen Handelsmöglichkeiten auch auf den Bereich kleinerer zunächst im Dienstleistungsbereich angesiedelter Unternehmen ausgedehnt. So begannen etwa seit 1994 verschiedene gebührenfinanzierte Informationsdienste auf dem WWW zu operieren. Fast gleichzeitig verlegten zahlreiche Anbieter die Vermarktung ihrer Industrie- oder Konsumgüter in Form von Online-Versandkatalogen ins Internet. Schließlich entstanden im Zusammenhang mit EC Unternehmen, die intermediäre Dienste anbieten wie Informationen über Versicherungs- oder Transportmöglichkeiten von Warentransaktionen. Die zunehmende weltweite Vernetzung führte nach und nach dazu, daß auch die früheren intranetgestützten *supply chains* entweder ganz zum Internet migrierten oder sich einen Zugang zu dem neuen Medium verschafft.⁵

Die Abwicklung von Handelstransaktionen über das Internet hat mittlerweile einen ansehnlichen Grad von Organisiertheit erreicht. So operieren heute mehrere gebührenfinanzierte oder freie Online-Trade-Informationendienste im WWW, die ihre Unternehmern Kunden mit allen für den internationalen Handel relevanten Daten oder Links versorgen und deren weitaus größter Teil sich nicht nur auf einen bestimmten Industriesektor oder eine bestimmte Produktkategorie beschränkt. Diese sogenannten *Trade Points* werden entweder von internationalen Organisationen getragen, wie das 1994 offiziell ins Leben gerufene und vom United Nations Trade Point Development Center (UNTPDC) betriebene Electronic Trade Opportunities (ETO) System mit ca. 10.000 angeschlossenen Unternehmen und Organisationen in über 120 Ländern; oder sie sind nationale Einrichtungen wie Trade Point Finland oder rein private Dienstleistungsunternehmen.⁶ Hierbei bleibt es dem Unternehmern Kunden überlassen, sich den jeweils für ihn relevantesten Dienstleistungsanbieter auszusuchen.

Analog zur fortschreitenden Nutzung des Internet als Informations- und Kommunikationmittel und im Zuge der sich ständig verbessernden Organisation hat auch der über dieses Medium abgewickelte Handel zugenommen. So wird für das Jahr 1997 das gesamte via EC erwirtschaftete Handelsvolumen auf rund 9 Milliarden Dollar geschätzt, und Prognosen für das Jahr 2002 nennen hier gar eine Summe von bis zu 400 Milliarden Dollar.⁷ Das hier beschriebene

⁵ Vgl. ebd., S. 4.

⁶ Vgl. ebd., S. 9 sowie UNCTAD (1998).

⁷ Vgl. UNCTAD Sekretariat (17.9.1998), S. 4.

Potential hat längst dazu geführt, daß EC eine zentrale Rolle auf der nationalen und mehr noch auf der internationalen (wirtschafts)politischen Tagesordnung spielt. Der Logik der grenzverwischenden und globalen Natur des Internet folgend, scheint sich der Schwerpunkt hier sichtbar auf die internationale Ebene und auf multilaterale Entscheidungssysteme (UNCTAD, WTO, OECD, IMF u.a.) zu verlagern. So besteht unter internationalen Organisationen wie einzelstaatlichen Regierungen ein Konsens darüber, daß die globale und universelle Natur des Internet und damit eines EC Regelungen auf begrenzter nationaler Ebene obsolet erscheinen läßt, und daß die maximale Verwirklichung des Potentials konsistente und transparente Regelungen verlangt, die auf internationaler Ebene getroffen werden müssen.⁸ Das erste Übereinkommen in der internationalen Diskussion bildet hier die im Oktober 1994 auf dem United Nations International Symposium on Trade Efficiency (UNISTE) in Columbus/Ohio verabschiedete Ministerial Declaration on Trade Efficiency.⁹ Andere internationale Organisationen, von denen hier nur einige genannt werden sollen, sprangen auf den Zug auf. Die OECD legte im Juni 1997 den Entwurf eines gesetzlichen Rahmenwerks für die internationale Regelung von EC vor.¹⁰ Nachfolgende OECD-Meetings (im Oktober 1997 in Turku/Finland und im Oktober 1998 in Ottawa/Kanada) arbeiteten an der weiteren Ausarbeitung und Umsetzung dieser Vorgaben. Gleichzeitig begannen vergleichbare Bestrebungen auf nationaler Ebene, die vor allem von den führenden Wirtschaftsnationen USA und Japan sowie von der EU lanciert wurden.¹¹ Erst mit einiger Verzögerung verabschiedete die WTO im Mai 1998 ihrerseits eine knappe Declaration on Global Electronic Commerce¹² und richtete im September desselben Jahres mehrere EC Arbeitskommissionen ein¹³.

Die hier genannten Vorschläge können im Großen und Ganzen als konsistent bezeichnet werden. Als grundlegender gemeinsamer Imperativ erscheint hier die Forderung nach der Führungsrolle des privaten Sektors bei der Entwicklung eines regulativen Rahmenwerks für EC wie für das Internet im allgemeinen.¹⁴ Vorstellungen, welche die relative Freiheit privater Initiative betreffen, leiten sich von der Einsicht ab, daß ein freier Markt auf dem Telekommunikationssektor, vor allem im infrastrukturellen Bereich, zur spürbaren Re-

⁸ Vgl. UNCTAD Secreteriat (22.9.1998), S. 3.

⁹ Text war bei Redaktionsschluß nicht mehr im WWW verfügbar.

¹⁰ OECD Secretariat (12.6.1997).

¹¹ Für einen Überblick vgl. Vgl. UNCTAD Secreteriat (22.9.1998), S. 3.

¹² http://www.wto.org/wto/ecom/e_mindec1.htm

¹³ http://www.wto.org/ecom/e_gc.htm

¹⁴ Vgl. ebd., S. 2f.

duzierung von Kosten und Gebühren sowie zu einem optimalen Ausbau von Netzen führt. So haben gerade in Entwicklungsländern Internetbenutzer nach wie vor mit hohen Kosten zu kämpfen, die ihrerseits aus staatlichen oder privaten Monopolbildungen von Telekommunikationsgesellschaften resultieren, was die Wettbewerbsfähigkeit vor allem kleinerer potentieller Unternehmer in EC behindert.¹⁵ Andererseits müssen sich internationale Entscheidungsträger sowie nationale Regierungen vorbehalten, auf Gebieten regulativ oder koordinierend einzugreifen, die Dinge betreffen wie eine internationale Standardsetzung für EC, die Sicherheit des Informationsaustausches oder die moralische Vertretbarkeit des Inhaltes. Auf Gebieten, auf die der private Sektor direkt keinen Einfluß hat wie die Handhabung internationaler Handelsgesetzgebung, sollten private Akteure auf jeden Fall an der Ausarbeitung international gültiger Normen beteiligt sein.¹⁶

Für die Entwicklung des infrastrukturellen und intellektuellen Potentials in den Entwicklungsländern engagieren sich zwar internationale Organisationen, die aber auf die Unterstützung der reichen Industriestaaten angewiesen sind. Das unter diesem Gesichtspunkt zu betrachtende UNCTAD *Trade Point Network* wurde bereits genannt. Daneben besteht bereits das ebenfalls von UNCTAD getragene *Train for Trade* Programm, das für die Ausbildung der menschlichen Kapazitäten speziell in der Dritten Welt sorgen soll.¹⁷

...und Wirklichkeit

Unterteilt man die gesetzlichen und regulativen Belange eines globalen EC ihrer Substanz nach, so verteilen sie sich auf die im folgenden freilich nicht alle gleichermaßen ausführlich zu behandelnden Bereiche: Finanzielle Angelegenheiten (Steuern und Zölle, elektronische Zahlungsmethoden), juristische Angelegenheiten (Handelsgesetzgebung; Standardsetzung, Schutz von Copyright, Trade Marks und Domain Names, Schutz der Privatperson und Sicherheit im weitesten Sinn) sowie Angelegenheiten, die den Zugang zum elektronischen Marktplatz betreffen (Telekommunikationsinfrastruktur, Informationstechnologie, Zugang für kleinere Unternehmen und Entwicklungsländer).

Die größte emotionale Aufmerksamkeit, gerade von privater Kundenseite, beanspruchen hier freilich Bereiche wie Inhaltsregulierung und Datenschutz.

¹⁵Vgl. WTO Seminar on Electronic Commerce and Development (19.2.1999), S. 8 sowie UNCTAD Secretariat (17.9.1998), S. 5ff.

¹⁶Vgl. UNCTAD Secretariat (22.9.1998), S. 2.

¹⁷Vgl. UNCTAD (1998), Box 2.

Einer internationalen und weltweiten Konsensfindung in diesem Bereich stehen in erster Linie kulturelle Unterschiede und somit eine möglicherweise unterschiedliche Bewertung zu verbotender Inhalte und Datentransfere im Wege. Schon die Mitgliedstaaten der EU haben eine aus amerikanischer Sicht bedenkliche und den freien Online-Handel hemmende Auffassung vom Schutz der Privatperson, was sich (ob eine funktionierende Überwachung hier überhaupt möglich ist, sei dahingestellt) im Verbot eines Transfers persönlicher Daten in Länder, die über keine der EU-Norm entsprechenden Datenschutzgesetze verfügen, äußert.¹⁸ Die Schwierigkeiten liegen hier aber weitaus weniger auf Seiten juristischer Spitzfindigkeit innerhalb der großen westlichen Wirtschaftsblöcke, als vielmehr im Bereich fundamentaler kultureller Unterschiede. So liegt dieser Angelegenheit, die oberflächlich gesehen den privaten Benutzer betrifft, in letzter Konsequenz die Behauptung oder die Durchsetzung politischer und kultureller Denkmuster im Globalisierungsprozeß zugrunde. Gerade in Regionen, die als Zentrum einer kulturellen und politischen Polarisierung angesehen werden können, wie die islamische Welt oder China, werden Regierungen wenig motiviert sein, den ohnehin schon durch andere Medien entstandenen Einfluß „westlicher Dekadenz“ durch das weitaus schwieriger zu regulierende Internet zu einer verbesserten Entfaltung kommen zu lassen. Auf der anderen Seite, vor allem in den USA, hat man längst erkannt, daß das Internet als Werkzeug für einen ungebremsen kulturellen Imperialismus und für die globale Verbreitung amerikanischer Werte ausgenutzt werden kann und muß, wenn man über den Umweg einer kulturellen Einflußnahme eine weitergehende Gleichschaltung politischer und wirtschaftlicher Denkmuster zu erreichen sucht. Gerechtfertigt wird dieses Ziel mit dem arroganten Zirkelschluß, daß die USA und schließlich die ganze restliche Welt um so mehr von der Globalisierung profitierten, je mehr die globale Kultur die amerikanische Kultur repräsentiere.¹⁹ Eine scheinbar für sich selbst sprechende Logik des freien Marktes entlarvt hierbei nationale Bestrebungen anderer Staaten zum Schutz eigener kultureller Identität als verdeckte Handelsschranken, und über allem schwebt der unreflektierte Glaube, durch die Aufdeckung und Beseitigung solcher Hemmnisse den freien Welthandel und den globalen Wohlstand zu fördern.²⁰

Da, anders als materielle Industrie- und Agrarerzeugnisse oder Dienstleistungen, kulturelle Produkte in ihrer virtuellen Form und via Online-

¹⁸ Vgl. US Government (1.7.1997), Section II. 5.

¹⁹ Rothkopf (1997).

²⁰ Vgl. US Government (1.7.1997), Section II. 8.

Vermarktung schon Handelsgüter per se darstellen, erweist sich die Unterscheidung zwischen einer kulturellen oder wirtschaftlichen Durchdringung des Welt(kultur)marktes im Bereich von EC als ein Problem, zu dem eine globale Übereinstimmung äußerst schwierig erscheint, eine Unsicherheit, die bei der Etablierung internationaler Normen von Seiten des Stärkeren bewußt zur Förderung eigener Interessen ausgenutzt werden kann. Hier scheint sich zum Teil abzuzeichnen, was bereits Vertreter der französischen Aufklärung im 18. Jahrhundert in Hypothesen über die globalhistorische Entwicklung heraufziehen sahen: die Ersetzung eines wirtschaftlichen und politischen durch einen zivilisatorisch-kulturellen Imperialismus. Kulturelle Gleichartigkeit und eine hieraus resultierende politische wie wirtschaftliche Übereinstimmung hätten somit dem bis dahin mehr von Ausbeutung bestimmten Verhältnis zwischen Kolonie und Mutterland den Anschein einer wechselseitigen Interessen dienenden Verbindung gegeben.²¹ Damals hielt man – die Utopie steckt hier im Detail – das aus moderner Sicht recht bescheidene Medium des Buchdrucks als Träger einer Universalsprache und einer universellen Kommunikation für das geeignete Mittel, die im Laufe der Zeit entwickelten Denkmuster europäischer Zivilisation, die sich politisch gesehen in den rechtlichen Errungenschaften der Amerikanischen und Französischen Revolution manifestierten, auf dem Erdenrund zu verbreiten. In relativ kurzer Zeit sollten den Menschen überall auf der Welt die Fortschritte des menschlichen Geistes zugänglich gemacht werden, für die es in Europa Jahrhunderte politischer, sozialer und geistiger Auseinandersetzungen bedurfte. Das Einverständnis der kulturell völlig anders gearteten überseeischen Kolonialpartner wurde dabei stillschweigend vorausgesetzt. Ein solchermaßen aufgeklärtes, zivilisatorisches Sendungsbewußtsein bedeutete, wenn man so will, die Säkularisierung der christlichen Missionsidee.²²

Heute bietet das Internet ein mit dem „archaischen“ Buchdruck nicht mehr zu vergleichendes, aber die damaligen Visionen zu realisieren scheinendes Mittel zum globalen und universellen Informationsaustausch. Lediglich über die Inhalte, über den finalen Zweck ihrer Verbreitung und über den globalen Nutzen läßt sich heute wie damals streiten.

Abgesehen von einer verbesserten Möglichkeit zur Verbreitung kultureller Werte beinhaltet das Internet und der mit ihm mögliche Transfer elektronischer Waren ganz neue Implikationen für eine Wirtschafts- und Handelspolitik. *Laissez-faire* heißt hier das Zauberwort. Der Freihandel, de facto bisher nie wirklich existent, war historisch gesehen stets eine Philosophie des wirtschaftlich Stärk-

²¹ Vgl. Bitterli (1991), S. 295.

²² Vgl. ebd., S. 295f.

sten. Schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts veröffentlichte Hugo Grotius als Repräsentant der niederländischen Handelsmacht seinen völkerrechtlich fundierten Traktat *De Mari libero* als eindeutiges Votum für den Freihandel.²³ Im darauffolgenden Jahrhundert verfeinerte Adam Smith als aufgeklärter Vertreter der britischen „Krämeration“ die Theorie einer wohlstandschaffenden, freien und privaten Wirtschaft in dem epochalen Werk *Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* u.a. mit naturrechtlichen Argumenten.²⁴ Bis hierher blieb alles weitgehend aufgeklärte Theorie. Versuche einer konkreten Umsetzung tauchen erst im 20. Jahrhundert auf. Als unzweideutig machtpolitisch und im Bewußtsein der Überlegenheit des eigenen privatkapitalistischen Systems und des wirtschaftlichen Potentials wurzelnd erscheint dann aus moderner historiographischer Sicht die *Open Door Policy* der USA, einer Nation, die wenige Jahrzehnte zuvor noch zu den Hochschutzzolländern gezählt hatte. Diese Handelspolitik der Offenen Tür wurde erstmals öffentlich wahrnehmbar während des Ersten Weltkrieges von Präsident Woodrow Wilson formuliert, als die Vereinigten Staaten im Begriff waren, den ersten großen Schritt auf dem Weg zu ihrer Weltmachtstellung zu tun.²⁵ Neu ist hierbei die Umkehrung des Verhältnisses von politischer und wirtschaftlicher Einflußnahme, d.h. der informelle wirtschaftliche Einfluß ist der Wegbereiter eines weitergehenden politischen Einflusses (und nicht umgekehrt wie bei klassischen Imperialismusmodellen), was der amerikanischen Außenpolitik einen formellen, unschuldig-abstrakten Charakter verleiht. Trotzdem ist das Ziel dieser Strategie die in diesem Fall amerikanische Hegemonie.²⁶

Eine Wirtschaftspolitik der Offenen Tür funktioniert freilich nur dann, wenn sich der Rest der Welt, oder wenigstens ein großer Teil davon, zu den gleichen freihändlerischen Prinzipien bekennt und die ködernde Formel Demokratie = freie Wirtschaft = Wohlstand schluckt. Die weitere historische Entwicklung, zunächst vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, hat die USA jedoch in den Stand gesetzt, multilaterale Verhandlungssysteme wie den Internationalen Währungsfond (IMF) und den WTO-Vorgänger GATT zu etablieren. Diese sollten die internationale Umsetzung eines Laissez-faire-Systems garantieren, das zwangsläufig die hyperproduktiven und aus dem Krieg unbeschädigt hervorgegangenen USA als eindeutig wettbewerbsfähigstes Land begünstigen würde, und somit eine auf der freien Marktwirtschaft basierende amerikanische Hegemonie in der Welt ermöglichen. Schon am Ende des Krieges war aber

²³ Vgl. Gollwitzer (1972), S. 111ff.

²⁴ Vgl. ebd., S. 128ff.

²⁵ Vgl. Schröder (1994), S. 159-177.

²⁶ Vgl. ebd., S. 161f.

klar, daß Moskau diese Bestreben zu verhindern suchen würde, und wenige Jahre später mußte man hinnehmen, daß auch das maoistische China die Heilslehre eines Laisser-faire-Kapitalismus nicht annahm. Diese Entwicklung hat im weiteren Verlauf zu der Herausbildung jenes bipolaren Systems geführt, das die Außenpolitik der vier ersten Nachkriegsdekaden bestimmte.²⁷ Der Niedergang der Sowjetunion hat zwar die Tür in Richtung Globalisierung und Unipolarität ein Stückweit aufgestoßen, aber gerade das nach zehn Jahren immer noch darniederliegende Rußland zeigt, daß die Gleichung Demokratie + freie Marktwirtschaft = Wohlstand nicht ohne weiteres aufgeht.²⁸

Im Prinzip weicht die vor allem von den USA angestrebte Liberalisierung von EC nicht von den am Anfang des Jahrhunderts im Rahmen von Wilsons 14 Punkten formulierten Forderungen nach der Freiheit der Meere und der Freiheit des Handels ab. Was damaliger Anschauung zufolge die uneingeschränkte Befahrbarkeit der Meere für den ungehinderten weltweiten Warenaustausch bedeutete, das bedeutet heute der freie Fluß von Informationen via Internet für den ungehinderten Austausch virtueller Güter. Führende Wirtschaftsnationen und allen voran die USA als eigentlicher Motor einer wirtschaftlichen Nutzung des Internet sind daher bestrebt, die je nach Sichtweise mal mehr mal weniger schrankenlose Natur eines EC normativ zu fixieren. Einen ersten Schritt in diese Richtung markiert die WTO Ministerial Declaration vom Mai 1998, welche die bisherige Praxis, elektronische Transmissionen nicht mit Zöllen zu belegen, vorerst bestätigt.²⁹ Die EU dagegen hat Electronic Commerce, materielle wie virtuelle Güter gleichermaßen, mit einer Mehrwertsteuer belegt, ist aber dabei, mögliche aus Unternehmersicht negative Implikationen einer solchen Praxis zu überdenken.³⁰ Freilich muß im Fall virtueller Güter der tatsächlichen Schwierigkeit entsprochen werden, eine steuer- oder zollrechtliche Zuständigkeit einwandfrei zu determinieren. Gesetzliche Regeln, die Steuern und Handelstarife betreffen, leiten sich normalerweise von der geographisch-physikalischen Verifizierbarkeit von Produzent, Anbieter und Käufer ab. Da die grenzverwischende Natur des Internet eine diesbezüglich genaue Zuordnung erschwert oder gar unmöglich macht, können tarifliche Maßnahmen aus Benutzersicht im schlimmsten Fall zu einer mehrfachen Besteuerung oder Verzollung führen, was das Potential von EC deutlich hemmen würde. Auf der anderen Seite würde der Nationalstaat durch die völlige Tariffreiheit des virtuellen Marktplatzes ein weiteres Stück Souveränität auf dem Weg zur Globalisierung verlieren.

²⁷ Vgl. Kennedy (1996), S. 532-539.

²⁸ Vgl. Attali (1997).

²⁹ Vgl. UNCTAD Secreteriat (22.9.1998), S. 4.

³⁰ Vgl. ebd.

Die Schwierigkeit liegt darin, eine annehmbare Balance zwischen beiden Belangen herzustellen, ein Weg, der bereits seit längerem von der OECD beschritten wird. Nach Vorstellung der OECD soll staatlichen Autoritäten grundsätzlich das Recht und die Möglichkeit zur Besteuerung und Verzollung elektronischer Transaktionen belassen werden, ohne daß hiervon notwendigerweise virtuelle Güter ausgenommen sein müssen, die aber nicht als Güter im traditionellen Sinn angesehen und von daher gesondert behandelt werden sollen.³¹ Ganz im Gegenteil sollen handelstarfliche Maßnahmen im Bereich von EC soweit möglich auf bisher existierenden Prinzipien zur fiskalischen Handhabung des konventionellen Handels und auf bisher existierenden internationalen Zoll- und Handelsabkommen basieren. Oberstes Gebot ist natürlich, daß die Maßnahmen aus privater Benutzerperspektive übersichtlich und verlässlich sind; auf keinen Fall dürfen sie zusätzliche Belastungen beinhalten, die EC gegenüber einem konventionellen Handel diskriminieren.³² Als recht auffällig, verglichen mit der immer wieder gepriesenen anarchischen Natur gerade des Handels mit virtueller Ware und mit Dienstleistungen, erscheint hier das Zugeständnis an Regierungen, im Fall einer Inanspruchnahme ausländischer Dienste durch einheimische Kunden Quasi-Einfuhrzölle in Form von Empfängergebühren (*reverse charges*) zu erheben, die einerseits staatliche Steuereinnahmen garantieren und gleichzeitig Anbieter im eigenen Land protektionieren können.³³ Das OECD Konzept zeigt im Grunde, wie kontrovers sich die Kombination von bisher ungeahnten freimarktwirtschaftlichen Möglichkeiten auf der einen Seite und der Anwendung bisher im Welthandel bestehender Tarifpraktiken auf der anderen Seite gestaltet.

Als ebenso kontrovers erscheint das Verhältnis zwischen der Prognose einer intensivierten weltweiten Handelstätigkeit durch EC und der tatsächlichen Entwicklung des Welthandels. Gegenüber der Wachstumsrate von 10% im Jahr 1997 gab es im letzten Jahr ein Wachstum von nur noch 3½% und für dieses Jahr wird eine vergleichbar traurige Zahl prognostiziert.³⁴ Beispielhaft ist das 12monatige US-Handelsdefizit mit der EU, das sich im Februar 1999 bereits auf 30 Milliarden Dollar belief. Das gesamte US-Handelsdefizit belief sich zur selben Zeit gar auf 262 Milliarden Dollar. Angesichts solcher Zahlen ist es nur allzuleicht, andere Staaten und deren Handelspolitik als Sündenbock für die Misere auszumachen. Tatsächlich aber resultiert das schlechte Außenhandelsverhältnis aus der rekordhaften Wachstumsrate der US-Wirtschaft, während

³¹ Vgl. OECD Committee on Fiscal Affairs (8.10.1998).

³² Vgl. ebd.

³³ Vgl. ebd., Box 3, Section VII.

³⁴ Vgl. *The Economist*, 8.5. 1999, S. 12.

das Wirtschaftswachstum in den anderen Teilen der Welt weit dahinter zurückliegt sowie aus der starken Stellung des Dollars gegenüber den Währungen der Handelspartner.³⁵ Sei es wie es will, die Umstände haben dazu geführt, daß selbst in den traditionell freihändlerischen USA die Stimmen nach protektionistischen Maßnahmen immer lauter werden, was im weiteren Verlauf zu einem regelrechten Handelskrieg mit der EU geführt hat. Entzündet haben sich die Handelsstreitigkeiten zwischen der EU und den USA u. a. an dem EU Einfuhrverbot für genetisch und hormonell behandelte Lebensmittel. Im Gegenzug haben die USA Strafzölle für EU-Produkte verhängt. Die WTO als zuständiges Schiedsgericht hat zwar dahingehend entschieden, daß Europa sein Einfuhrverbot aufheben muß. Die Organisation, die eigens dazu eingerichtet ist, den Welthandel zu fördern, offenbart allerdings in dieser Situation einmal mehr ihre Unfähigkeit, starke Mitgliedsnationen zu einem definitiven Handeln zu bewegen, da keiner der beiden Kontrahenten daran denkt, die WTO-Entscheidungen als verbindlich zu betrachten. Für die EU, die sich ohnehin mehr als geschützter Markt für die eigenen Produkte sieht und nicht als ein für alle Welt offener Marktplatz, ist gerade die Debatte über die Einfuhr bedenklicher Lebensmittel ein willkommener Anlaß, seine ohnehin hochprotektionierte und hochsubventionierte Agrarwirtschaft (über die Hälfte des EU-Haushaltes geht in Agrarsubventionen) in den Genuß verstärkter Schutzbestimmungen kommen zu lassen.³⁶ Hinzu kommen jetzt auch die jüngsten Lebensmittelskandale, die dazu geeignet sind, bei einer Umsetzung des WTO-Schiedsspruches einen neuen Aufschrei in der Bevölkerung hervorzurufen.

Die hier beispielhaft angesprochene Situation, zusammen mit der zugestandenen Relevanz bisher bestehender Tarifpraktiken auch für EC zeigt, daß eine Wirtschaftspolitik sich viel weniger von neuen Formen des Handels bestimmen läßt, als vielmehr von traditionellen Überlegungen, die ihre Berechtigung zum einen aus nationalen Souveränitätsansprüchen und zum anderen aus der Natur der zu verhandelnden Ware selbst ableiten. Auch ein EC wird angesichts solchermaßen fundierter Handelsschranken kein Allheilmittel gegen die weltweite Zunahme protektionistischer Tendenzen bilden können. Denn nicht zuletzt der Handel mit Agrargütern, der einen Großteil des Welthandels ausmacht, erfordert Entscheidungen, die uns aus ganz anderen Überlegungen, nämlich solchen des individuellen, hier nationalen Vorteils heraus getroffen werden.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat der Handel zwischen den führenden Industrieländern in den letzten Jahren relativ zu dem Handel mit den Entwick-

³⁵ Vgl. ebd., S. 20.

³⁶ Vgl. ebd., S. 19f.

lungsländern zugenommen und es wäre alles andere als logisch, wenn sich dieses Verhältnis im Zuge einer neuen Ökonomie, die dem Vorhandensein von intellektuellen und technologischen Kapazitäten die zentralste Bedeutung beimißt, umkehren würde.³⁷ Zwar zeigt man sich auf der wohlhabenden Seite bestrebt, diese notwendigen Voraussetzungen in der Dritten Welt etwa in Form von *Train for Trade Programms* und mit dem Engagement für einen verbesserten Ausbau der technologischen Infrastruktur zu schaffen. Doch selbst wenn solche Maßnahmen nach einer kaum zu vermeidenden Durststrecke tatsächlich irgendwann einmal greifen sollten, ist bei einem ungehinderten Informationsaustausch immer noch zu befürchten, daß die Entwicklungsländer weiterhin die passive Rolle eines Empfängers spielen, während die Online-Emissäre der meisten Güter in der westlichen Welt lokalisiert sind.

Zudem scheint eine solche Entwicklungshilfe auch einen Zwiespalt in qualitativer Hinsicht zu offenbaren. Zugang zu dem neuen digitalen Marktplatz zu erhalten, bedeutet für die Entwicklungsländer die Aufgabe traditioneller, mit dem sozialen Umfeld eng verbundener Formen des Handels bei gleichzeitiger Annahme der Spielregeln und Umgangsformen der entwickelten Länder. Wenigstens hier und da scheint man in der Dritten Welt schon dazu bereit zu sein, traditionelle Formen aufzugeben und die Vorgaben eines EC mehr oder weniger unreflektiert erfüllen zu wollen. Dabei scheint auch eine Rolle zu spielen, daß die Entwicklungsländer befürchten, bei einer zögerlichen Haltung gegenüber EC noch mehr ins wirtschaftliche Hintertreffen zu geraten, und Interessen, die nicht unbedingt ökonomischer Natur sind, spielen bei diesen Überlegungen, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. So überwiegt alles in allem auch bei den Verantwortlichen in den ärmeren Ländern eine Sichtweise, welche die mit EC verbundenen Fortschrittsvorstellungen als erstrebenswerte (oder unausweichliche) Normalität akzeptiert.

Es bleibt somit fraglich, ob aus Sicht der heute Benachteiligten jemals eine befriedigende Bilanz in dieses Verhältnis gebracht werden kann, ganz zu schweigen von einem gerechten Gleichgewicht. Ein solches aber, d.h. eine die Interessen aller berücksichtigende Beseitigung der Friktionen zwischen den wirtschaftlichen und kulturellen Souveränitätsansprüchen auf der einen Seite und den makropolitischen Ambitionen vor allem auf Seiten der USA, wäre notwendig, damit eine netzwerkgestützte Ökonomie einen gerecht verteilten globalen Wohlstand schaffen kann. Andernfalls bleibt alles wie bisher: *business as usual*.

³⁷ Vgl. *L'Expansion*, 3.4.1999, S. 50f.

Benutzte Literatur:

- Attali, Jaques: The Crash of Western Civilization: The Limits of the Market and Democracy. In: *Foreign Policy*, Summer 1997, S. 54-56.
- Bitterli, Urs: Die 'Wilden und die Zivilisierten'. Grundzüge einer Geistes- und Kulturgeschichte der europäisch-überseeischen Begegnung. München ²1991.
- The Economist*, 8.5. 1999.
- L'Expansion*, 3.4.1999.
- Gollwitzer, Heinz: Geschichte des Weltpolitischen Denkens, Bd. I: Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Beginn des Imperialismus. Göttingen 1972.
- Kennedy, Paul: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt a. M. 1996. S. 532-539.
- Kristol, Irving: The Emerging American Empire. In: *Wall Street Journal*, 18.8.1997.
- OECD Committee on Fiscal Affairs: Electronic Commerce: Taxation Framework Conditions. 8.10.1998. (http://www.oecd.org/daf/fa/e_com/Ottawa.htm)
- OECD Secretariat: Electronic Commerce: Opportunities and Challenges for Governments. 12.6.1997. (<http://www.oecd.org/dsti/sti/it/ec/act/sacher.htm>)
- Rothkopf, David: In Praise of Cultural Imperialism? In: *Foreign Policy*, Summer 1997, S. 38-54.
- Schröder, Hans-Jürgen: Demokratie und Hegemonie. Woodrow Wilsons Konzept einer Neuen Weltordnung. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung-Wahrnehmung-Analyse. Hrsg. v. W. Michalka i. A. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. München 1994.
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development): Trade Point Review. New York/Geneva 1998. (<http://www.untpdc.org/untpdc/gtpnet/tpreview>)
- UNCTAD Secretariat: Policy Issues Relating to Access to Participation in Electronic Commerce. 17.9.1998.
- UNCTAD Secretariat: Implications for Trade and Development of Recent Proposals to Set Up a Global Framework for Electronic Commerce. 22.9.1998.
- US Government: About a Framework for Global Electronic Commerce. 1.7.1997.
- Wriston, Walter B.: Bits, Bytes, and Diplomacy. In: *Foreign Affairs*, Sept./Oct. 1997.
- WTO Seminar on Electronic Commerce and Development, 19.2.1999
(http://www.wto.org/wto/ecom/e_prog1.htm)

http://www.wto.org/wto/ecom/e_mindec1.htm

http://www.wto.org/ecom/e_gc.htm

Günter Giesenfeld

Geopolitisches Delirium?

US-amerikanische Denkmuster über Internet, Cyberspace und künftige Kriege

Wer sich ein wenig Zeit nimmt, kann im Internet leicht eine große Anzahl von offiziellen oder halboffizielle Verlautbarungen über die neuen Medien, das Informationszeitalter und das Internet finden, die entweder direkt aus dem Pentagon stammen oder von paramilitärischen sowie regierungs- oder parteinahen Institutionen (wie etwa dem *Council of Foreign Relations* oder der *RAND-Corporation*) für das *briefing* von Politikern verfaßt worden sind. Es sind operative Dokumente, sozusagen strategische Dossiers, die für nichtprofessionelle Rezipienten weniger wegen ihres Informationsgehaltes interessant sind als vielmehr wegen der Tonlage, der Argumentationsformen und der Denkmuster, die sie offenbaren.

Der in diesem Heft abgedruckte Aufsatz von Charles Swett, einem Mitarbeiter des Pentagon, läßt sich leicht zusammenfassen, weil er mit einem kleinen Set von Hauptargumenten das Internet einer Betrachtung unterzieht, die ganz auf die Interessen des Verteidigungsministeriums ausgerichtet sind. Es soll untersucht werden, ob, wie, und unter welchen, die Sache vielleicht komplizierenden Bedingungen Internet, neue Kommunikationstechniken und Cyberspace für künftige Kriege (bzw. ihre Vorbereitung oder Verhinderung) genutzt werden können. Auffallend auf den ersten Blick ist, daß die Betrachtung sehr stark auch innenpolitische Aspekte mit einbezieht, für die das DoD (Department of Defense) eigentlich nicht zuständig ist. Dieser Umstand ist für unsere Zwecke eher günstig, weil damit der Standpunkt der Regierung (hier speziell der Clinton-Administration) insgesamt deutlich wird und nicht nur die Partialinteressen des DoD.

Der Kampf gegen die „Torhüter“

Über lange Passagen ist der Text geprägt von der bekannten Euphorie, die nicht nur in den USA die *eine* Weise des Verhaltens dem Internet gegenüber charakterisiert. Als ein neues globales Interessenfeld, indem zwar noch Chaos herrscht, aber auch die Chance für eine neue demokratische Struktur der Öffentlichkeit enthalten ist, wird das Internet zum Projektionsfeld oder Mythos von basisdemokratischen Vorstellungen. Mit seiner Hilfe könne, so das zentrale Argument, eine „elektronische Demokratie“ entstehen, deren wichtigstes Charakteristikum es sei, daß die Regierung direkt kommunikativ mit der Bevölkerung oder Wählerschaft kurzgeschlossen werden könne. Man müsse nur jedem Abgeordneten eine homepage, jedem Ministerium ein bulletin board geben und jedem Bürger einen Computer mit Netzanschluß. Dann könne man etwa alle Gesetzesvorlagen jedem zugänglich machen und Debatten über sie in Gang setzen, die auch wiederum allen zugänglich wären. Alle diese Komponenten einer naiv erscheinenden Utopie vertragen keine ernsthafte Hinterfragung, ihre Widersprüche sind offenbar. Man braucht nur zu überlegen, wie eine solche landesweite Diskussion aller mit allen – über hunderte von Seiten starke Gesetzestexte etwa – funktionieren soll, und wer die Zeit hat, sich daran zu beteiligen. Auch der allein an seinem Bildschirm sitzende, per Email kommunizierende und sich aus Websites und Datenbanken informierende Bürger ist wenig überzeugend als Prototyp des idealen Subjekts einer neuen globalen Demokratie.

Solche Einwände zitiert der Text selbst, ohne übrigens dazu Stellung zu nehmen. Es scheint, daß die euphorische Schilderung der elektronischen Demokratie nur rhetorischer Ausgangspunkt ist für den in Breite vorgetragenen Angriff auf die klassischen Massenmedien. Diese nämlich werden als durchaus oppositionelle, ja subversive Instanzen charakterisiert, die sich als „Torhüter“ des Nachrichtenflusses zum Rezipienten etabliert haben, die Informationen und Meinungen zurück halten oder manipulieren. Auch hier ist die Gegenvorstellung reichlich naiv, der ‚normale‘ Bürger sei tatsächlich in der Lage und willens, selbst im Fluß der Meldungen die richtigen Fische herauszuangeln, sie zu interpretieren und in Zusammenhänge zu stellen. Beim gegenwärtigen Stand der Technik würde man für eine solche Informationsversorgung, sollte sie etwa die durch eine Tageszeitung vermittelten Nachrichten umfassen, täglich mehrere Stunden surfen müssen, und selbst dann noch wäre die Auswahl des schließlich ‚Gespeicherten‘ sehr willkürlich. Denn das Nutzen von Suchmaschinen und Filtern wäre ja dann gleichbedeutend mit dem Wirken von elektronischen Torhütern im Netz. Auch ein wesentlich schnelleres System würde dieses Pro-

blem nicht lösen, denn es würde ja zu dem Zweck entwickelt, noch mehr Inhalte noch schneller zur Verfügung zu stellen.

Die auffällige Leichtigkeit, mit der solche Einwände ausgeschaltet bleiben oder allenfalls angedeutet werden, liegt gewiß nicht an einer beschränkten Auffassungsgabe oder eingegrenzten Perspektive des Pentagon-Analytikers, sondern sie dient der Polemik gegen regierungsunabhängige Massenmedien. Der reichlich eindimensionalen Vorstellung von deren durchweg subversiver Wirkung entspricht die ebenso oberflächliche Zeichnung der demokratischen Alternative.

Wenn man sich die Konnotationen des Textes klarmacht, dann erscheint Internet als ein Mittel, mit dem eine grundlegende Übereinstimmung zwischen Politikern und Wählern, zwischen Herrschenden und Untertanen zum Ausdruck kommen und zur politischen Wirkungskraft gemacht werden kann. Das Vorhandensein einer solchen ‚demokratischen‘ oder besser patriotischen Grundstimmung, die durch Presse und Massenmedien bislang unterdrückt worden sei, wird implizit vorausgesetzt und erscheint als erwiesen, wenn behauptet wird, in den basisdemokratischen Emails und websites würde sie sich sofort artikulieren. An dieser naiv-utopischen Vorstellung ist vor allem nützlich, daß sie den Konsens als unleugbar erscheinen läßt, und die reiche Beigabe an Anekdoten trägt dazu bei, diesen Eindruck zu unterstützen.

Das zweischneidige Schwert

Aber dieselbe offene Struktur, die es einer demokratisch gesinnten Untertanenschaft möglich mache, sich von den manipulierenden Systemen der Massenmedien zu emanzipieren und sich direkt an die für sie sorgenden Politiker zu wenden, erlaube es auch feindseligen „Aktivisten“, das Internet für ihre Zwecke zu nutzen. Im Text erscheinen diese Elementen als „Interessen-“, oder „Randgruppen“. Sie werden zwar ohne direkt diskriminierende Töne aufgeführt, aber in den Beispielen kommt das Feindbild zum Vorschein, wenn etwa von „Verschwörungstheoretikern“ oder „Haßgruppen“ gesprochen wird. Während in Staaten mit autoritären Regimes die Opposition legitim das Internet für ihre Zwecke benutzen dürfen soll, erscheint die fehlende Kontrolle der Aktivitäten organisierter Gruppen und Einzelpersonen im Netz als Gefahr. Die Gefahr liegt darin, daß sie „eine populistische Herangehensweise den traditionellen Regeln vorziehen“ und damit den nationalen Konsens gefährden.

Am Ende weist das Papier auf die wachsenden Möglichkeiten hin, das Internet in Konfliktfällen und Kriegen zu nutzen, führt diese aber nicht mehr im

einzelnen aus. Deshalb werden zu den Vorstellungen über künftige Kriege andere Quellen herangezogen. In ihnen steht die Kommunikation innerhalb der kriegführenden Armee im Mittelpunkt sowie die Information der eigenen und der Weltöffentlichkeit über drohende Krisensituationen. Das eigentliche Einsatzfeld der neuen elektronischen Technologien wird jedoch in ihrer Nutzung als neues, die Kriegführung revolutionierendes Waffensystem gesehen. Im dadurch gekennzeichneten Übergang zum „Information Warfare“ sehen viele den Beginn eines neuen Zeitalters der Militärgeschichte.

Es ist dadurch gekennzeichnet, daß der klassische Unterschied zwischen „Kriegs-“ und „Friedens-“Zeiten verschwimmt. Schon Eingriffe in die „elektronische Privatsphäre“ können Teil eines Informationskrieges „der Klasse 1“ sein.¹ Es ist ein Krieg, in dem das Individuum sich gegen Computersysteme wehren muß, weil Informationen über jede Person in Tausenden von Datenbanken enthalten sind und ständig hin und herbewegt werden. Wenn sie nicht korrekt sind, ist es unendlich schwierig, die Exekutive daran zu hindern, aufgrund dieser falschen Daten in freiheits- oder gar lebensgefährlicher Form tätig zu werden.

Mit „Klasse 2“ wird der Kampf auf die Ebene großer kommunikationstechnologischer Konglomerate verlagert. Diese können Industriebetriebe, internationale Konzerne, eine Administration oder ein militärisches Kommandozentrum sein. Was zunächst als bloße Perfektion traditioneller (Industrie-) Spionage erscheint, kann heute ganze Staaten erfassen und zur Ersatzstrategie für einen konventionellen Krieg werden. Dabei werden Daten nicht nur entwendet oder Kommunikationssysteme des „Feindes“ lahmgelegt, sondern man kann auch mit falschen Daten und fingierten Informationen arbeiten, was den Vorteil hat, daß der „Feind“ lange Zeit die elektronische Attacke nicht bemerkt.

„Klasse 3“ erreicht der Informationskrieg, wenn er globale Ausmaße annimmt. Eine Aggression dieses Typs richtet sich gegen Länder, Regionen oder Koalitionen von Staaten und entspricht somit noch am ehesten dem Begriff von Krieg, wie wir ihn gewöhnt sind. Aber es gibt einen entscheidenden Unterschied: Geld, Personal und Industriekapazitäten sind nicht mehr der entscheidende Faktor. „Im Vergleich zu traditionellen Waffensystemen eröffnet der Informationskrieg neue Dimensionen der Kosteneffektivität“, und zwar nicht nur für die eigene Streitmacht, sondern auch für „Terroristen oder feindliche Regierungen“². Die neue Möglichkeit, Kriege aus großer Entfernung ohne Einsatz

¹ Ausdruck von Schwartau (1994). Die folgende Einteilung ist dieser Darstellung entnommen.

² Haeni (1997), S. 7

von größeren Truppenkontingenten zu führen, steht tendenziell auch kleineren Mächten oder Organisationen offen.

Deswegen birgt auch der Informationskrieg erhebliche Risiken in sich: Je mehr Kriegsaktivitäten von der Informationsverfügung und -verarbeitung abhängig werden, um so wichtiger wird das Funktionieren der militärischen Kommunikationssysteme für Sieg oder Niederlage.

Das Schwert der Technologie im Informationszeitalter schneidet in beide Richtungen. Die USA schwangen es im Golfkrieg, um das irakische Oberkommando blind zu machen und zu demoralisieren. Aber kaum war der Siegesrausch abgeflaut, begannen sich Pentagonbeamte zu fragen, wie verwundbar die US-Streitkräfte selbst durch einen Angriff im Cyberspace sein könnten, jener neuen Dimension, die durch die Ausbreitung von Satelliten, riesige Datenbanken, Zellulartelefone, Faxgeräte und globale Computernetze entstanden ist.³

So wird die neue Waffe zum „zweischneidigen Schwert“ und die neuen Erungenschaften, die die eigene Überlegenheit ins Unermeßliche steigen lassen oder einen konventionellen Krieg möglicherweise sogar ersetzen können, stellen zugleich eine gleichfalls neue Dimensionen annehmende Gefährdung dar – ähnlich dem Internet, das eine durchaus ambivalente neue Dimension von Öffentlichkeit darstellt.

Die DoD-Studie behandelt dieses Thema rein machtorientiert und folgt lakonisch: Das Internet muß kontrolliert werden, und zwar von uns. Die eigentlichen neuen Dimensionen menschlicher Kommunikation treten in der Diskussion in den Hintergrund, und die um den Informationskrieg geführte Debatte würde trotz apokalyptischer Zukunftsbilder wohl ähnlich verlaufen, wenn es um die Einführung neuer, nur technisch komplizierterer Waffensysteme ginge. So fragen sich denn die Autoren der RAND-Studie, ob Information Warfare wirklich so etwas neues ist:

Vier Jahre später [nach dem Golfkrieg, gg] kämpft das Verteidigungs-Establishment immer noch um eine Definition von Information Warfare, und die Experten streiten sich immer noch um Grundbegriffe. Ist Information Warfare eine ganz neue Konfliktform, die existiert aufgrund der entstehenden globalen Informations-Infrastruktur, oder ist sie eine neue Ausprägung einer alten Form, etwa der Spionage, deren Ursprünge in den ‚grauen Zellen‘ des menschlichen Gehirns zu suchen sind?⁴

Eine solche Sicht, welche die Diskussion neuer Dimensionen meidet, könnte analog für alle Bereiche von Internet und Cyberspace formuliert werden: *Echelon* wäre dann nur eine neue, wesentlich umfassendere Form der

³ RAND-Studie

⁴ Ebd.

Briefzensur, *Hacker Warfare*⁵ entspräche der Panzerfaust früherer Waffengenerationen und der illegale Zugriff auf digitale Dokumente oder Daten im Netz wäre in einer ähnlichen Weise zu beurteilen wie das Fälschen oder Kopieren von Banknoten oder Geheimdokumenten.

Sorgen bereitet den Militärs jedoch die zunehmende Verflechtung mit und Abhängigkeit von zivilen Strukturen:

Nahezu alles, was das Militär tut – vom Entwerfen von Waffensystemen über das Steuern von Marschflugkörpern bis hin zur Bezahlung, Ausbildung und Mobilisierung von Soldaten – hängt von computergesteuerten zivilen Informations-Netzwerken ab. Etwa 95 % der militärischen Kommunikation läuft über dasselbe Telefonnetz, das zur Faxübertragung eines Vertrages oder zum Gespräch mit einem Freund in einem anderen Staat benutzt wird. Amerikanische Militärbasen hängen an nationalen elektrischen Stromnetzen. Ankäufe bezahlt das Pentagon über das Bundesbankennetz. Soldaten werden unter der Leitung der zivilen Eisenbahn- und Luftverkehrsüberwachung transportiert. (...) Darüber hinaus hat das Militär in Friedenszeiten keine legale oder politische Befugnis, zivile Informationsnetze vor Hackern, Saboteuren und Terroristen zu schützen.⁶

Aber auch in bezug auf diesen Bereich wird nur gesehen, was als bloße Verschärfung schon immer „gefährlicher“ Zustände durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten erscheint. Unterschwellig spiegelt sich in den zitierten Befürchtungen das traditionelle Mißtrauen der Militärs gegenüber der zivilen Politik wider, das in Kriegszeiten immer wieder zu *Dolchstoßlegenden*⁷ Anlaß gegeben hat.

„Regulierung“ durch Hegemonie

Die Debatte um die neuen Medien und Kommunikationsmöglichkeiten findet parallel zu einer anderen Diskussion statt, mit der sie auf den ersten Blick in kaum einem Zusammenhang zu stehen scheint. Es ist die Frage, wie die gegenwärtige Epoche nach dem Ende des Kalten Kriegs zu beurteilen sei. Es hat sich als Konvention herausgebildet, die Epoche nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems (Post-Cold War) in zwei Etappen einzuteilen, in deren erster zunächst eine eher pessimistische Grundstimmung vorherrschte. Der Verlust (in der Diskussion als „deregulation“ bezeichnet) einer auf gegenseitig-

⁵ Vgl. die entsprechenden Aufsätze zu Information Warfare und zum Echelon-System in diesem Heft.

⁶ RAND-Studie

⁷ Z.B. der, daß der Vietnamkrieg hätte gewonnen werden können, wenn die Politiker dem Militär nicht die Erlaubnis zum Einsatz von Atomwaffen verweigert hätten.

ger Bedrohung und Wettbewerb auf allen Gebieten zwischen den beiden Blöcken beruhenden relativ stabilen Ordnung hat die USA unvorbereitet getroffen.⁸

In den Veröffentlichungen dieser Zeit finden sich vorwiegend düstere Prognosen, die bereits in den Titeln der repräsentativen Texte anklingen: „The Coming Anarchy“, „The Ends of the Earth: A Journey at the Dawn of the Twenty-First Century“ oder „The Clash of Civilizations?“⁹. Eine gewisse Instabilität in Europa, das Auseinanderbrechen von kleineren Staaten in winzige, dysfunktionale Teile (Kaplan), in denen die Regierungen von Drogenkartellen und kriminellen Organisationen abhängen oder gestellt werden, oder die neue Einteilung der Welt in große, durch gemeinsame kulturelle Traditionen geeinte Blöcke (Huntington) markierten aus US-amerikanischer Sicht eine ungewisse, durch viele unkontrollierbare Krisenherde gekennzeichnete Zukunft.

Bereits in dieser Phase wurde aus dieser Analyse abgeleitet, daß die USA das von der Sowjetunion hinterlassene Vakuum auszufüllen hätten. Dies sei einem sonst zu erwartenden „Chaos“ oder einem langwierigen Prozeß der Bildung einer ausgewogenen „Multipolarität“¹⁰ vorzuziehen. Nach einer Phase der Unsicherheit und des Abwägens – und auch einer relativen außenpolitischen Passivität – setzte sich allmählich die Überzeugung durch, daß die Herausforderung angenommen werden müsse. Konkret wurde die damit verbundene globale Politik in einem Pentagon-Dokument von 1992 so formuliert:

Unser erstes Ziel muß es sein, das Wiederauftauchen, sowohl auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion als auch anderswo, eines neuen Rivalen zu verhindern, der eine Bedrohung von der Art darstellen könnte, wie es die frühere Sowjetunion war. (...) Unsere Strategie muß sich jetzt darauf konzentrieren, das Entstehen eines jeglichen zukünftigen globalen Konkurrenten auszuschließen.¹¹

Inzwischen gibt es in der öffentlichen politischen Diskussion in den USA kaum mehr Stimmen, die für irgendeine Alternative, etwa für eine demokratische, pluralistische Weltordnung, wie sie in der Konstruktion der UNO als Idee enthalten ist, plädieren. Im Gegenteil: Die neue Eine Welt soll von den USA angeführt, das 21. Jahrhundert das „amerikanische“ Jahrhundert werden, mit einer bislang noch kaum vorstellbaren Übermacht auf allen Gebieten.

Diese neue, „imperiale“ Politik¹² wäre falsch interpretiert, würde man sie auf reine Machtbesessenheit zurückführen. In der Sprache der Militärs ist das

⁸ Die folgende Darstellung stützt sich im Wesentlichen auf Haass (1997) und Nye jr. (1990)

⁹ Kaplan (1994); Huntington (1996)

¹⁰ Krauthammer (1990/91)

¹¹ Zit nach Haass, S. 53

¹² Kristol (1997): „Eines Tages wird sich das amerikanische Volk der Tatsache bewußt werden, daß es eine imperiale Nation geworden ist. ... Das ist so gekommen, weil die Welt es so wollte“

Bild vom Kampf und Wettbewerb gegen Rivalen dominant, weil sie die Strategien zur Durchsetzung der Vorgaben entwickeln müssen. In einer breiteren Öffentlichkeit ist der Gedanke an die Hegemonie mit einer tatsächlichen Euphorie verbunden, die sich auf die sie rechtfertigenden Werte und Ideale bezieht. Einer Mehrheit der Bevölkerung erscheint das Hegemoniestreben als objektives, logisches und unausweichliches Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung – und diese Botschaft soll zur Grundlage werden für so etwas wie einen neuen globalen *new deal* zwischen der Supermacht und allen anderen kleineren Mächten.

„Soft Power“ und Strafaktionen

Entsprechend dem neuen Selbstbewußtsein aus der Überzeugung, zur moralischen Autorität einer globalisierten Welt berufen zu sein, stellen sich die Strategen einer neuen Militärdoktrin vor, daß ihre Ideale und Errungenschaften sich eigentlich weltweit von selbst durchsetzen müßten und daß man, wenn nicht, Gewalt anwenden dürfe. Als *soft power* bezeichnen Nye und Owens „die Attraktion der amerikanischen Demokratie und des freien Marktes“. *Soft power* sei „die Möglichkeit, gewünschte Ergebnisse in der Außenpolitik durch Attraktivität eher als durch Zwang zu erreichen“¹³. Es gehe darum, andere von solchen Normen oder Wertvorstellungen zu überzeugen, die ein von den USA gewünschtes Verhalten bewirken. *Soft power* wirke durch den Anreiz von Ideen, und diese müßten so geschickt propagiert werden, daß sie die Bedürfnisse anderer bestimmen oder modifizieren.

Neben Schlagwörtern wie „Demokratie“ und „Freiheit“ rückt ins Zentrum dieses Ensembles von Ideen immer mehr der „Markt“ und seine Regeln. Durch Unterwerfung unter diese Prinzipien soll sich die übrige Welt in eine *freiwillige* Abhängigkeit von den USA begeben (und man sieht diesen Prozeß in bezug auf Europa schon als weit fortgeschritten an, abgeschlossen sei er in Südamerika). Als Zeichen dafür wird auch die Tatsache interpretiert, daß in diesen Ländern „eine gewisse Amerikanisierung der populären Kultur“ akzeptiert werde: „Unsere Missionare leben in Hollywood“¹⁴.

Während der beiden Weltkriege hatte die jeweilige amerikanische Regierung von den Filmproduzenten in Hollywood eine Unterstützung ihrer Absichten, in die europäischen Auseinandersetzungen einzugreifen, gefordert. Diese

¹³ Nye/Owens (1996)

¹⁴ Kristol (1997)

hatten mehr oder weniger zögernd gehorcht und Kriegspropaganda geliefert. Trotz einer bei diesen Gelegenheiten bewiesenen patriotischen Gesinnung sahen sie es als ihre normale Aufgabe an, mit Filmen Geld zu verdienen und deshalb Unterhaltungsware zu liefern. Selbst der über Jahrzehnte laufende Aufstieg Hollywoods zur global vorherrschenden Macht war das Ergebnis von ökonomischen Machtkämpfen, und die dabei einhergehende Ausbreitung des *american way of life* ist ein sekundärer Effekt gewesen – was nichts über seine Ausmaße aussagt.

Im Zeitalter des Globalismus ergibt sich eine neue Konstellation. Die Wirkung und der Einsatz von Medienprodukten aller Art (Informationen, Dokumentationen, Filme, Fernsehserien etc.) soll nunmehr gezielt und organisiert erfolgen, denn die *soft power* entfaltet ihre Wirkung im ‚Cultural Warfare‘¹⁵.

Der wohltätige Hegemon

„Amerikaner sollten nicht länger die Tatsache leugnen, daß die ihre von allen anderen Nationen in der Welt die gerechteste und das beste Modell für die Zukunft ist“, schreibt David Rothkopf, ein früheres hohes Regierungsmitglied in der Clinton-Administration.¹⁶ Der Satz ist offenbar in der internen Diskussion gegen Kreise gerichtet, die sich solchen „Evidenzen“ gegenüber noch sträuben. Auf sie sei bei dieser Gelegenheit hingewiesen und betont, daß die hier als herrschend beschriebene Ideologie immer noch „umstritten“ ist, Zweifler und Gegner sich artikulieren, und daß es vor allem in universitären und wissenschaftlichen Kreisen eine Opposition gibt, welche die hegemoniale Ideologie und ihren Jargon scharf kritisiert. Zu ihr gehören auch Teile der liberalen Presse.

In ihrem Kern ist die neue US-Außenpolitik ein Programm der Missionierung der ganzen Welt im Namen nicht hinterfragter Ideen („Menschenrechte“, „freier Markt“), die keine religiösen sind, aber wie religiöse wirken sollen. Dabei spielt ihre Herkunft aus demokratischen Traditionen keine Rolle, auch und gerade dann, wenn sie zur Legitimation undemokratischer Aktionen dienen müssen. Es darf nicht übersehen werden, daß sie zudem im Zusammenhang mit einer entsprechenden Wirtschaftspolitik stehen, die inzwischen auch dogmatische Züge angenommen hat. Als notwendig für die Verteidigung von „Ideen“

¹⁵ Es ist erstaunlich, daß dieser Begriff in den Texten nicht auftaucht, nur „Cultural Imperialism“ (mit einem Fragezeichen) ist als Titel des Artikels von Rothkopf in die Diskussion gekommen.

¹⁶ Rothkopf (1997), S. 47.

bezeichnen die USA inzwischen immer offener sowohl Aktionen, die zur weltweiten Durchsetzung des „freien Markts“, zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen unternommen, als auch Kriege, die im Rahmen von Konkurrenzauseinandersetzungen um Absatzvorteile geführt werden.

Viele Beobachter behaupten, daß es ekelhaft sei, die Möglichkeiten der globalen Informationsrevolution zu nutzen, um die amerikanische Kultur über alle anderen zu stellen, aber diese Art von Relativismus ist ebenso gefährlich wie falsch. ... Die Amerikaner sollten ihre Vision in der ganzen Welt verbreiten, denn wenn sie dies nicht täten und eine Haltung des ‚leben und leben lassen‘ einnähmen, würden sie diesen Prozeß den nicht immer nützlichen Aktionen anderer überlassen. Dabei die Mittel des Informationszeitalters zu nutzen, ist vielleicht die friedlichste und kraftvollste Weise, die Interessen Amerikas zu fördern.¹⁷

Die Vision einer „globalen Kultur“, die unter dem alleinigen Einfluß einer Supermacht entsteht, die nicht nur im ökonomischen Bereich das Sagen hat, sondern auch die Informationskanäle absolut kontrolliert, wird nirgends so offen gefordert wie in dem hier zitierten Artikel. Sein Autor scheut sich auch nicht, offen rassistisch zu argumentieren:

Gleichzeitig sollten Amerikaner nicht auf Leute hereinfliegen wie Lee Kuan Yew und Mahatir nin-Mehamad, die Ministerpräsidenten von Singapur und Malaysia, die vorbringen, daß es einen „asiatischen Weg“ gebe, über den Nichtasiaten nicht urteilen könnten und der es erlaube, den Lauf der Ereignisse in diesem Teil der Welt zu dirigieren. Dieses Argument ist politische Rhetorik im eigenen Interesse. Gut und Schlecht, das Beste und das Schlimmste existieren auf dieser Welt nebeneinander. Es gibt absolute Regeln¹⁸, und diese Tatsache nicht anzuerkennen ist mit politischen, ökonomischen und moralischen Kosten verbunden.¹⁹

Sicher wäre es falsch, in solchen Äußerungen bereits eine konkrete Beschreibung amerikanischer Außen- und Medienpolitik zu sehen. Auch in den USA gibt es einen Meinungsstreit über solche Ideen – Gott sei Dank, ist man versucht zu sagen. Es ist jedoch zu befürchten, daß die Klarheit und Entschlossenheit, die in ihnen mitschwingt und einen Teil der gegenwärtigen Euphorie auch über das Internet nährt, eher Einfluß auf die Entscheidungen von Administrationen gewinnt als die gerade auch in den USA starke Tradition einer kritischen wissenschaftlichen Debatte.

¹⁷ Rothkopf ebd.

¹⁸ Im Englischen „absolute“. Es ist naheliegend, dieses Wort mit „Dogmen“ oder „absolute Normen“ zu übersetzen.

¹⁹ Rothkopf ebd.

Benutzte Literatur

- Haass, R. N.: *The Reluctant Sheriff*, New York 1997.
- Haeni, Reto E: *Information Warfare. An Introduction*. Washington DC 1997
- Huntington, Samuel: *The Clash of Civilization*. New York 1996; dt. erschienen: *Der Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München 1996.
- Kaplan, Robert: *The Coming Anarchy*, in: *Atlantic* 1994
- Krauthammer, Charles: *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs* 1990/91
- Kristol, Irving: *The Emerging American Empire*. In: *Wall Street Journal*, 18.8.1997.
- Nye, Joseph S. jr.: *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power*, New York 1990
- Nye, Joseph S. jr./William A. Owens: *America's Information Edge*. In: *Foreign Affairs*, März-April 1996.
- Information Warfare: *A Two-Edged Sword*. *RAND Research Review*, <http://www.rand.org> (RAND-Studie)
- Rothkopf, David: *In Praise of Cultural Imperialism?* In: *Foreign Policy* 107 1997, S. 38-54.
- Schwartzau, Winn: *Information Warfare. Chaos on the electronic superhighway*, 1994.

Charles Swett

Das Internet

Eine strategische Einschätzung

Der folgende Text ist eine Einschätzung der Rolle und der Möglichkeiten des Internets für die Innen- und Außenpolitik und internationale Konflikte aus der Sicht eines Analytikers des Verteidigungsministeriums (DoD, Department of Defense) der USA aus dem Jahre 1995. Mit freundlicher Erlaubnis des Autors veröffentlichen wir Ausschnitte. Ausgelassene Teile werden in kursivem Druck unkommentiert zusammengefaßt, kurze Auslassungen durch „(...)“, oder, wenn sie bereits im Original vorgenommen wurden (in Zitaten), durch „...“ gekennzeichnet. Fußnoten von der Redaktion. (Red.)

Zusammenfassung

Politisches Handeln geschieht immer mehr im Internet. Sowohl in den USA als auch international benutzen Individuen, Interessengruppen und sogar ganze Nationen das Internet, um sich zu verständigen, Probleme zu erörtern und ihre politischen Ziele zu fördern. Das Internet hat auch in jüngsten Konflikten eine wichtige Rolle gespielt. Daraus ergibt sich, daß überseeische Sektoren des Internets ein nützliches Werkzeug für das DoD sein können, sowohl, um Informationen zu sammeln, als auch, um sie zu verbreiten. Durch die Überwachung des öffentlichen Nachrichtenverkehrs und alternativer Informationsquellen aus der ganzen Welt könnte ein Frühwarnsystem vor wichtigen sich abzeichnenden Entwicklungen gebildet werden, das früher reagiert als die traditionelleren Mittel der Erkenntnis und Warnung. Kommentare im Internet von Beobachtern der Szene niedrigintensiver Konflikte in Übersee könnten nützlich sein für das politische Handeln der USA. Im Verlauf größerer Konflikte kann das Internet, wenn andere konventionelle Kanäle versperrt sind, das einzige Mittel sein, das eine Kommunikation in die und aus den betroffenen Gebieten erlaubt. Internet-Nachrichten aus Regionen, die unter autoritärer Kontrolle stehen, könnten weitere nützliche Erkenntnisse bieten. Öffentliche Botschaften, die Informatio-

nen über die Intentionen von überseeischen Gruppen vermitteln, die dazu neigen, militärische Aktionen der USA zu stören, können der Spionageabwehr dienen. Auch kann das Internet offensiv als ein zusätzliches Medium in psychologischen Kampagnen und als eine Hilfe zur Erreichung unkonventioneller Kriegsziele genutzt werden. Wenn es als eine allgemeine Errungenschaft kreativ genutzt wird, kann das Internet so manche Operation oder Aktivität des DoD erleichtern.

Hintergrund

In den letzten Jahren ist „Internet“ zu einem vertrauten Begriff geworden. Nach einer langen Periode relativer Unbekanntheit, als es nur die Domäne technisch orientierter Individuen war, ist es nun auf der nationalen Szene erschienen und spielt eine immer wichtigere Rolle in einem immer weiteren Spektrum von Aktivitäten einer in schwindelerregender Schnelligkeit wachsenden Anzahl von Menschen. Es steht im Mittelpunkt des Interesses. Indem es einen spürbaren Einfluß auf das soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben von Millionen ausübt, nimmt das Internet eine Entwicklung, die von seinen ursprünglichen Erfindern nicht vorausgesehen wurde. Anstatt sich in bereits existierende soziale Prozesse „einzufügen“, verändert es jetzt die Natur dieser Prozesse selbst.

Das Internet wurde immer mehr in die Politik und in internationale Konflikte verwickelt. Lokale, staatliche und nationale Regierungen sind im Internet präsent, sowohl um Informationen an die Öffentlichkeit zu geben, als auch um eine Rückmeldung aus der Bevölkerung zu erhalten. Kandidaten bei Wahlen führen Debatten im Internet, Organisatoren von nationalen und internationalen politischen Bewegungen nutzen das Internet. Es hatte eine Schlüsselfunktion beim *Desert Storm*, dem Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“, dem Putschversuch in Rußland, dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien und bei der Opposition gegen autoritäre Kontrollen im Iran, in China und anderen Unterdrückungsstaaten. Das Internet spielt eine immer bedeutendere Rolle in Fragen der internationalen Sicherheit, eine Rolle, die sicher wichtig ist für das DoD.

Ziele

Die Ziele dieser strategischen Betrachtung sind:

- allgemeine und laufende Trends in der Entwicklung des Internets aufzuzeigen,
- die Rolle zu untersuchen, die das Internet in Innen- und Außenpolitik sowie bei Konflikten im Innern oder auf internationaler Ebene spielt,
- einige relevante Prognosen über die Zukunft des Internet zu machen,
- daraus Implikationen und Folgerungen für SO/LIC¹ und für das DoD insgesamt abzuleiten.

Rahmen

Die Diskussion in dieser Betrachtung ist nicht-technisch. Sie wendet sich an mit dem Internet vertraute Rezipienten ebenso wie an solche, die es nicht sind. Aspekte, die eher die soziale und kommerzielle Nutzung betreffen als eine Nutzung, die mit der nationalen Sicherheit zusammenhängt, werden erwähnt, um eine Einschätzung der immer größeren Bedeutung des Internets in den täglichen Verrichtungen von Individuen und Institutionen zu ermöglichen sowie seiner Fähigkeit, ein großes Publikum zu erreichen,.

Was ist das Internet

Die Basisfunktionen des Internets, wie es heute benutzt wird, sind: eMails senden und empfangen, newsgroups, direkte online-Kommunikation (Internet Relay Chat IRC), Websites aufsuchen, Dateien herunterladen, Hypertextfunktion und Abrufen von Bildern und Musikstücken. Die Teilnehmerziffer wird derzeit auf 20 Mio. geschätzt und für das Jahr 2000 auf 100 Mio. Gründe für diese rapide Entwicklung sind u.a.: einfachere, nutzerfreundlichere Technik, die auch Computereinlaien die Teilnahme erlaubt, Sinken der Kosten, starkes Ansteigen des Volumens der verfügbaren Nachrichten und universelle Verbreitung, schließlich das „Prestige – die Ermunterung durch den Nimbus, mit dem das Internet von der Clinton-Administration umgeben wird“.

Es gibt keine zentrale Autorität, die das Internet verwaltet. Die Teilnahme geschieht auf einer freiwilligen und kooperativen Basis, verlangt werden nur die technischen Standards, die für eine Präsenz erforderlich sind. Die Internet-Gesellschaft in Fairfax (Virginia) spielt eine integrative Rolle und setzt diese

¹ Special Operations (SO) Low-Intensity Conflict (LIC). [in diesem Text stammen alle Fußnoten von der Red.]

technischen Standards fest. Die finanziellen Grundlagen für die Verbindungen stellen zum Teil die Regierungen (z. B. hat die National Science Foundation das nationale Hochgeschwindigkeitsnetz² finanziert) und zum Teil Nichtregierungsorganisationen wie etwa Universitäten oder Körperschaften.

Bulletin Board Systeme

Ein Bulletin Board System (BBS) ist ein Personalcomputer, auf dem sehr komplizierte, aber kostengünstige Software installiert ist und mit dem die Menschen sich mit ihrem eigenen Computer über das Telefonnetz in Verbindung setzen können. In der Regel 24 Stunden am Tag verfügbar, erlaubt ein BBS jedem Anrufer, eMails zu lesen, zu beantworten, selbst welche zu schicken, Textfiles (Bulletins) zu lesen, und andere Arten von Files auszutauschen wie Computerprogramme oder Grafiken. Im Prinzip kann jedermann, sogar ein Student, ein BBS einrichten und betreiben.

In der Regel hat ein BBS ein spezifisches Thema, wie etwa Amateurfunk, Angeln, Religion oder Computerspiele. Viele BBS haben politische Themen. Im Gebiet von Washington gibt es ein BBS für die „Christliche Rechte“, ein BBS, in dem konservative Kritiken über angeblich liberale Tendenzen in den Nachrichtenmedien zu lesen sind, BBS, die die Rechte von Schwulen oder Frauen vertreten und viele andere. Jedermann kann ein Manifest oder andere politische Texte verfassen und sie online plazieren, indem er ein BBS benutzt und sie damit einem großen Publikum zugänglich machen.

Gegenwärtige Trends

Zu den wichtigen gegenwärtigen Trends ist vor allem einmal die Verbreitung des Zugangs zum Internet im privaten und geschäftlichen Leben zu zählen, die schon fast derjenigen des Telefons gleichkommt. Zum anderen hat die interne Kommunikation via Internet oder Intranet zur Folge, daß viel mehr persönliche Kontakte zustande kommen und die Pyramide der Hierarchie, selbst in militärischen Organisationen, sich verflacht, weil jeder mit jedem direkt in Verbindung tritt. Weiterhin bietet das Internet in zunehmendem Maße den Zugang zu Datenbanken und damit zu spezialisiertem Fachwissen über alle nur möglichen Fragen und Themen. Nahezu alle Institutio-

² Gemeint ist das sogenannte *Internet 2 (I2)*, das auf der Grundlage einer neuen Übertragungstechnik, für die das sogenannte *Abilene*-Projekt zuständig ist, im Aufbau begriffen ist. Beide Projekte werden in Zusammenarbeit von etwa 150 Universitätsinstituten und allen großen Hard- und Softwarefirmen der USA entwickelt. I2 arbeitet mit um ein Vielfaches höheren Übertragungsgeschwindigkeiten und ist ein rein amerikanisches Projekt. Informationen über das I2 sind auf der Homepage www.internet2.edu verfügbar.

nen, Zeitungsredaktionen, Organisationen oder Behörden (einschließlich des DoD) bieten Informationen und ausführliche Datensammlungen im Internet an, mit der Möglichkeit, sich direkt mit Fragen an die jeweilige Stelle zu wenden.

Internet-Nutzer, die an speziellen Themen interessiert sind, nehmen an „Konferenzen“³ zu diesen Themen teil. Diese Konferenzen bestehen aus Nachrichtensammlungen, die eine ausführliche Diskussion umfassen. Derzeit gibt es etwa 10.000 solcher Konferenzen verschiedener Form, die über das Internet zugänglich sind. Es gibt sie zu jedem vorstellbaren Thema, das einen Menschen interessieren kann. In den Konferenzen findet man einmalige Fachleute, Informationen und Ratschläge, die nirgendwo sonst so bequem und billig zu haben sind. Einige der am intensivsten arbeitenden Konferenzen sind diejenigen, die sich aktuellen Ereignissen und politischen Debatten widmen. Zu jeder Zeit findet eine riesige Anzahl von Debatten über die Tagesneuigkeiten statt. Meinungen, die das gesamte politische Spektrum umfassen, von der extremen Rechten zur äußersten Linken, aus allen Ländern. Wann immer ein wichtiges Ereignis stattfindet wie eine Wahl oder ein Konflikt, oder auch eine Naturkatastrophe, gibt es ein fast „ohrenbetäubendes Gebrüll“ von Kommentaren im Internet. Zu den Teilnehmern der internationalen Konferenzen gehören Journalisten, Professoren, Politikwissenschaftler und Politiker.

Diese Internetkonferenzen stellen ein einzigartiges Medium dar für die zwischenmenschliche Kommunikation.

Usenet (eines der Internet-Konferenzsysteme) ist ein Ort der Konversation oder Veröffentlichung, einem riesigen Kaffeehaus vergleichbar mit tausend Zimmern; es ist auch eine weltweite digitale Version des Speaker's Corner im Londoner Hyde Park, eine Sammlung unredigierter Leserbriefe, ein freischwebender Flohmarkt, ein riesiger Jahrmärkte der Eitelkeiten und ein Zusammenschluß der merkwürdigsten Spezialistengruppen der Welt. Es ist ein Massenmedium, weil jedes Stück Information, das ins Netz gestellt wird, potentiell Millionen erreicht. [Rheingold]⁴

Viele der Probleme, die in den Konferenzen aufgeworfen werden, betreffen laufende militärische Operationen, an denen das DoD beteiligt ist. Oft werden dabei inkorrekte Behauptungen aufgestellt. Sie beinhalten falsche Darstellungen der Position der USA und grobe Verzerrungen der jeweiligen Situation, was nicht überraschend ist. Indessen vergrößert die weite Verbreitung dieser falschen Angaben den Grad ihrer Wirkung auf die öffentliche Meinung.

Weltweit gesehen sind die Amerikaner die eifrigsten Nutzer des Internet, und die Anzahl amerikanischer Haushalte mit PCs und Modems wächst

³ Inzwischen hat sich dafür der Ausdruck „newsgroups“ eingebürgert.

⁴ Siehe die Bibliographie am Ende. Das Original gibt keine genauen Seitenzahlen.

schnell. Der Gebrauch des Internet ist in Europa weniger weit verbreitet, aber trotzdem nicht unbedeutend, und ebenfalls schnell wachsend. In der nichtentwickelten Welt, vor allem gerade in den Staaten, in denen zukünftige Konflikte zu erwarten sind, haben außer Regierungsbeamten, Geschäftsleuten, Lehrern und einigen anderen beruflich einschlägig Tätigen wenige Individuen Zugang zum Internet. Trotzdem gibt es in allen südamerikanischen und in zwei Dritteln aller afrikanischen Staaten mindestens einen Internetanschluß [nach Fine-mann]. Es gibt ein internationales Projekt, dessen Ziel die Ausbreitung des Internets auf die unentwickelte Welt ist, aber ein Fortschritt ist nur langsam zu erwarten.

Die Gefahr von „Hackern“ und von Computerviren ist groß, besonders für das DoD. Dort wird an Gegenmaßnahmen, „firewalls“ genannt, gearbeitet. Weltweit gibt es eine Art Wettrüsten der Entwickler von Antiviren-Software und der Entwickler von Viren.

Das Internet und die amerikanische Innenpolitik

Die Clinton-Regierung hat das Internet als eine Möglichkeit direkter politischer Kommunikation mit dem Wahlvolk aufgegriffen. Mittels der eMail-Adresse des Präsidenten president@whitehouse.gov kann jeder, der einen Zugang zum Internet hat, eine Botschaft an den Stab des Präsidenten senden. Etwa 5.000 eMails treffen wöchentlich im Weißen Haus ein. Mitarbeiter lesen jede Botschaft, sortieren sie nach Problembereichen und nach der vorgebrachten Meinung und senden eine Standard-Antwort. Dies ist Teil einer ziemlich ausgeklügelten politischen Strategie:

Für eine bestimmte Gruppe von technisch gebildeten Mitarbeitern des Weißen Hauses ... ist das Netz nicht nur ein Apparat für den Postempfang. Es hat sich als ein ausgereiftes Forum herausgestellt, auf dem die politischen Angelegenheiten des Landes verhandelt werden. Während die große Mehrheit der Bevölkerung ihren Anteil an der politischen Information aus dem Fernsehen oder den Zeitungen bezieht, sind die Bürger des Netzes direkt mit der Regierung verbunden. Täglich können sie einen Stapel neuer politischer Papiere herunterladen und lesen: Reden, Nachschriften von Gesprächen, die dutzendweise von den Ministerien der Clinton-Regierung herausgegeben werden. Früher konnten nur Reporter und Lobbyisten diese Dokumente sehen. ... Mitarbeiter des Weißen Hauses neigen dazu, das Netz als ein Gegengewicht gegenüber den außer Kontrolle geratenen Massenmedien und die Washingtoner Presse zu sehen. Und sie glauben, daß das Publikum dies auch so sieht – daß sich gegen die Medien ebensoviel Ärger angesammelt hat wie gegen die Regierung. ... Durch eine wachsende Präsenz im Netz macht die Clinton-Administration eine besondere Anstrengung, die Medien schließlich auszustechen. Es ist nicht überraschend, daß das Pressecorps inner-

halb der Umgehungsstraßen bei der Idee nicht ganz wohl ist, seine Rolle als Filter, durch das die Leute die Regierung sehen, aufzugeben. [Schwartz]

Das Weiße Haus wertet tatsächlich den Inhalt aller diese eMails aus:

Die eMails sind alle ordentlich auf dem Computernetz des Weißen Hauses gespeichert, und die Mitarbeiter können sie nach Stichworten durchsuchen wie z.B. „Gesundheitswesen“, „Persischer Golf“ usw. Das erlaubt es den Mitarbeitern, sofort herauszufinden, welche Probleme den Leuten am meisten am Herzen liegen. [Schwartz]

Sie sehen die Interaktion mit der Öffentlichkeit als eine positive Kraft:

Jonathan ‚Jock‘ Gill, ein früherer Manager bei der Lotus Development Corp., der jetzt in dem Office of Media Affairs arbeitet, ist begeistert davon, die Technik zum Lichten des dicken Nebels von Zynismus in Amerika nutzen zu können. Er glaubt, daß das Netz den ‚Ideenraum‘, in dem der öffentliche Diskurs stattfindet, erheblich erweitern kann. Anstatt einigen wenigen Sprechern (talking heads) im Fernsehen zuzuhören, können sich die Bürger nun an ihre Computer setzen und sowohl miteinander als auch mit offiziellen Regierungsleuten direkte Gespräche führen. ... Gills Ziel ist, ‚jedermann in der Regierung einen Namen, ein Gesicht und einen Kontaktpunkt zu geben‘. Der Grund dafür, daß die Öffentlichkeit in den letzten Jahren die Verbindung mit der Regierung verloren hatte, liege darin, so meint er, daß diese außerhalb der Reichweite des einfachen Bürgers gerückt war. [Schwartz]

Diese direkte Zwei-Wege-Interaktion zwischen den Zinnen der Bundesregierung und dem einfachen Bürger ist höchst bedeutsam. Das Übergehen von parlamentarischer Vertretung im Kongreß, von Wahlgängen und Nachrichtenmedien bewirkt eine Gegenwirkung zu jeder Art von Verdrehung und Filtrierung, die solche Instanzen sonst vornehmen könnten. Es ist wahrscheinlich das erste Mal in der Geschichte unserer Nation, daß ein solches Phänomen in vergleichbarem Ausmaß vorgekommen ist. Wenn es sich langfristig entwickelt, kann es den politischen Prozeß grundlegend verändern. Möglich ist aber auch, daß künftige Regierungen diese Mechanismen nicht mit solchem Nachdruck fördern.

Auch Staatsmänner kommunizieren bereits direkt übers Netz miteinander, wie das Beispiel des schwedischen Ministerpräsidenten Carl Bildt zeigt, der 1994 als erstes Staatsoberhaupt an Präsident Clinton ein eMail schickte („Dear Bill“), um ihm zur Aufhebung des Embargos gegen Vietnam zu gratulieren. Der Sprecher des Repräsentantenhauses hat eine Richtlinie erlassen, derzufolge alle Gesetzesentwürfe im Wortlaut ins Internet gestellt werden müssen.

Das Thema des Internets als Gefahr für die etablierten Massenmedien wird in der Literatur allgemein diskutiert.

(...) Für Generationen waren die führenden Tageszeitungen nationale Torhüter (gate keeper) der Information, sie entschieden darüber, welche der vielen Millio-

nen Meldungen Einlaß fanden und im ganzen Land bekannt gemacht wurden. Ausgerüstet mit einer relativ preiswerten Technologie merken Millionen von Amerikanern jetzt, daß sie die Torhüter nicht mehr brauchen. Zum ersten Mal haben sie die Freiheit, selbst in den Meldungen herumzupicken und auszuwählen und ihre eigenen Ansichten dazu auszutauschen. Sie zapfen die elektronischen Nachrichtendienste nach eigenem Gutdünken an, rufen sich von den Geschichten, die sie interessieren, weitere Einzelheiten auf und berichten dann einander direkt über ihre politischen Wünsche oder kulturellen Leidenschaften. Die newsgroups verbreiten nicht nur Nachrichten und bilden neue Gemeinschaften, sie formen Wertvorstellungen und öffentliche Ansichten ohne Hilfe der Torhüter – derjenigen, die uns immer gesagt haben, welche die Informationen sind und was wir über sie zu denken haben. (...) Für Journalisten bedeutet eine solche Interaktion (wie sie online geschieht) die Aufgabe der Kontrolle und die Teilung der Macht, alles Dinge, welche Journalisten nicht gelernt haben. Auch wenn einzelne Reporter darum kämpfen, von den Lesern und Zuschauern eine Antwort zu erhalten und darauf erwidern zu können, so ist der Journalismus insgesamt doch nicht benutzerfreundlich. Seine institutionelle Struktur ist Menschen gegenüber feindlich eingestellt, die mit seinen Vertretern kommunizieren oder über Inhalte diskutieren wollen. Selten antworten Reporter den Rezipienten und der Wählerschaft so, wie sie es von den Politikern erwarten. Die meisten Medienorganisationen glauben, daß sie besser als ihre Leserschaft wissen, was gut und angemessen für sie ist. [Katz]

Manche Zeitungen und Zeitschriften haben sich entschlossen, selbst ins Netz zu gehen. Dort müssen sie dann erleben, daß sie von Nichtjournalisten herausgefordert und für Fehler zur Rede gestellt werden. Time ist es gelungen, ihre Website zu einem regelrechten Forum engagierter Debatten zu machen, was sich auch auf den Inhalt der Zeitschrift ausgewirkt hat.

Ein anderes populäres Konzept ist die *elektronische Demokratie*, mittels derer amerikanische Bürger einflußreichere Teilnehmer am Entscheidungsprozeß werden können, indem sie ihre Meinung durch das Internet bekanntgeben:

Die ‚elektronische Demokratie‘ wurde durch zwei sich überschneidende Abneigungen provoziert – gegen Bürokraten und gegen Politiker – und inspiriert von zwei Ideen, diese Leute sympathischer zu machen. Die erste beschwört eine Welt, in welcher der finster blickende Bedienstete hinter seinem Schreibtisch ersetzt ist durch einen einfach zu bedienenden Bildschirm, der alle Informationen der Regierung auf Mausclick verfügbar macht. Die zweite Idee ist, Politiker ihren Wählern gegenüber so verantwortlich und erreichbar zu machen, wie Perikles es in der winzigen Demokratie von Athen war. [Economist]

Das Idealbild ist, daß jeder einfache Bürger zu den Entscheidungen der Regierung mehr beisteuert und auf sie mehr Einfluß hat. Über ... eMail, newsgroups und sofortige Feedback-Möglichkeiten können Vertreter der Regierung genauer wissen, was ihre Wählerschaft will. ... Bei sofortiger Information über die Aktionen der Entscheidungsträger und der Möglichkeit einer direkten Reaktion von erzürnten Wählern würden viele unserer Politiker ein Rückgrat-Implantat brauchen, ehe harte Entscheidungen getroffen werden können. [Varn]

Einiger Verfechter der elektronischen Demokratie haben sogar die Vision von online-Wahlen und -Volksentscheiden:

Natürlich erleichtern die neuen Technologien neue Formen des Wählens und so eine direkte Teilnahme. Zum Beispiel könnten die Leute, statt zu den Wahllokalen zu gehen, von zu Hause aus wählen. Mit solchen bequemeren und billigeren Wahlverfahren kann man erwarten, daß mehr Leute zur Wahl gehen und daß über mehr Probleme abgestimmt werden kann. Referenden und Umfragen würden sich stark vermehren. [Snider]

Andere Beobachter sind da skeptischer:

Wir würden in Schwierigkeiten kommen, wenn Politiker der Versuchung nicht widerstehen können, das Volk über einzelne Maßnahmen elektronisch abstimmen zu lassen. Wenn die Amerikaner dafür nicht mehr Freizeit erhalten, haben sie einfach keine Zeit, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Deshalb wählen wir die Politiker, damit sie sich um unsere Angelegenheiten kümmern und gehen dann an unsere eigenen Arbeiten. Wenn uns nicht gefällt, wie sie ihren Job machen, dann schmeißen wir sie aus ihren Ämtern. Ich bin skeptisch Leuten gegenüber, die glauben, das ganze Land könnte funktionieren wie das Internet. Zu entscheiden, welche neue newsgroup eingerichtet werden soll, ist nicht ganz dasselbe wie über die Todesstrafe oder Abtreibungsgesetze abzustimmen. Die Konsequenzen sind ein wenig dauerhafter. [Internet Unleashed]

Noch andere befürchten Kontrollen von der Art des „Big Brother“ über den politischen Prozeß:

Politiker werden ihre Raffinesse bei der Manipulation der Präsentation ihrer Aktionen nach und nach steigern. Informationsdatenbanken über die Wählerschaft können genutzt werden, um Informationen und Meinungen zu manipulieren. [Vam]

Wie wissen wir, ob die Stimmabgabe über Computer geheim ist? Vielleicht wird sie auf einer Festplatte neben unserem Namen gespeichert. ... Eine Regierung oder ein einfacher Computerhacker könnte eine ganze Wahl neu schreiben, für Geld, aus politischen Motiven oder als Jux. [Bacard] (...)

Das Internet hat in mehreren lokalen Wahlen eine wichtige Rolle gespielt. In diesen Wahlen waren die Kandidaten gezwungen, sich online zu präsentieren und sich gezielten Fragen von Wählern zu stellen.

Es gibt viele Geschichten, die beweisen, daß Organisatoren, die ins Netz gehen, keine großen Menschenmengen brauchen, um effektiv zu sein. Schon mehrmals sind Kandidaten durch eine Kampagne im Internet bei Wahlen durchgefallen. Natürlich kann das Internet auch dazu benutzt werden, Interessengruppen zu bilden und zu konsolidieren (z.B. LatinoNet, das eine erfolgreiche Lobbyarbeit für die lateinamerikanische Minderheit in den USA betreibt).

Somit ist das Internet höchst attraktiv für Aktivisten, die eine populistische Herangehensweise den traditionellen Regeln vorziehen, die Wahlen von Ver-

treten und die Einflußnahme auf diese vorsehen. Beispiele für online-Aktivismus durch politische Gruppen gibt es massenhaft:

Noch bevor *Gun Talk*, ein elektronisches bulletin board des „Instituts für legislative Aktionen“ der „National Rifle Association“ NRA-ILA⁵, online ging, wurde die Wichtigkeit schneller Kommunikation letzten September unter Beweis gestellt, als die Nachricht über vorgesehene Pressekonferenzen für das Brady-Gesetz, veranstaltet von der Handgun Control Inc., über die gesamten Vereinigten Staaten über Computer Bulletin Boards der Kreise für das Recht auf freien Waffenbesitz verbreitet wurde. Aktivisten des Second Amendments⁶ arbeiteten fieberhaft übers Wochenende, unsere Kräfte zu mobilisieren. In einer Stadt nach der anderen sahen sich, als die Pressekonferenzen begannen, die Waffengegner einer Mehrheit von Befürwortern gegenüber, die als Bürger ihr Recht wahrnahmen, an einem öffentlichen Ereignis teilzunehmen. In einer Stadt verkündete der Senator, der sich freiwillig gemeldet hatte, die Pro-Brady-Pressekonferenz zu leiten, angesichts der großen Menge von für das Recht eintretenden Bürgern, daß die Brady-Bill nichts gutes bewirken werde. [Kopel]

Weitere Beispiele beweisen, daß das Internet längst zu einem effektiven Werkzeug der Durchsetzung politischer Ziele durch Aktivisten der verschiedensten Organisationen und sogar von Einzelpersonen geworden ist.

Nach einem Bericht des *Wall Street Journal*

gehen Randgruppen zunehmend online, um Anhänger zu suchen und sich im Internet bemerkbar zu machen. Die weitreichenden links des Netzes und seine preiswerte Installation sind ein Segen für obskure Gruppen, die es sich nicht leisten können, für ihre Störmanöver die Post zu benutzen. ... Je mehr eine Gruppe aus der allgemeinen Öffentlichkeit (mainstream) verdrängt wird, umso wahrscheinlicher ist es, daß sie online geht. ... Das Simon Wiesenthal Zentrum, das Haßgruppen beobachtet ... hat etwa 250 Haßgruppen in den USA ausfindig gemacht und meint, daß über 50 davon online kommunizieren. Andere Experten halten die Anzahl für bedeutend höher. [Sandberg]

Und noch weitere Interessengruppen sind online etabliert. Verschwörungstheoretiker tauschen eMails aus mit ihren oft bizarren Theorien von Verschwörungen, die von den USA und im besonderen vom DoD durchgeführt würden. Eine viel besser organisierte Gruppe, das Mutual UFO Netzwerk (MUFON), hat ein eigenes Computernetzwerk mit einem Zugang zum Internet. Viele der

⁵ NRA (National Rifle Association): mächtige Organisation, die bis jetzt jeden Versuch scheitern ließ, den freien Waffenverkauf in den USA auch nur minimal einzuschränken.

⁶ Amendments sind Verfassungszusätze, die bei der Verabschiedung der ersten US-amerikanischen Verfassung 1791 mit beschlossen wurden. Das zweite amendment befaßt sich mit dem Recht auf individuellen Waffenbesitz. Es spricht kein eindeutiges Verbot aus, wird deshalb von interessierten Kreisen wie der NRA so ausgelegt, als formuliere es ein Grundrecht. Vgl. Raetzel 1995, Band 1, S. 246. – Die Brady-Bill war einer von vielen gescheiterten Versuchen, eine Kontrolle einzuführen.

Mitteilungen auf diesem Netzwerk beziehen sich auf Militäroperationen der USA, von denen die Mitglieder glauben, sie hätten etwas mit der Suche nach und der Aufdeckung von Ereignissen zu tun, die mit UFOs zusammenhängen. Andere Botschaften enthalten Details über die Bemühungen von MUFON, Einrichtungen des DoD zu überwachen und dort Informationen über UFOs zu erhalten, von denen diese Leute glauben, daß sie existieren, aber geheimgehalten werden.

Die relativ fortgeschrittene Rolle, die das Internet in der amerikanischen Innenpolitik spielt, vermittelt einen Eindruck davon, was anderen Nationen in Zukunft erleben könnten. Ihre andersartigen politischen Systeme könnten zwar die spezifische Rolle des Internet in ihrem Land gegenüber derjenigen, die es in den USA spielt, verändern, aber seine aufrüttelnde Wirkung ist universal.

Das Internet und der internationale politische Aktivismus

Viele Kommentatoren und Aktivisten glauben, daß das Internet eine wachsende Rolle als Katalysator in den internationalen Beziehungen spielen wird:

Wir bewegen uns auf eine Ära zu, in der politische Entscheidungen in einer Reihe von Gebieten einen supranationalen Charakter annehmen werden. Und wir werden nicht länger in der Lage sein, es der altherwürdigen Doktrin der staatlichen Souveränität zu erlauben, gewisse unumgänglich gebotene Maßnahmen zu behindern. ... Ich denke, daß das Internet, dieses große System, das alle die verschiedenen Informationstechnologien und -dienste weltweit miteinander verbindet, der geeignete Schauplatz ist – eine große, globale Bühne sozusagen – auf der viele Veränderungen verwirklicht und Ideen ausgetauscht werden können. ... Gerade jetzt bin ich sehr daran interessiert, das Internet und seine Möglichkeit zu nutzen, elektronische Petitionen weiterzuleiten, mit der Absicht, die UNO zu stärken. ... Ich bin auch daran interessiert, einen weltweiten Gerichtshof zu entwickeln, nicht wie jener, der bereits existiert, sondern einen weltweiten Gerichtshof der öffentlichen Meinung, an den sich die Leute wenden können. Man könnte auf diese Weise eine weltweite Befragung im Cyberspace durchführen und dieses Medium nutzen, die Meinungen zu sammeln und dann zu veröffentlichen und die Ergebnisse zu propagieren, so daß sie dann ihren Weg finden würden in die andren Medien rund um die Welt und anerkannt werden müßten als ein gewichtiges Segment der öffentlichen Weltmeinung. Darüber hinaus glaube ich, daß wir mit dem Internet eine Art politischen Frühwarnsystems aufbauen könnten. Als wir früher den Kalten Krieg führten, hatten wir so ein Frühwarnsystem, mit Sensoren und Monitoren vom einen Ende Kanadas bis zum anderen, das uns vor herannahenden Raketen aus der Sowjetunion warnte. Mit dem Internet könnten wir Warnungsstationen rund um die Welt aufbauen, so daß wir, noch ehe eine Situation kritisch wird wie in Ruanda, wissen würden, daß sich dort etwas zusammenbraut, daß dort ein Stamm den anderen zu vernichten droht (so der frühere Präsidentschaftskandidat John Anderson). [Long]

... wenn die im Internet verfügbaren Quellen – über den tieferen Sinn des Lebens anderer Menschen und Information, die von ihnen direkt stammen und die es zu prüfen und auszuwerten gilt – wenn diese Dinge wirken und die Phantasie derer stärken, die sie nutzen –, ja, dann haben Sie etwas in der Hand, das von großer Bedeutung sein wird für die Sache des Weltfriedens. Denn sehen Sie, der Schlüssel zum Mitleid und zur Motivation für moralisches Handeln ist die Fähigkeit, sich das Leben anderer vorzustellen, wie es sich anfühlt, diese Person in jenem Krieg, jener Hungersnot, im Gefängnis oder politisch unterdrückt zu sein. (Pater Andrew Greely) [Long]

(...)

Der Zugang zu alternativen Formen der Information und, noch wichtiger, die Macht, andere mit seinen eigenen Alternativen zur offiziellen Sicht der Dinge zu erreichen, sind, von ihrer Natur her, politische Phänomene. Änderungen in Form und Ausmaß des Zugangs zur Information sind Anzeichen für Änderungen in Form und Ausmaß der Machtverteilung unter verschiedenen Gruppen. Die Reichweite des Netzes weitet sich, wie die Reichweite des Fernsehens, auf die urbanisierten Teile der ganzen Welt aus (und in wachsendem Maß auch auf abgelegene, aber an Telefonnetz angeschlossene ländliche Vorposten). Es kann nicht nur jeder Netzknotenpunkt Inhalte in das übrige Netz weiterleiten und einführen, sondern auch der mikrigste Computer kann diese Inhalte in verschiedenster Weise verarbeiten, nachdem sie im heimischen Knotenpunkt angekommen sind und ehe sie von dort aus wieder weitergeleitet werden. [Rheingold]

Die Entwicklung der Kommunikationstechnologien hat die Möglichkeiten einer globalen Bürgergesellschaft entscheidend verändert, Koalitionen und Netze aufzubauen. In früheren Zeiten entstanden Informationsbündel zwischen Nationen/Staaten, Kolonialreichen, regionalen Wirtschaftsgebieten oder Allianzen – z.B. dem mittelalterlichen Europa, der arabischen Welt, China und Japan, den westafrikanischen Königreichen, den karibischen Sklaven- und Zuckerökonomien. Heute haben neue und ebenso starke Mächte die Weltbühne betreten – die Bewegung zur Rettung des Regenwaldes, die Menschenrechtsbewegung, die Kampagne gegen den Waffenhandel, alternative Nachrichtenagenturen und planarische Computernetzwerke. (zitiert in [Rheingold])

Das Internet spielt eine immer wichtigere Rolle in der internationalen Politik. Ein höchst bedeutsamer Effekt der Internetnutzung in Übersee ist die Ausschaltung der Informationskontrolle autoritärer Regimes gegenüber ihren Bürgern:

Unzweifelhaft hat Cyberspace ein großes subversives Potential. Das Internet gibt Individuen Möglichkeiten der Veröffentlichung, von denen man bislang nur geträumt hat. Sie können ein Buch schreiben, ein Manifest, und es frei an Hunderte oder Tausende in der ganzen Welt vertreiben. Theoretisch ist damit jegliche nationale Zensur obsolet geworden, solange es Telefonverbindungen gibt. [Jenkins]

Viele Beispiele belegen diese Rolle des Internet bei der Umgehung von staatlicher Zensur durch oppositionelle Gruppen vor allem in Asien, wo es, wie ein thailändischer oppositioneller Student es ausdrückt, „eine Lücke füllt“. So spielte das Netz eine Rolle bei oppositionellen Aktivitäten in

China (Studentenbewegung), Rußland (Bulletin Boards und kommerzielle online-Dienste) usw. Auch in konkreten Konflikten der jüngsten Vergangenheit haben Internet-Aktivitäten eine Rolle gespielt, so in Sarajewo, beim gescheiterten Putsch in Moskau 1991, im Golfkrieg, auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Beijing. – Ganz allgemein ist das Internet zum Kommunikations- und Publikationssystem der verschiedensten Protestgruppen und politischen Aktivisten geworden, z.B. Gewerkschaften in autoritären Staaten, Neonazigruppen in Deutschland, mexikanische Untergrundorganisationen (Zapatisten) usw. Besondere Beachtung verdienen die beiden „größten und aktivsten internationalen politischen Organisation, das in San Francisco ansässige Institute for Global Communication (IGC) und die Association for Progressive Communications (APC)“. APC ist ein Dachverband, der in 130 Ländern tätig ist, IGC ist die amerikanische Unterorganisation. IGC unterhält verschiedene Netzwerke: PeaceNet, EcoNet, ConflitNet und LaborNet, die alle für den Schutz der Umwelt, des Friedens und der Menschenrechte arbeiten und ihre Dienste auch Nichtregierungsorganisationen(NGO) anbieten.

Einige Prognosen

Für die nächsten fünf bis zwanzig Jahre sehe ich folgende Entwicklungen:

Neue politische Parteien werden entstehen, die über das Internet arbeiten

Das Zusammenkommen großer Gruppen von Menschen ähnlicher politischer Meinungen durch das Internet könnte die Entwicklung von politischen Blöcken oder Parteien zur Folge haben, deren einziges Interaktionsmittel das Internet ist. Virtuelle Parteitage werden im Internet stattfinden, auf denen über Parteiprogramme entschieden wird und Kandidaten für Ämter gewählt werden. Diese Aktivisten werden dann durch das Ausüben eines Amtes, für das sie eine elektronische Wählerschaft repräsentieren, in die „physikalische“ Welt eingreifen. Virtuelle politische Parteien werden ad-hoc entstehen und über eine lange Zeit nicht wie die konventionellen Parteien institutionalisiert werden. Sie können nur auf ein bestimmtes oder nur wenige Probleme orientiert sein und sich sofort auflösen, wenn das gestellte Ziel erreicht ist. Sie werden auch keine politischen oder geographischen Grenzen respektieren. Elektronische Parteien werden lokale, landesweite oder staatliche Grenzen überschreiten. Die Mitgliedschaft und die Aktivitäten in diesen Parteien werden auf globalem Maßstab funktionieren. Ihre Präsenz wird in steigendem Maß in den internationalen politischen Beziehungen zwischen Nationen und den internationalen Fragen spürbar werden. Durch die Verbreitung dieser Parteien wird die politische Szene wesentlich komplexer werden und vielfältige politische Auseinandersetzungen

werden im Cyberspace stattfinden. Aufgrund der umgehenden Verbreitung von Nachrichten über aktuelle Ereignisse an die Mitglieder und der Möglichkeit, per eMail sofort zu antworten, wären diese Parteien in der Lage, fast augenblicklichen auf Entwicklungen zu reagieren, die ihre Interessen berühren. Diese Reaktionsgeschwindigkeit wird ihnen einen Einfluß verschaffen, der unangemessen groß ist im Vergleich zur tatsächlichen Zahl ihrer Mitglieder.

Obwohl es grundsätzlich unmöglich sein wird, in diesen halbformellen, ungenau definierten Organisationen eine Parteidisziplin durchzusetzen, wird von ihnen ein beträchtlicher politischer Druck ausgehen, wenn eine größere Anzahl von Mitgliedern bestimmte Positionen unterstützen. Koalitionen aufgrund der Übereinstimmung über eine einzelne Frage zwischen verschiedenen Parteien mit ähnlichen Interessen werden ihre Macht stärken. Auch die Parteienfinanzierung wird problematisch, denn die Mitglieder könnten sich scheuen, Geld an einen „virtuellen“ Kassenwart zu überweisen für eine Partei, deren Existenz ohne Vorwarnung zu Ende gehen könnte. Jedoch werden solche Parteien nur bescheidene finanzielle Mittel brauchen, im Vergleich zu den geläufigen konventionellen Parteien, wenn die meisten ihrer Aktivitäten sich im Netz abspielen. Die einzigen wirklichen Kosten würden entstehen durch Aktionen, durch die Parteiführer mit der „realen Welt“ des Kongresses oder des Weißen Hauses in Kontakt treten. Lobbyismus, Werbung, Mitgliederrekrutierung, Wahlen und die meisten anderen Parteiativitäten werden fast ausschließlich im Internet stattfinden mit kaum nennenswerten Kosten.

Politische Gruppen, deren Operationen durch das Internet koordiniert sind, werden verwundbar sein durch falsche Nachrichten, die von oppositionellen Gruppen eingeschleust werden. Dies wird die Verbreitung von verschlüsselten Nachrichten zur Folge haben. Dennoch werden diese Gruppen sich dem Dilemma gegenübersehen, daß verschlüsselte Nachrichten ein größeres Publikum ausschließen, von dem sie sich eigentlich Sympathien und Unterstützung erhoffen.

Das Monopol der traditionellen Massenmedien wird ausgehöhlt

Nicht länger werden Herausgeber von Tageszeitungen und Nachrichtenredakteure (*anchorpersons*) von Fernsehkanälen allein festlegen, was das Massenpublikum erfährt und über aktuellen Ereignisse denkt. Ungefilterte Nachrichten von lokalen, nationalen und internationalen Sendern und alternativen Quellen, von unabhängigen individuellen Beobachtern, die einzeln auf den Schauplätzen der Ereignisse berichten, all das wird Internetnutzern zugänglich sein. Die Fil-

terung und Ausrichtung der Nachrichten, die die traditionellen Medien vornehmen, wird bis zu einem gewissen Ausmaß abgelöst durch die direkte Rezeption von nicht-analysierten Informationen durch das Massenpublikum, was den Einfluß einschränken wird, den diese Medien haben. Ein zunehmend skeptischeres Publikum wird in der Lage sein, ungefilterte Berichte mit den vorverdauten, unvollständigen, aus dem Kontext gelösten und manchmal voreingenommenen Darbietungen des Fernsehens und der Presse zu vergleichen. Einige der Massenmedien werden versuchen, ihre traditionelle Rolle auf das Internet zu übertragen, und dies wird mißlingen, denn hier werden sie gegenüber dem Publikum keinen Vorteil mehr haben. Eine weitere Konsequenz daraus ist, daß der durchschnittliche Nachrichtenkonsument im Internet eine viel breitere Kenntnis der weltweiten aktuellen Entwicklungen als jetzt und viel eher eine Meinung zu überseeischen Verhältnissen haben dürfte. Das soll nicht heißen, daß die traditionellen Massenmedien ihr Publikum verlieren und unbedeutend werden. Sie werden weiterhin eine Hauptrolle im nationalen Nachrichtenfluß spielen. Aber sie werden bedeutend an Boden verlieren zugunsten alternativer Quellen und alternativer Interpretationen, die im Internet zirkulieren.

Kongreßabgeordnete und Beamte der Bundesinstitutionen werden unausweichlich gezwungen sein, ins Internet zu gehen.

Wenn Abgeordnete des Kongresses, die noch nicht im Internet sind, feststellen, daß andere Abgeordnete (seien es politische Rivalen oder Gegner) dort präsent sind, werden sie es ihnen nachzutun suchen. Vor allem wenn sie begreifen, daß sie in den elektronischen politischen Debatten angegriffen werden und daß sich im Cyberspace niemand findet, der sie verteidigt, oder, noch schlimmer, daß über sie überhaupt nicht geredet wird, werden sie es sich nicht leisten können, länger außen vor zu bleiben. (...)

Textorientierte eMails werden durch Video- und Audio-Botschaften ersetzt.

Als eine Folge der sinkenden Preise für qualitativ hochstehende Videokameras und der Entwicklungen in der Datenkompression bei der Videotechnik werden alle PCs in Zukunft mit kleinen Videokameras ausgerüstet sein, so wie heute jeder Computer mit einer Maus ausgestattet ist. Gleichzeitig wird die Übertra-

gungskapazität der Kommunikationsverbindungen durch die Einführung von Glasfaserkabeln beträchtlich erhöht.

Damit wird es möglich, den Computer und das Internet als ein leistungsfähiges Bildtelefon zu benutzen. Ebenfalls wird es möglich sein, etwa Texte durch Mimik und Körpersprache attraktiver zu gestalten, wie es ja jetzt schon durch konventionalisierte, aus Buchstaben und Satzzeichen zusammengesetzte Ikonen wie z.B. ;-) – dies bedeutet „Grinsen“ – ansatzweise möglich ist, einen Text mit einem persönlichen, vielleicht sogar distanzierenden Kommentar zu versehen.

Politische Gruppen werden das Propagandapotentiale von Video im Internet entdecken und Videoclips produzieren und verbreiten, die ihren Standpunkt unterstützen. Die Nutzer werden eine breite Palette von politischer Werbung in Form von Videodateien zu Verfügung haben. Gegnerische Gruppen werden einander Video-Propagandaschlachten liefern, die vollständig im Internet stattfinden.

Das Internet wird durch Regierungen als ein Werkzeug der Staatskunst benutzt werden

Die Regierungen von Peru und Ecuador waren die ersten, welche die internationale Diplomatie offiziell in die online-Welt einführten. Immer noch verbreiten die meisten Regierungen nur offizielle Verlautbarungen von ähnlicher Art, wie es die diplomatischen Vertretungen tun, mit Informationen über die Bevölkerung, die Kultur, die Industrie und das Geschäftsleben. Dies wird sich ändern.

Das Internet wird eine immer bedeutendere Rolle in internationalen Konflikten spielen.

Politische Diskussionen des online-Publikums überall und real-weltliche Aktivitäten von nationalen Führungspersonlichkeiten, Vertreter von elektronischen Parteien und Interessengruppen, weltweite Körperschaften wie die UNO, kommerzielle Unternehmen und individuelle politische Aktivisten werden durch das Internet Auftrieb erhalten. Laufende Informationen über Konflikte, von vor Ort befindlichen Beobachtern und aus alternativen Nachrichtenquellen werden durch ein weltweites Publikum aufgesogen und einen unmittelbar spürbaren Einfluß auf den Lauf der Ereignisse haben. Videoaufnahmen von militärischen Operationen werden durch billige Digital-Handkameras von örtlichen Beteiligten aufgenommen, ungeschnitten in Dateien umkopiert und dann in den globalen Informationsfluß eingeführt und erreichen so in Minuten ein Millio-

nenpublikum. Öffentliche Meinungsäußerungen und Aufrufe zur Aktion (oder dazu, Aktionen einzustellen) können formuliert werden, ehe nationale Führungen eine Position entwickeln oder auf die Entwicklungen reagieren können. Diese Faktoren werden die Arbeit der militärischen Kommandanturen beträchtlich erschweren, deren Aktionen einem bislang ungekannten Ausmaß an Kontrolle ausgesetzt sein werden.

Einschätzung

Die in Details ausgeführten Aspekte werden noch einmal zusammengefaßt unter folgenden Stichworten:

Politische Rolle

Geheimdienst

Unterstützung der politischen Arbeit

Unterstützung bei zivilen Programmen

Offensive Nutzung

Rolle in Konflikten

Empfehlungen

Zur Beachtung: Die hier aufgelisteten Empfehlungen sollen nur unter voller Beachtung von Geist und Buchstaben des Gesetzes ausgeführt werden und dürfen nicht die Privatsphäre amerikanischer Bürger verletzen.

- Alle hauptamtlichen Mitarbeiter des DoD und das Hilfspersonal sollten eine eMail-Adresse haben mit einem entsprechenden Zugang und einer benutzerfreundlichen Oberfläche.
- Jeder einzelne Auswerter in den Geheimdiensten des DoD sollte routinemäßig den (dem allgemeinen Publikum zugänglichen) Internetverkehr⁷ überwachen, der mit seinem Verantwortungsbereich zu tun hat. Die Geheimdienste sollen leistungsfähige interne Datenflußstrukturen schaffen, um sie mit diesem, in zweckdienlicher Weise gefilterten Verkehrsfluß zu versorgen.
- DoD-Geheimdienste sollen die Rolle des Internets erforschen bei der Koordination der Aktionen von politischen Aktivisten und paramilitärischen Gruppen in wichtigen Regionen.

⁷ Es wird das Wort „traffic“ benutzt, das auch „illegaler Handel“ bedeuten kann.

- Ein Frühwarnsystem sollte etabliert werden, bei dem das Internet zur Identifizierung bestimmter Entwicklungen in Übersee beitragen kann, die zu Bedrohungen der Sicherheit führen könnten.
- Beamte, die zivile Programme in Übersee planen und durchführen, sollten über alle Aktivisten informiert sein, die in ihrer Umgebung arbeiten und das Internet benutzen.
- Die Website über die zivilen Programme des OSD⁸ soll Feedback von Absendern entgegennehmen und Antworten geben unter Nutzung des vollen Potentials des Internets, um diese öffentlichen Programme des DoD zu unterstützen. Wenn es auch unpraktisch erscheint, auf jedes eintreffende eMail eine individuelle Antwort zu geben, so können doch statistische Auswertungen der Meinungen, die aufgrund einer großen Menge von Einsendungen erstellt werden, genutzt werden, periodisch DoD-Bulletins zusammenzustellen, die in allgemeiner Form auf sie eingehen. Dies würde dazu beitragen, innerhalb unserer begrenzten Möglichkeiten ein halb-interaktives Umfeld zu schaffen.
- Unter Beachtung aller Sicherheits- und Personenschutzvorschriften sollte allen DoD-Beamten, die die Politik des DoD gestalten, Zugang zu den Ratschlägen und Gedanken der Leute im Internet gegeben werden, die eine relevante Sachkenntnis aufweisen.
- Das DoD sollte die Entwicklung des Internets und seiner Rolle in nationalen Sicherheitsfragen verfolgen.
- Das Internet sollte in unsere Planung von psychologischen Aktionen (Psyops) als ein zusätzliches Medium aufgenommen werden.
- Möglichkeiten einer offensiven Nutzung des Internets zur Unterstützung unserer Ziele in der nicht-konventionellen Kriegsführung müssen erforscht werden.
- Höhere DoD-Beamte sollen vor innenpolitischen Entwicklungen im Internet, die Interessen des DoD betreffen, gewarnt werden.

Benutzte Literatur

- Bacard, Andre: Electronic Democracy: Can We Retake Our Government? In: *The Humanist*, July/August 1993, S. 42-43.
- Fineman, Howard: The Brave New World of Cybertribes. In: *Newsweek*, 27.2.1995, S. 30-33.
- The Internet Unleashed. (no author given). SAMS Publishing 1994.
- Katz, John: Bulletin Boards: News From Cyberspace. In: *Rolling Stone*, 15.4.1993, S. 35-77.

⁸ Office of the Secretary of Defense (Büro des Verteidigungsministers)

- Ders.: *The Times Enters the Nineties; Doesn't Like It Much*. New York (27.6.-4.7.1994), S. 26-29.
- Kopel, Dave: *Defend Your Rights*. In: *American Hunter* (undated), S. 14-70.
- Long, Marion: *We Are The World*. In: *Net Guide*, December 1994, S. 55-66.
- The PEN is Mighty. In: *The Economist*, 1.2.1992, S. 96.
- Raeithel, Gert: *Geschichte der nordamerikanischen Kultur*. Bd. 1. Frankfurt 1995.
- Rheingold Howard: *The Virtual Community; Homesteading on the Electronic Frontier*. New York (Harper Collins) 1993.
- Sandberg, Jared: *Fringe Groups Can Say Almost Anything And Not Worry About Getting Punched*. In: *The Wall Street Journal*, 8.12.1994, S. B1-B4.
- Schwartz, Evan I.: *Power to the People*. In: *Wired Magazine*, December 1994, S. 88-92.
- Snider, James H.: *Democracy On-Line*. In: *The Futurist*, Sep./Oct. 1994, S. 15-19.
- Varn, Richard J.: *Jeffersonian Boom or Teraflop?* In: *Spectrum*, Spring 1993, S. 21-25.

Anmerkungen der Redaktion:

Bei den Angaben der Quelle für Zitate werden im Originalartikel keine genauen Seitenzahlen angegeben. Sie waren für uns nicht eruierbar.

Im Anhang werden einige Internet-Flugblätter und Aufrufe wörtlich wiedergegeben, vor allem von linken Universitätsgruppen, die gegen die republikanische Partei (ironisch bezeichnet als GOP (Grand Old Party) und deren Programm „Contract With America“ protestieren oder die Aufständischen in Chiapas, Mexiko, unterstützen.

Das Papier ist mit den Anmerkung versehen, daß die in ihm vertretenen Meinungen nicht notwendig die Politik oder die Positionen des DoD wiedergeben.

Übersetzt von Günter Giesenfeld. Quelle: „Project on Government Secrecy“ der „Federation of American Scientists“. Der Autor arbeitet im DoD-Büro für „Special Operations and Low-Intensity Conflict“, Pentagon.